

NAZIS IN PARLAMENTEN.

Eine Bestandsaufnahme und kritische Analyse
aus Thüringen



INHALT

Heinrich-Böll-Stiftung & DAKT e. V.	4
> Vorwort	4
NiP Thüringen	5
> Einleitung	5
Die Extreme Rechte in Thüringen	8
> Matthias Quent – Die Entwicklung der Neonazi-Szene in Thüringen	8
Einzug in die Parlamente	15
> Alexander Thumfart – Wahlergebnisse rechtsradikaler Parteien in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt	15
Analyse der parlamentarischen Arbeit	26
> Paul Wellsov – Zuerst die Kommunen ... Die NPD in Thüringer Kommunalparlamenten ...	26
> Mathias Wörsching – Die NPD in den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen: Zahlen und Personen im Überblick	39
> Sven Braune und Michael Nattke – Neonazis packen an. Die NPD in den Kommunalvertretungen Strehla und Rathmannsdorf	42
Ziele der parlamentarischen Arbeit	52
> Pascal Begrich und Thomas Weber – Systemüberwindung als Ziel. Die NPD und ihr instrumentelles Verhältnis zum Parlamentarismus	52
Was tun gegen Nazis in Parlamenten?	56
> Miro Jennerjahn – Herausforderung NPD: Hinweise für die politische Auseinandersetzung in Kommunalparlamenten	56
> Astrid Rothe-Beinlich – Gegen jede Harmoniebestrebung. Kein Handschlag mit Nazis	63

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG & DAKT e. V.

> VORWORT

Was ändert sich mit dem Einzug von extremen Rechten in die kommunalen Räte und Kreistage? Welche Strategien verfolgen sie im Parlament? Und: Wie begegnet man ihnen am wirkungsvollsten?

Diese Fragen stellen sich nach den Kommunalwahlen 2009 auch in Thüringen verstärkt. Dabei erscheint es dringend notwendig, sich nicht nur im Umfeld von Wahlen mit dem Thema zu beschäftigen, sondern durch eine kontinuierliche Auseinandersetzung bestehenden Gewöhnungs- und Normalisierungstendenzen rechtzeitig entgegenzuwirken.

Die Beiträge der vorliegenden Broschüre setzen sich als erste Zwischenbilanz für Thüringen detailliert mit diesen Fragen auseinander. Gleichzeitig werden die Aktivitäten und Ziele der NPD in den Kommunalparlamenten in Sachsen und Sachsen-Anhalt analysiert und die Erfahrungen im Umgang mit den NPD-Mandatsträgerinnen und -trägern in vier Berliner Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) dargestellt.

Ziel der Broschüre ist es, den Wissensstand um die Aktivitäten extrem rechter Mandatsträgerinnen und -träger zu erweitern, ihre Hintergründe und Strategien zu ergründen und den Austausch darüber zu intensivieren. Gleichzeitig geht es darum, den Abgeordneten und Mitgliedern der demokratischen Parteien und Initiativen sowie den zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren Ideen und Empfehlungen für ihre Arbeit vor Ort zu geben.

Nicht möglich geworden wäre diese Broschüre ohne das kontinuierliche Engagement von MOBIT (Mobile Beratung in Thüringen – Für Demokratie – Gegen Rechtsextremismus) und der Projektgruppe NiP-Thüringen (sehr empfehlenswert: www.nip-thueringen.de). Unser herzlicher Dank gilt zudem den Autorinnen und Autoren dieser Broschüre.

Die Heinrich-Böll-Stiftung bemüht sich seit nunmehr fast 20 Jahren um eine Förderung der demokratischen Kultur in Thüringen. Der Verein „Die Andere Kommunalpolitik in Thüringen“ (DAKT e. V.) hat es sich zur Aufgabe gemacht, kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger zu beraten und den Informationsaustausch zwischen ihnen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern zu fördern.

Gemeinsam mit unseren Kooperationspartnerinnen verstehen wir diese Broschüre auch als Einladung zur Diskussion und unterstützen Interessierte vor Ort gern dabei, sich mit dem Thema beispielsweise in Form einer Lesung, Diskussion, in einem Workshop oder Werkstattgespräch auseinanderzusetzen.

Dr. Marco Schrul
Geschäftsführender Vorsitzender
Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen e. V.

Carsten Meyer
Vorsitzender DAKT e. V.

NiP THÜRINGEN

> EINLEITUNG

Im Juni 2009 zogen insgesamt 25 Vertreter extrem rechter¹ Parteien in Thüringer Kommunalparlamente ein. Die Nationaldemokratische Partei Deutschland (NPD) konnte insgesamt 22 Mandate auf sich vereinen, die Deutsche Volksunion (DVU)² erhielt zwei Mandate und das extrem rechte Wählerbündnis „Bündnis Zukunft Hildburghausen“ (BZH) entsendet einen Vertreter in einen Südthüringer Kreistag. Nach dem Einzug der neonazistischen Mandatsträger ist das Projekt „Nazis in Parlamenten“³ (NiP) unter dem Dach der Mobilen Beratung in Thüringen – Für Demokratie – Gegen Rechtsextremismus im September 2009 initiiert worden. Mit dem Ansatz der kritischen Begleitung der parlamentarischen Aktivitäten von NPD, DVU und BZH verbindet sich das Ziel, eine offensive inhaltliche Auseinandersetzung mit extrem rechter Ideologie zu befördern und Gewöhnungs- und Normalisierungstendenzen entgegenzuwirken.

Die vorliegende Publikation möchte ihren Beitrag dazu leisten, Entstehungsbedingungen von Wahlerfolgen extrem rechter Parteien zu analysieren, quantitative sowie qualitative Dimensionen parlamentarischer Arbeit zu ergründen und Gegenstrategien aufseiten von Demokratinnen und Demokraten zu diskutieren.

Generell gilt, dass Wahlerfolge von Parteien an strukturelle und personelle Bedingungen

vor Ort gebunden sind. Dementsprechend ist davon auszugehen, dass die NPD sich eine Basis geschaffen hat, die ihr den Einzug in die Kommunalparlamente ermöglichte. Die Partei wird heute als die jüngste und modernste der extremen Rechten in Deutschland bezeichnet.⁴ Ihre langfristige Strategie beruht auf zwei Säulen: der Agitation und Einbindung von Jugendlichen durch das Schaffen rechts-extremer Erlebnisswelten sowie der kommunalpolitischen Verankerung, bei der es vor allem darum geht, Sympathien von Bürgerinnen und Bürgern zu gewinnen. Auf welche Weise sich Organisationsstrukturen der neonazistischen Szene in Thüringen entwickelt haben, beleuchtet **Matthias Quent** im ersten Beitrag. Er betrachtet in seinem historischen Abriss die parteiförmig organisierte extreme Rechte und die sogenannte Freie Kameradschaftsszene.

Alexander Thumfart analysiert die Landtags- und Bundestagswahlergebnisse extrem rechter Parteien in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt ab 1994. Deuten die Erfolge von NPD, DVU und Republikanern auf eine Protestwählerschaft hin oder bilden sich im Zeitverlauf Regionen heraus, in denen sich ein extrem rechtes Wähler(innen)-Potenzial etabliert hat? Im Fokus der Betrachtung liegen die unterschiedlichen Entwicklungsmuster von Wählerschaften und Stimmanteilen.

Das Ziel der NPD als ernst zu nehmender politischer Akteur wahrgenommen und im Gegensatz zu den etablierten demokratischen Parteien als „wahrer“ Vertreter der Bürger(innen)-Interessen anerkannt zu werden, bedingt eine an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientierte parlamentarische Arbeit. Vor dem Hintergrund, dass die NPD eine antisemitische, rassistische, nationalistische und fremdenfeindliche Ideologie repräsentiert, muss sie unserer Einschätzung nach einen Spagat vollbringen. Denn: Einerseits ist sie ihrer extrem rechts eingestellten Wählerschaft verpflichtet, andererseits wirbt sie um die Gunst derjenigen Wählerinnen und Wähler, die sich zwar vom rechtsextremen Gedanken- gut distanzieren, aber dennoch eine andere Politik wünschen.

Welche inhaltliche Ausrichtung und strategische Zielsetzung sie mit ihren parlamentarischen Aktivitäten in Thüringen verfolgt, ist Thema des Beitrags von **Paul Wellsov**. Die Vertreter der NPD in den Kreistagen und Stadträten entfalten aufgrund ihrer persönlichen Kompetenzen sehr unterschiedliche Grade an Aktivitäten. Das betrifft sowohl Quantität als auch Qualität der parlamentarischen Arbeit. Der Autor beschäftigt sich in seiner Analyse exemplarisch mit den Abgeordneten des Kreistags im Wartburgkreis und im Erfurter Stadtrat.

Mathias Wörsching gibt einen Überblick über die fast fünfjährige Präsenz der NPD in den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen. Er legt das gemeinsame strategische Vorgehen der Partei im Stadtstaat offen, stellt die Praxis des demokratischen Konsens vor und beurteilt die Auswirkungen der parlamentarischen Arbeit der NPD nach innen (parteibezogen) und nach außen (Wählerschaft). Seit einigen Jahren sitzen NPD-Vertreter in

kommunalen Vertretungen der Sächsischen Gemeinden. Ob diese Zeit zur Professionalisierung der Mandatsträger und zum Ausbau bzw. zur Festigung der kommunalpolitischen Verankerung in der Gemeinde genutzt werden konnte, beschreiben **Sven Braune** und **Michael Nattke** in ihrem Beitrag. Darüber hinaus legen sie ihr Augenmerk auf die sozialräumliche Einbettung der NPD-Kommunalpolitiker vor Ort und diskutieren Reaktionen und Verhalten der demokratischen Abgeordneten.

Der Versuch der NPD sich als „Anwalt der kleinen Leute“ zu inszenieren, wird seit Jahren immer wieder durch Aussagen nicht zuletzt vom NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt kontrariert. **Pascal Begrich** und **Thomas Weber** erläutern in ihrem Beitrag, worum es der NPD tatsächlich geht.

Vor dem Hintergrund der vorangegangenen Beiträge stellt sich für Demokratinnen und Demokraten die entscheidende Frage nach einem adäquaten Umgang mit dem Rechtsextremismus. Dies betrifft sowohl die parlamentarische, als auch die zivilgesellschaftliche Ebene. Dass ein bloßes Ignorieren oder die Beschränkung auf juristische Mittel bei Weitem nicht ausreicht, bekräftigen **Miro Jennerjahn** und **Astrid Rothe-Beinlich**. Sie präsentieren in den beiden abschließenden Beiträgen konkrete Handlungsempfehlungen innerhalb und außerhalb der Parlamente und verdeutlichen die Notwendigkeit der inhaltlichen Auseinandersetzung mit der extrem rechten Ideologie.

Die NiP-Projektgruppe möchte sich an dieser Stelle ausdrücklich bei der Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen e.V. für die Unterstützung bedanken. Ohne ihr Engagement wäre die Umsetzung dieser Broschüre nicht zu realisieren gewesen.

¹In den nachfolgenden Beiträgen verwenden die Autorin und Autoren verschiedene Begrifflichkeiten für nationalistische, fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Einstellungen und Verhaltensweisen. Sowohl die Bezeichnungen Rechtsradikalismus, Neonazismus als auch Rechtsextremismus finden hier Anwendung. Die NiP-Projektgruppe möchte an dieser Stelle betonen, dass aus ihrer Sicht die Begrifflichkeit „Rechtsextremismus“ problematisch ist: Zum einen, weil sie suggeriert, dass sich die darunter subsumierten Ideologeelemente der Ungleichwertigkeit ausschließlich am „bösen“, extremen Rand der Gesellschaft wiederfinden und die „demokratische Mitte“ frei von diesen Einstellungen ist. Zum anderen wird im Zusammenhang mit der Verwendung des Begriffs reflexhaft auf den vermeintlichen Gegenpol, den „Linksextremismus“ verwiesen, was eine gefährliche Gleichstellung darstellt. Diese bewirkt eine Verharmlosung von Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Vgl. hierzu das Autorinnenpapier von Monika Lazar, Miro Jennerjahn und Helge Limburg unter http://www.monika-lazar.de/fileadmin/user_upload/dokumente/REX/Arguhilfe_sog_LinksExtremismusbe-kaempfung.pdf. Nach Erfahrungen von MOBIT wirkt sich diese reflexhafte Gleichstellung in Beratungsprozessen kontraproduktiv aus und ist faktisch nicht haltbar. Die Autorin und die Autoren haben sich gemeinsam darauf verständigt, dass bei der Verwendung des Begriffs Rechtsextremismus immer die Gesamtheit von Einstellungsmustern und Verhaltensweisen gemeint ist. Nähere Definition: Jaschke, Hans-Gerd (1994): *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*. Opladen, S. 31.

²Am 9. Dezember 2010 fand ein Delegiertenparteitag von NPD und DVU im thüringischen Kirchheim statt. Hier sollte die auf NPD-Bundesebene bereits beschlossene Fusion der beiden Parteien durch die Mitglieder formell verabschiedet werden. Jedoch haben vier Landesverbände der DVU mit einer Klage vor dem Landgericht München rechtliche Schritte eingeleitet, sodass die Verschmelzung zu diesem Zeitpunkt rechtlich noch nicht vollzogen ist. Unterdessen wird bei öffentlichen Auftritten der Partei am Titel „NPD – Die Volksunion“ festgehalten. Vgl. <http://npd-blog.info/2011/03/01/rechtsstreit-dvu-mpd-fusion/> (eingesehen am 20.03.2011).

³Vgl. Homepage des Projektes: www.nip-thueringen.de.

⁴Eine ausführliche Darstellung der Entwicklung und des Strategiewechsels der NPD findet sich in: Staud, Toralf (2006): *Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD*. 3. Auflage, Köln.

DIE EXTREME RECHTE IN THÜRINGEN

> MATTHIAS QUENT – DIE ENTWICKLUNG DER NEONAZI-SZENE IN THÜRINGEN

Der heutigen relativen Stabilität der Neonaziszene in Thüringen geht eine von Selbstfindung, Ausdifferenzierung, Spaltungen und kurzlebigen Gruppen geprägte Entwicklung voran. Einige der Kader, welche die Ausrichtung der extrem rechten Szene prägten und die Zusammenschlüsse der zahlreichen, meist jugendlichen Anhängerschaft koordinierten, ziehen noch heute die Fäden. Im Folgenden soll ein unvollständiger, historischer Abriss neonazistischer Erscheinungsformen und Strukturen in Thüringen geliefert werden. In diesem Rahmen wird beispielhaft die Karriere des Landesgeschäftsführers der NPD, Patrick Wieschke, nachgezeichnet.

MIT STUMPF UND STIEL AUSGEROTTET? FASCHISTISCHE BEWEGUNGEN IN DER DDR

Offen nationalsozialistische Parteien konnte es in der DDR nicht geben. Mit der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD) wurde dennoch ein Auffangbecken für Altnazis gegründet, um ehemalige NSDAP-Mitglieder, niedrige Funktionäre sowie Offiziere und Angehörige der Wehrmacht in das Blockparteiensystem zu integrieren. In ihrer Hochzeit um 1953 zählte die NDPD ca. 230.000 Mitglieder. Nach der Vereinigung versuchten NPD und Republikaner erfolglos mit der NDPD zusammenzuarbeiten. 1990 trat

die Partei dem „Bund Freier Demokraten“ bei, der sich schließlich der FDP anschloss.¹

Jugendliche Neonazis traten in der DDR ab dem Ende der 1970er Jahre zunächst als Skinheads in Erscheinung, die sich am Kleidungsstil und Auftreten extrem rechter Westskins orientierten. In den 1980er Jahren begannen die braunen DDR-Skinheads zunehmend, sich in informellen und untereinander verbundenen Gruppen zu organisieren. Im Zuge der pronazistischen Politisierung überwiegender Teile der Skinhead-Szene auch in den thüringischen Bezirken entwickelten sich in Arnstadt, Erfurt, Gera, Ilmenau, Jena, Saalfeld-Rudolstadt und Weimar größere Neonazigruppen, die zunehmend das Alltagsleben der Jugend dominierten. Ende 1987 zählte die Staatssicherheit in der gesamten DDR „ca. 800 Personen (ca. 38 Gruppierungen) im Alter von 16 – 25 Jahren, die durch ihr äußeres Erscheinungsbild und ihre Verhaltensweisen den Skinheads zuzuordnen sind“². In den drei Thüringer Bezirken ging die Stasi Anfang Oktober 1988 von insgesamt 103 Skinheads aus.³ Die Dunkelziffer dürfte wesentlich höher liegen.

Feindbild der Nazi-Skins waren von Anfang an vor allem Immigrierte und linke Oppositionelle. Im Oktober 1987 überfielen – unter den Augen der nicht eingreifenden Volkspolizei – mehr als 30 rechte Skins ein inoffizielles

Konzert der Westberliner Punkband „Element of Crime“ in der Ostberliner Zionskirche, bei dem einige Besucher und Besucherinnen zum Teil schwer verletzt wurden. Nach dem Überfall wurde erstmals auch öffentlich über Neonazis in der DDR berichtet. Bis zu ihrem Ende leugnete die DDR das Nazi-Problem offiziell aber weiterhin. In einer Broschüre der Auslandspresseagentur der DDR zu Neonazis in der BRD aus dem März 1990 heißt es: „Im Unterschied zur BRD wurde im sozialistischen deutschen Staat der Faschismus mit allen seinen Wurzeln, mit Stumpf und Stiel ausgerottet.“⁴ Erst nach dem Mauerfall wurden die mörderischen Folgen dieser Ignoranz im ganzen Lande sichtbar.

THÜRINGENS EXTREME RECHTE NACH 1990

1990 gab es auf dem DDR-Gebiet mindestens 1.500 Neonazis und mehrere Zehntausend Sympathisanten und Sympathisantinnen. Ein Teil kam aus West-Berlin in die DDR. Zu ihrem strafbaren Repertoire gehörten vor allem schwere Körperverletzung, Sachbeschädigung und die Verherrlichung von nationalsozialistischen Symbolen. Am 25.06.1990 fand die rechte Gewalt in Erfurt im Totschlag eines 58-Jährigen durch zwei Skingirls einen vorläufigen Höhepunkt – es sollte nicht der letzte Mord bleiben.⁵

Mit dem überschäumenden Nationalismus und der Explosion der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern nach dem Mauerfall erlebte der Rechtsextremismus einen neuen Aufschwung. Im ganzen Land sollten Gewaltexzesse und Pogrome gegen Asylbewerberheime im Laufe der 90er Jahre eskalieren. In Thüringen zählte das Bundeskriminalamt 1991 sechs fremdenfeindlich motivierte Brandanschläge und 13 Angriffe auf Migrant(innen) oder Asylbewerber(innen) – selbst das Landesamt für Verfassungsschutz geht dabei von deutlich höheren Zahlen aus.⁶ Bereits bis 1992 traten in Thüringen eine Vielzahl neonazistischer Organisationen in Erscheinung: „Aktion freies Deutschland“ (AfD),

„Deutsche Alternative“ (DA), „Nationale Offensive“ (NO), „Nationalistische Front“ (NF), „Deutsch Nationale Partei“ (DNP), „Deutsche Volksunion“ (DVU), „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP), „Republikaner“ (REP), „Wiking-Jugend“ (WJ), „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) sowie verschiedene Skinhead-Cliquen und -Bands. Propagandamaterial kam unter anderem von der in den USA ansässigen „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei / Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP / AO).⁷

Nach Angaben des Verfassungsschutzes stieg die Zahl neonazistischer Personen in Thüringen in den 90er Jahren kontinuierlich an. 1995 wurden 930 Personen registriert, im Jahr 2000 ging die Behörde von einem Potenzial von 1.680 Personen aus, 2009 von 1.130.⁸

Einen organisatorischen Schwerpunkt in Thüringen stellte nach dem Mauerfall Weimar dar, wo Mitglieder der NO zeitweise am städtischen Runden Tisch teilnahmen. Am Dichterweg hatten rechte Jugendliche ein Haus besetzt, von dem nicht nur Angriffe gegen Migranten und Migrantinnen sowie gegen linke Jugendliche der besetzten Häuser in der Gerberstraße ausgingen: Im Haus am Dichterweg rekrutierte auch die DA Jugendliche und führte regelmäßig Propagandaveranstaltungen mit erfahrenen Neonazis aus Westdeutschland durch. Der 30-jährige Thomas Dienel, ehemaliger FDJ-Sekretär, seit 1979 SED-Mitglied und bis zu seinem Austritt 1992 Vorsitzender der NPD in Thüringen, gründete in der Klassikerstadt die DNP. Gemeinsam mit dem Saalfelder Neonazi Andreas Rachhausen organisierte Dienel den Rudolf-Heß-Gedenkmarsch, zu dem am 15.08.1992 knapp 2.000 Neonazis aus der gesamten Bundesrepublik nach Rudolstadt anreisten. Dem Journalisten Rainer Fromm gegenüber brachte Dienel im August 1992 die damaligen Ziele deutlich zum Ausdruck: „Wir wollen (...) den Nationalsozialismus hoffähig machen.“ (...) „Wir müssen Ausländer und Asylanten mit brachialer Gewalt bei Seite schaffen.“⁹

Aufgrund ausländerfeindlicher und antisemitischer Äußerungen saß Dienel seit Ende 1992 in Haft. 1994 war er erneut u. a. wegen eines Überfalls auf ein Asylbewerberheim in Weimar zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt wurden. Dass Dienel ab 1995 als Informant für den Thüringer Verfassungsschutz arbeitete und für seine Tätigkeiten insgesamt 25.000 DM erhielt, gelangte erst fünf Jahre später an die Öffentlichkeit. Die Geschäfte des Geheimdienstes mit dem vorbestraften Neonazi kosteten den damaligen Präsidenten des Landesverfassungsschutzamtes, Helmut Roewer, schließlich den Posten.

Der Gedenkmarsch zu Ehren des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß in Rudolstadt war nicht die einzige Großveranstaltung der extremen Rechten in Thüringen der Nachwendejahre. Am Tag der Deutschen Einheit 1992 veranstaltete die NPD in Arnstadt ein „Deutschlandtreffen“, an dem ca. 1.000 Rechtsextreme aus allen Bundesländern teilnahmen.¹⁰

Unmittelbar nach der Vereinigung übernahmen westdeutsche NPD-Kreisverbände Patenschaften für Kreisverbände in Thüringen, um finanzielle, logistische, ideologische sowie personelle Aufbauhilfe zu leisten. Nachdem Dienel 1992 die NPD verlassen hatte, übernahm Frank Golkowski die Geschäfte als Vorsitzender im NPD-Landesverband. Schwerpunkte der Partei waren damals nach eigenen Angaben Gotha, Gera, Mühlhausen-Eisenach, Arnstadt, Apolda und der Südosten Thüringens. Trotz der großen organisatorischen Vielfalt der neonazistischen Szene jener Zeit stellt Journalist Fromm bei der Analyse des NPD-Landesparteitages am 21.06.1992 in Günthersleben bei Gotha fast prophetisch fest: Die Partei steht „bei der extremen Rechten in Thüringen hoch im Kurs“¹¹. Zwar stagnierte die Mitgliederentwicklung der Partei in Thüringen in den 1990er Jahren zunächst zwischen 40 – 60, zum Ende hin stieg die Zahl jedoch deutlich auf ca. 260 (1999). Gleichzeitig verlieren andere Parteien wie die DVU und die Republikaner in Thüringen an Bedeutung.

Den bisherigen Höchststand erreichte die NPD 2007 mit etwa 550 Mitgliedern, seitdem ist die Zahl rückläufig (2009: 450).¹²

Anderen Organisationen, wie der FAP oder der DA, fehlte es in Thüringen nach dem Mauerfall an Führungspersönlichkeiten, denen es gelingen konnte, extrem rechte Jugendliche zu binden und fest in die Strukturen zu integrieren. So auch der NF, die nach Angaben ihres Generalsekretärs Meinolf Schönborn 1992 in fast allen thüringischen Großstädten Ortsgruppen unterhielt – eine davon auch in Eisenach.¹³ Die Westthüringer Region um Gotha und den Wartburgkreis war bereits damals ein Brennpunkt der Konsolidierungsbemühungen neonazistischer Akteure.

Auf die Befriedigung jugendlicher Bedürfnisse nach Erlebnissen waren vor allem die Programme der WJ angelegt, welche seit 1991 auch in Thüringen aktiv war. Unter ihrem sogenannten „Gau-Beauftragten“, dem Eisenberger Michael Sandmann, beteiligte sich die WJ an Aufmärschen der Szene und führte Ferienlager durch. Bei Razzien dieser Camps fand die Polizei wiederholt Waffen, Munition und Propagandamaterial. Nach dem Verbot der WJ 1994 durch den Bundesinnenminister wurden auch Häuser in Weimar, Saalfeld, Nordhausen, Jena, Ichtershausen, Gera und Gotha durchsucht.¹⁴

Die Skinhead-Subkultur wuchs in Thüringen weiter an. Größere Gruppen gab es in Arnstadt, Erfurt, Gera, Saalfeld-Rudolstadt und Weimar. Skin-Bands aus dem Westen waren zum Anfang der 1990er Jahre von den Auftrittsmöglichkeiten in Ostdeutschland begeistert, dementsprechend viele neonazistische Konzerte mit bis zu 700 Gästen fanden auch in Thüringen statt.¹⁵ Mit den Jahren bildete sich eine lebendige, hier ansässige Rechtsrockszene heraus: Im Mai 2010 berichtete das Innenministerium von 20 aktiven neonazistischen Musikgruppen bzw. Liedermachern aus Thüringen, zwei weitere werden als „Verdachtsfälle“ geführt.¹⁶

Eines dieser Skinheadkonzerte, zu dem am 14. Mai 1994 350 Neonazis aus der gesamten Bundesrepublik nach Rudolstadt kamen, wurde von dem damals 19-jährigen Tino Brandt organisiert. Brandt sollte die Entwicklung der thüringischen Neonazi-Szene in den kommenden Jahren entscheidend prägen. Mit ihm trat die „Anti-Antifa-Ostthüringen“ 1994 an die Öffentlichkeit, aus der zwei Jahre später der „Thüringer Heimatschutz“ (THS) entstehen sollte. Zu dessen führenden Köpfen gehörten neben Brandt auch die heute noch aktiven Jenaer Neonazis Ralf Wohlleben und André Kapke. Ab 1995 traf sich die „Anti-Antifa-Ostthüringen“ wöchentlich. Aus anfänglich 20 Neonazis wurden bis zu 80, die an den Treffen teilnahmen. In ihrer aktiven Zeit trat die „Anti-Antifa“ vor allem durch Gewalttaten gegen Migranten und Migrantinnen sowie Linke in Erscheinung. Mehrfach wurden bei Mitgliedern Schreckschusspistolen, Tränengasdosens, Messer und andere Waffen beschlagnahmt. Der THS stellte das Bindeglied zwischen der freien Kameradschaftsszene, der NPD und ihrer Jugendorganisation, den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), dar. Durch die Bildung informeller Kameradschafts-Strukturen wollte man sich, anschließend an das Konzept der „Freien Nationalisten“ der Hamburger Neonazis Christian Worch und Thomas „Steiner“ Wulff, staatlichen Repressions- und Verbotsbemühungen entziehen.

Dabei war die neonazistische Kameradschafts- und Parteiszene in Thüringen schon immer eng miteinander verwoben, wie sich bei den Landtagswahlen 1999 deutlich zeigte: Sieben von zwölf Kadern im Landesvorstand der NPD gehörten dem Kameradschaftsbündnis an.¹⁷ Der THS, der sich hauptsächlich aus den Regionen Saalfeld-Rudolstadt, Gera, Jena, Sonneberg, Weimar, Ilmenau, Gotha, Kahla und Nordbayern rekrutierte, hatte darüber hinaus beste Kontakte in die bun-

desweite Neonazi-Szene. Außerdem war der THS, in Zusammenarbeit mit Frank Schwerdt – heute Landesvorsitzender, stellvertretender Bundesvorsitzender und für die NPD Mitglied im Erfurt Stadtrat – verantwortlich für die im „Deutsche-Stimme“-Verlag erschienene Propagandaschrift *Neue Thüringer Zeitung – Stimme der nationalen Erneuerung*. Enge Kontakte pflegte der THS auch zur Burschenschaft „Normannia Jena“ und der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO).

Ein versuchter Sprengstoffanschlag im September 1997 sorgte für Aufmerksamkeit, als Neonazis im Jenaer Theaterhaus einen mit einem Hakenkreuz versehenen Sprengstoffkoffer ablegten. Dringend tatverdächtig waren die THS-Mitglieder Uwe Bönnhard, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe, denen trotz polizeilicher Beobachtung die Flucht gelang. Bei darauf folgenden Hausdurchsuchungen in Jena im Januar 1998 wurden u. a. vier funktionstüchtige Rohrbomben sichergestellt.¹⁸

Neben Demonstrationen mit bis zu 500 Teilnehmenden zeigte ein Nazikonzert in Schorba (Saale-Holzlandkreis) am 13. November 1999 mit ca. 1.000 Gästen die Mobilisierungsfähigkeit der Szene zum Ende des Jahrtausends.¹⁹ Dem THS gehörten 2001 nach Angaben des Verfassungsschutzes 170 Personen an. Zur Auflösung kam es, nachdem im Mai 2001 Tino Brandt als V-Mann des Landesamtes für Verfassungsschutz enttarnt wurde. Nach eigenen Angaben hatte Brandt seit 1994 unter dem Decknamen „Otto“ für den Verfassungsschutz gearbeitet und insgesamt 200.000 DM für seine Tätigkeiten erhalten, die er vor allem zur Finanzierung neonazistischer Aktivitäten nutzte. Nach der öffentlichen Enttarnung zog sich Brandt von seinen Posten zurück. Ab 2002 tritt der THS nicht mehr als eigenständige Struktur in Erscheinung. Das regelmäßige Nutzen eines Transparents mit der Aufschrift „Thüringer Heimatschutz – Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte“ durch Neonazis aus Jena und Saalfeld, zuletzt bei einem Nazigroßmarsch am 19.02.2011 in

Dresden, zeigt die personellen, logistischen und inhaltlichen Kontinuitäten der extrem rechten Szene Thüringens über fast 15 Jahre.

WESTTHÜRINGEN: DIE BEISPIELHAFTHE KARRIERE PATRICK WIESCHKES

Dem THS eingegliedert war das „Nationale und Soziale Aktionsbündnis Westthüringen“ (NSAW). Gegründet hatte dieses der heutige NPD-Landesgeschäftsführer Patrick Wieschke. Bereits in jungen Jahren fand der 1981 geborene Wieschke Zugang zu den extrem rechten Cliquen Eisenachs. 1999 meldete er erstmals eine Wahlkampfveranstaltung der NPD in Eisenach an. Bis 2002 war er Landesvorsitzender und Pressesprecher der NPD-Jugendorganisation JN und trat gleichzeitig als Pressesprecher des NSAW und der „Kameradschaft Eisenach“ auf.

Das NSAW wurde offiziell im Juni 2000 als Zusammenschluss der Kameradschaften Eisenach, Unstrut-Hainich und Bad Liebenstein, des „Nationalen Widerstands Schmalkalden“ und des „Anti-Antifaschistischen Komitees Eisenach“ gegründet. Später schlossen sich auch Gruppen aus Bad Salzungen und Nordhausen, der „Skinheadclub 88“ aus Friedrichroda unter Führung von Michael Burkert, der „Nationale Widerstand Gotha“ sowie kleinere Cliquen dem Bündnis an. Das NSAW definierte sich als organisationsübergreifende „gemeinsame Plattform für alle ‚nationalpolitischen‘ Kräfte in Westthüringen“²⁰. Die wichtigsten Aufgaben bestanden in der gemeinsamen Organisation einschlägiger Versammlungen sowie Vernetzung und im Informationsaustausch untereinander. Länderübergreifend war das NSAW im „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Mitteldeutschland“ (NSAM) assoziiert. Seit 2007 taucht das NSAW nicht mehr im Jahresbericht des Thüringer Verfassungsschutzes auf.

Im August 2000 wurde Wieschke unmittelbar nach einem Sprengstoffanschlag auf einen

türkischen Imbiss in Eisenach festgenommen. Kurz vor seiner Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe u. a. wegen Anstiftung zur Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion im April 2002 trat Wieschke vorübergehend aus der NPD aus und von allen Partei-Ämtern zurück. Während seiner Haftzeit trat das NSAW kaum in Erscheinung.

Unmittelbar nach seiner vorzeitigen Entlassung im Mai 2004 nahm er seine Aktivitäten wieder auf und zog nach Gotha. Noch im selben Jahr gründete er dort gemeinsam mit anderen Neonazis den Verein „Toring e. V.“. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten Mitglieder der Neonazi-Band „SKD“, die im Keller eines über den Verein angemieteten Hauses einen Proberaum unterhielt. Das sogenannte „Grüne Haus“ in der Frimaerstraße entwickelte sich innerhalb kürzester Zeit zum wichtigsten Neonazi-Treffpunkt in Westthüringen, in dem regelmäßig Konzerte mit bis zu 100 Gästen stattfanden. Auch sollen hier Steckbriefe von Antifaschisten ausgetauscht worden sein. Im März 2006 schlossen die Behörden die Räumlichkeiten endgültig. Wieschke forcierte nun sein kommunales und landespolitisches Engagement für die NPD. Seit 2006 ist er hauptberuflich Landesgeschäftsführer der Partei und maßgeblich für die Professionalisierung und den Landtagswahlkampf 2009 in Thüringen verantwortlich. Trotz seiner gewalttätigen Vergangenheit konnte der Neonazi 2009 erhebliche Erfolge für die NPD erzielen: Hätte die Partei landesweit soviel Stimmenanteile wie er bei den Erststimmen (5,2%) erreicht, wäre der Einzug der NPD in das Landesparlament geglückt. Zuvor sind Wieschke und der Neonazi Jonny Albrecht bereits mit 5,0% der abgegebenen Stimmen in den Rat der kreisfreien Stadt Eisenach eingezogen. Zwischen Dezember 2009 und Januar 2011 war Wieschke einer von zwei Geschäftsführern des „Deutsche Stimme“-Verlags, dem Parteiverlag der NPD.²¹ Hier lässt er seit 2006 den *Wartburgkreis Boten*, eine sich bürgernah gebende NPD-Wahlzeitung mit regionalen Themen auf der Titelseite, drucken. Thüringenweit initiierte Wieschke mittlerwei-

le im Rahmen einer „NPD-Medienoffensive“ acht solche Blätter.

AB 2002: HÄUSER, RECHTSROCK, SPALTUNG

Seit den letzten Atemzügen des THS 2002 orientierte sich die neonazistische Szene im Freistaat um. Nazis unterwanderten demokratische Proteste gegen die Agenda 2010 und führten eigene Demonstrationen mit sozialdemagogischen Slogans durch. Erstmals wurden in Thüringen bewusst linke Symboliken, sozialrevolutionäre Bildsprache und Anglizismen wie *fight the system* in der neonazistischen Propaganda verwendet.

Im Mittelpunkt der nach wie vor aktuellen Strategie steht außerdem das Aneignen von Immobilien als Schulungs- und Veranstaltungszentren und das regelmäßige Realisieren stationärer Kundgebungen, auf denen (partei) politische Agitation und die Zurschaustellung neonazistischer Musikkultur miteinander verbunden werden. Dazu zählt der „Thüringentag der nationalen Jugend“, welcher erstmalig 2002 mit ca. 350 Besuchern in Jena ausgerichtet wurde und seit dem jährlich in wechselnden thüringischen Städten v. a. durch den Jenaer Neonazi Ralf Wohlleben veranstaltet wird. In Gera findet seit 2003 jährlich das „Rock gegen Krieg“ bzw. „Rock für Deutschland“ statt. Seinen bisherigen Höhepunkt erreichte die Veranstaltung 2009, als über 5.000 Neonazis zum Auftritt der „Lunikoff Verschwörung“ strömten. 2005 folgte das erste „Fest der Völker“, welches die Neonazis um Wohlleben, Kapke und den Altenburger Thomas Gerlach ursprünglich jährlich bis 2015 in Jena anmeldeten. Obwohl das „Fest“ – 2005 und 2007 in Jena, 2008 in Altenburg und 2009 in Pößneck – bis zu 1.700 Neonazis aus ganz Europa anzog, konnte es bisher keinen festen Eingang in den Kalender der sich jährlich wiederholenden Aufmärsche finden.²²

Umso etablierter ist dagegen das „Braune Haus“ in Jena. Die ehemalige Gaststätte in Altlobeda pachtete im Jahr 2002 der neonazis-

tische Liedermacher Maximilian Lemke. Im August 2008 räumte die Polizei das Haus aufgrund baulicher Mängel. Seitdem nutzen die Nazis ein großes Zelt im Hof für ihre Treffen.

Fest in der Hand der extremen Rechten ist auch das „Gutshaus Hanstein“ in Fretterode (Landkreis Eichsfeld), welches NPD-Bundesvorstandsmitglied Thorsten Heise 2002 erwarb und u. a. als Treffpunkt für Kameradschaftsabende nutzt.

Mit dem alten Schützenhaus in Pößneck verfügt die Naziszene seit 2003 über großzügige Räumlichkeiten. Im Anschluss an einen NPD-Landesparteitag im Jahr 2005 gab Michael Regener, Sänger der Neonazi-Band Landser, vor etwa 1.500 Teilnehmenden sein Abschiedskonzert.

Zahlreiche Versammlungen, Konzerte, Schulfest und Feierlichkeiten verschiedener Neonazi-Aktivist*innen finden seit Februar 2009 in der „Erlebnisscheune Kutz“ in Kirchheim (Ilm-Kreis) statt. Unter anderem konferierte dort im Dezember 2010 die extrem rechte DVU bei ihrem Bundesparteitag und beschloss die Fusion mit der NPD.

Mit dem Bürohaus „Europa“ verfügt die Thüringer NPD seit Juli 2010 in Bad Langensalza (Unstrut-Hainich-Kreis) über eine Parteizentrale, die u. a. auch vom „Deutsche-Stimme“-Verlag und dem „Germania Versand“ des NPD-Landesvorstandsmitglieds Patrick Weber sowie für neonazistische Konzerte genutzt wird.²³ Darüber hinaus gibt es in Thüringen eine Vielzahl weiterer öffentlicher und privater Räume mit regionaler Bedeutung für Veranstaltungen, Treffen und Logistik.

QUO VADIS, NAZIS?

Für die Thüringer Nazi-Szene stellte der Nicht-Einzug in das Landesparlament 2009 eine Zerreißprobe dar. Teile der rechten Szene im Freistaat, die zuvor bundesweit eine Vorreiterrolle in der Zusammenarbeit von „Freien Nationalisten“ und der NPD spielten, distanzierten

sich seither von der Partei und konzentrierten ihre Aktivitäten in den Kameradschaften des sogenannten „Freien Netz“ mit regionalen Gruppen in Jena, Kahla, Saalfeld und Altenburg. Langjährige Aktivisten wie die Jenaer Ralf Wohlleben und André Kapke traten von ihren Parteiämtern zurück und grenzen sich von dem als „Karrieristen“ verschrienen NPD-Landesgeschäftsführer Wieschke ab.

Den „wilden“, archaischen und gewalttätigen Jahren nach der deutschen Vereinigung folgte eine Phase der politischen Professionalisierung. Die Landtagswahl im „Superwahljahr“ 2009 markiert den vorläufigen Höhepunkt, bei der die NPD den Einzug in das Erfurter Landesparlament um 0,7 % verpasste. Seitdem steht sich die Szene gespalten gegenüber: Wo konkrete kommunalpolitische Erfolge zu verbuchen waren, bemühen sich die Neonazis um ein seriöses Auftreten. Dort, wo dies nicht gelang, pflegt man ein für Jugendliche attraktives Image und flüchtet sich in subversiven Aktionismus. Den Neonazis aus dem Umfeld des „Freien Netz“ aus Jena und Kahla werden nicht nur zahlreiche extrem rechte Graffiti-Schmiereien zugeordnet: Sie sollen ebenfalls

für einen versuchten Brandanschlag auf einen als links eingeschätzten Saalfelder Busunternehmer im Sommer 2010 verantwortlich sein.²⁴

Wenngleich die Ausdifferenzierung ihrer Strukturen zugunsten des NPD-Monopols in den vergangenen 20 Jahren abgenommen hat – die Entwicklung der extremen Rechten in Thüringen zeigt, dass die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus nicht von parlamentarischen Erfolgen der Nazis abhängig gemacht werden kann. Der vielschichtigen Bedrohung von rechts müssen Politik und Zivilgesellschaft zeitgemäß, flexibel und unter Beachtung lokaler Besonderheiten begegnen.

Matthias Quent ist Mitarbeiter bei der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. Seit 2004 setzt er sich ehrenamtlich und beratend als Referent mit der neonazistischen Szene in Thüringen auseinander. Derzeit schreibt der angehende Soziologe an der FSU Jena seine Magisterarbeit über rechtsextreme Einstellungen in unterschiedlichen sozioökonomischen Kontexten in Hessen und Thüringen.

Kontakt: m.quent@gmx.de

¹ Vgl. N.N. (2007): *Die Partei der Ehemaligen. Ein Blick auf die Geschichte der Blockpartei NDPD*. In: AIB 2 / 2007, S. 14ff.

² Borchert, Ralf (2004): „... bisschen was Derberes“. *Rechtsextremismus und Zivilgesellschaft – das Beispiel Weimar*. Jena, S. 57.

³ Ebd. | ⁴ Siegler, Bernd (1991): *Auferstanden aus Ruinen ... Rechtsextremismus in der DDR*. Berlin, S. 99.

⁵ Vgl. Borchert, 2004, S. 64. | ⁶ Vgl. Fromm, Rainer (1992): *Rechtsextremismus in Thüringen*. Erfurt, S. 8. | ⁷ Ebd.

⁸ Vgl. Jahresberichte des TLfV. Mehrfachmitgliedschaften bleiben unberücksichtigt, weshalb der VS das tatsächliche personelle Potenzial 10 – 20 % niedriger veranschlagt. | ⁹ Fromm, 1992, S. 21. | ¹⁰ Vgl. Borchert, 2004, S. 30.

¹¹ Fromm, 1992, S. 62. | ¹² Vgl. Jahresberichte des TLfV. | ¹³ Vgl. Fromm, 1992, S. 72. | ¹⁴ Vgl. Borchert, 2004, S. 30.

¹⁵ Vgl. Fromm, 1992, S. 100. | ¹⁶ Vgl. Antwort des Thüringer Innenministeriums auf Kleine Anfrage der Abgeordneten Renner (DIE LINKE) (2010): *Neonazistische Musikkultur in Thüringen vom 12.05.2010*, Thüringer Landtag, Drucksache 5 / 954. | ¹⁷ Borchert, 2004, S. 27. ¹⁸ | Ebd., S. 44. | ¹⁹ Vgl. Jahresbericht des TLfV 1999.

²⁰ Selbstdarstellung auf der ehemaligen Homepage. | ²¹ Vgl. Maegerle, Anton (2011): *Wechsel im Deutsche Stimme-Verlag*. Online unter: <http://www.bnr.de/content/wechsel-im-deutsche-stimme-verlag>, (eingesehen am 01.02.2011).

²² Vgl. Broschüregruppe (2009): *Rechtsextreme Strukturen in Jena*. Jena. | ²³ Vgl. DIE LINKE Thüringen (2011): *Rechte Immobilien*. Online unter: <http://www.die-linke-thueringen.de/politik.asp?id=750>, (eingesehen am 01.02.2011).

²⁴ Vgl. Zippel, Tino (2011): *Tatverdächtige nach Farbankschlag in Jena ermittelt*. In: OTZ, 26.01.2011, Online unter: <http://www.otz.de/startseite/detail/-/specific/Tatverdaechtige-nach-Farbanschlag-in-Jena-ermittelt-2049896979>, (eingesehen am 01.02.2011).

EINZUG IN DIE PARLAMENTE

> ALEXANDER THUMFART – WAHLERGEBNISSE RECHTSRADIKALER PARTEIEN IN THÜRINGEN, SACHSEN UND SACHSEN-ANHALT

Uns allen sind Beschreibungen und Nachrichten nur zu vertraut, in denen über rechtsextremes Handeln in lokalen Alltagswelten berichtet wird. An unterschiedlichen Orten quer durch die Bundesrepublik Deutschland existieren rechtsradikale und xenophobe, gewaltbereite Gruppierungen, die auf eine sehr komplexe, vielschichtige und widersprüchliche Weise mit einem konkreten sozialen Umfeld vor Ort interagieren. Diese Austausch- und Interaktionsprozesse reichen von Marginalisierung rechtsextremer Szenen über eine ignorante Duldung bis hin zu einer heimlichen Sympathie lokaler Entscheidungseliten oder gar einer Art Hegemonie oder Dominanz über lokale (junge wie alte) Milieus.¹ Die Differenziertheit und Diversität der verschiedenen Ereignisstrukturen und lokalen Einbettungen rechtsradikaler Gruppierungen hat die Forschung zum Rechtsextremismus in den letzten Jahren deutlich herausgearbeitet. Sie rückte dabei auch ins Bewusstsein, dass Rechtsradikalismus ein soziales Phänomen ist, das sinnvoll mit dem Konzept und Begriff einer „sozialen Bewegung“ beschrieben werden sollte.² „Soziale Bewegung“ stellt dabei darauf ab, dass Rechtsradikalismus amorph und variabel organisiert ist, Verbindungen zu unterschiedlichen Subkulturen unterhält, ohne mit diesen identisch zu sein,³ einen dynamischen Charakter hat, etwa schnell

Themen aufgreifen und ideologisch umformen kann, die in der Öffentlichkeit diskutiert werden (Hartz IV, Globalisierung), mit bewusster Provokation arbeitet und Bilder einer hypermaskulinen Jugendkultur aufnimmt, anbietet und instrumentalisiert. Rechtsradikalismus als soziale Bewegung verstanden, öffnet den Blick für die vielfältigen Ausdrucksformen und Erscheinungsweisen rassistischen, xenophoben, nationalistischen und antidemokratischen Denkens und Handelns, für die komplexen Interaktionsbeziehungen, die zwischen rechtsextremen Gruppierungen und den sozialen Umfeldern und Milieus vor Ort jeweils bestehen und für den gesellschaftlichen und politischen Druck, den diese amorphen Gruppierungen auf lokale Institutionen, Akteure und kulturelle Milieus ausüben. Diese vielschichtigen und veränderlichen Interaktionsstrukturen, die im Binnen- und im Außenverhältnis lokal situierter rechtsradikaler Gruppen existieren, sind jüngst (und sehr treffend) mit dem Begriff der „rechtsextremen Erlebniswelten“ belegt worden.⁴

Vor diesem Hintergrund wird es zumindest problematisch, Rechtsextremismus auf ein spezifisches Set an Einstellungen zu reduzieren. Zwar spricht einiges dafür, dass es durchaus so etwas wie ein (relativ geschlossenes) rechtsextremes Weltbild gibt. Dieses Weltbild,

diese Ideologie lässt sich kennzeichnen durch eine rassistisch grundierte Ungleichheitsvorstellung mit der Ablehnung gleicher Rechte für alle Menschen, das Leitbild der Volksgemeinschaft, den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum, Autoritarismus, einen xenophoben Nationalismus, Antisemitismus und das Verharmlosen und Relativieren des Nationalsozialismus.⁵ Rechtsextremismus geht aber in diesen Kennzeichnungen nicht auf. Rechtsextreme richten sich zum Beispiel auch gegen Castor-Transporte, Gentechnik und den Ausbau der Kernenergie und haben zu einem gewissen Teil postmaterielle Werte übernommen, die eine klare Grenzziehung oder definitorische Zuweisung und Eingrenzung unterlaufen. Wilhelm Heitmeyer und seine Forschungsgruppe haben vor diesem Hintergrund den Ausdruck der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ geprägt und ins Spiel gebracht. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit umfasst als Syndrom durchaus Einstellungen wie Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamophobie, enthält aber neben Behinderten- und Obdachlosenabwehr auch Homophobie, klassischen Sexismus und die Betonung von Etabliertenvorrechten.⁶

Wirft man infolgedessen einen Blick auf die Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien, sollte man diese Kontextfaktoren mit reflektieren. Wahlergebnisse von rechtsextremen Parteien können nur eingeschränkt eine Aussage treffen über die Wirklichkeiten rechtsextremer Welten vor Ort. Wir müssen von einem Spannungsverhältnis zwischen einer organisierten (rechtsextremen) Partei mit interner Struktur und umkämpfter Hierarchie und den eher amorphen, gewalttätigen, über Aktionen verbundenen rechtsextremen Gruppierungen ausgehen. Nicht alle, die Mitglieder in rechtsextremen Gruppen, Aktionsbündnissen und sogenannten „Kameradschaften“ sind, gehen auch wählen. Auch dürfen wir nicht außer Acht lassen, dass nicht alle, die rechtsextreme Parteien wählen, selbst ein rechtsextremes Weltbild haben, wie ebenso beachtet werden muss, dass nicht alle, die

demokratische Parteien wählen, über eine demokratische Grundhaltung verfügen. Daran erinnert uns die Tatsache, dass 10 – 15 % der Deutschen über rechtsextreme Einstellungen verfügen, etwa 20 – 25 % über ein rechtspopulistisches Potenzial.⁷

Wir müssen die Wahlergebnisse deshalb sehen als das, was sie sind: ein Indikator für Rechtsextremismus in Deutschland unter mehreren. Eine letzte Bemerkung: Natürlich ist umstritten, wodurch sich eine extremistische Partei auszeichnet. Richard Stöss hat sehr zurecht auf die Unschärfen hingewiesen, die in der Typologisierung „extremistische Partei“ liegen, zumal dann, wenn man versucht, extremistische Parteien des äußeren rechten wie linken Teils des politischen Spektrums weltweit gleichermaßen zu erfassen.⁸ Gleichwohl lässt sich zweierlei festhalten: Extremistische Parteien ziehen den demokratischen und pluralistischen Verfassungsstaat vollständig in Zweifel und wollen ihn letztlich abschaffen und stürzen (Anti-System-Partei); rechtsextremistische Parteien streben den (gewaltsamen) Sturz des demokratischen, pluralistischen Verfassungsstaates aufgrund einer rassistisch-völkischen, antisemitischen, nationalistischen und xenophoben Ideologie an, um ein autoritäres bzw. totalitäres Regime an seine Stelle zu setzen.⁹

I: WAHLERGEBNISSE: BUNDESTAGSWAHLEN SEIT 1994

Beginnen wir mit den Wahlergebnissen rechtsextremer Parteien bei den Bundestagswahlen und gehen die Ergebnisse seit 1994 nach den ausgewählten Bundesländern durch.¹⁰ 1994 traten in **Thüringen** nur die Republikaner zu den Bundestagswahlen an. Landesweit erhielten sie bei einer Wahlbeteiligung von 74,9 % (knapp 1,45 Mio. abgegebene Stimmen) 0,7 % der Erst- und 1,4 % der Zweitstimmen, was in absoluten Zahlen 9.864 und 19.753 Stimmen entspricht. Gleichwohl gab es regionale Unterschiede, denn die Re-

publikaner hatten in nur fünf von zwölf Wahlkreisen Direktkandidat(innen) aufgestellt, in Eisenach und in den östlichen und südlichen Wahlkreisen Thüringens. Traten diese an, lag das Wahlergebnis bei den Erststimmen immer knapp unter oder knapp über 2%, mit einem deutlich sichtbaren Hoch von 3,7% (281 Stimmen) für den Direktkandidaten der Republikaner in der Stadt Pößneck.

Bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag 1998 zeigte sich ein deutlich anderes Bild. Landesweit waren DVU und Republikaner angetreten und erhielten bei einer Wahlbeteiligung von 82,3% (knapp 1,62 Mio. Stimmen) 2,9% bzw. 1,6% der Zweitstimmen. Da nur die Republikaner Direktkandidat(innen) aufgestellt hatten, schlugen hier 1,8% (28.108 Stimmen) zu Buche. Die regionale Verteilung glich sich deutlich auf höherem Niveau an. In nur fünf von jetzt 25 Wahlkreisen¹¹ lag die Summe der Ergebnisse der Zweitstimmen von DVU und Republikaner unter 4,0%, nämlich in Erfurt, Jena (Stadt), Eisenach (Stadt) und im (katholischen) Eichsfeld. In allen anderen Wahlkreisen kamen DVU und Republikaner in den Zweitstimmen zusammen auf mehr als 4% (im Durchschnitt 4,4%); wieder mit den höchsten Ergebnissen im Osten und im Süden Thüringens (Altenburger Land 6,0%, Saalfeld-Rudolstadt 5,5%, Saale-Orla-Kreis 5,2%, Greiz 5,0%)¹², wobei es in einzelnen Gemeinden Ergebnisse von bis zu 8% DVU- und 3% Republikaner-Zweitstimmen gab. Offenbar bestand auch weiterhin der Direktkandidat(innen)-Effekt. In den Wahlkreisen, in denen Direktkandidat(innen) der Republikaner antraten, lag das Ergebnis der Zweitstimmen über dem Durchschnitt mit der einzigen Ausnahme der Landeshauptstadt Erfurt.

Die Wahlen 2002 zum Deutschen Bundestag brachten eine weitere Verschiebung (allerdings mit ein paar Konstanten). Die DVU trat in Thüringen nicht mehr an, dafür besetzte die NPD den Platz. Die Republikaner hatten keine Direktkandidat(innen) und waren nur mit der Zweitstimme wählbar. Landesweit

erhielt die NPD (bei einer Wahlbeteiligung von 74,8% – gleich 1,47 Mio. abgegebene Stimmen) 0,2% der Erststimmen (2.539) und 0,9% der Zweitstimmen (13.572). Auf die Republikaner entfielen 0,8% der Zweitstimmen, gleich 11.348 Stimmen. Sieht man sich die Ergebnisse der Wahlkreise genauer an, so fällt auf, dass sich die beiden rechtsextremen Parteien die Stimmen mit der erst- und einmalig angetretenen „Schill-Partei“ teilten. Offensichtlich hatte wohl ein gutes Drittel bis 40% der möglichen NPD- oder Republikaner-Wählerschaft der Law-and-Order-Partei aus Hamburg mit ihrem mittlerweile verurteilten Ex-Parteivorsitzenden die Stimme gegeben. Die regionalen Schwerpunkte blieben erhalten, allerdings auf sehr niedrigem Niveau. So pendelte die NPD zwischen 0,5% der Zweitstimmen in Erfurt, Weimar und Eisenach und 1,3% in Saalfeld und Greiz sowie im Saale-Orla-Kreis und im Altenburger Land. Nur in Gera-Stadt erreichte die NPD 2,0% der Zweitstimmen, was aber an dem Direktkandidaten der NPD lag, der 2,3% der Erststimmen (oder 1.533 Stimmen) erhielt.¹³

Die Situation stellte sich bei der Bundestagswahl 2005 erneut anders dar. Neben den Republikanern (nur Liste) war die NPD mit Direktkandidat(innen) und Liste flächendeckend angetreten. Landesweit erhielt die NPD (bei 75,5% Wahlbeteiligung, gleich 1,47 Mio.) 4,0% der Erststimmen (entspricht 57.464 gültigen Stimmen) und 3,7% der Zweitstimmen (52.988 gültige Stimmen). Die Republikaner erhielten 0,7% der Zweitstimmen. In den Land- und Wahlkreisen, die seit Jahren bereits vergleichsweise signifikant rechtsextrem gewählt hatten, konnte die NPD (weiterhin) überdurchschnittlich abschneiden, etwa im Altenburger Land mit 4,8% der Erst- und 4,5% der Zweitstimmen oder in Saalfeld-Rudolstadt mit 5,1% der Erst- und 5,0% der Zweitstimmen. Zu diesen Regionen kamen aber Wahlkreise hinzu, die zuvor zumindest bei Bundestagswahlen einen unterdurchschnittlichen Anteil an rechtsextremen Stimmen verzeichneten: etwa der Ilm-Kreis mit 4,1% Zweit- und 4,6% Erst-

stimmen, Sömmerda mit 3,8% Zweit- und 4,1% Erststimmen oder Gotha mit 3,7% Zweit- und 4,2% Erststimmen (in der Mitte Thüringens). Ganz offensichtlich gelang es der NPD, ihre Anhängerschaft regional zu stabilisieren (z. T. sogar zu intensivieren) und zugleich in neue Regionen vorzudringen, etwa in die Obstbauregion zwischen Erfurt und Gotha mit z. T. knapp zweistelligen Ergebnissen oder in kleine Orte nordwestlich Gothas. Erfurt, Jena und Weimar blieben weiterhin deutlich unterdurchschnittlich in den Zahlen der NPD-Wählerschaft.

Die Wahlen zum Bundestag 2009 scheinen diese Bewegung zu bestätigen. Bei nur 65,2% Wahlbeteiligung (1,24 Mio. abgegebene Stimmen) erhielt die NPD landesweit 3,5% der Erst- und 3,2% der Zweitstimmen (entspricht 43.588 bzw. 39.603 gültigen Stimmen) und verlor also im Vergleich 0,5%. Diese Verluste verteilten sich auf z. T. jene Regionen, die bisher deutlich NPD gewählt hatten, etwa Hildburghausen oder Saale-Orla-Kreis, und die größeren Städte (Erfurt und Jena), während eben jene Gebiete, die gleichsam neu erschlossen wurden, überdurchschnittlich abschnitten, etwa der Ilm-Kreis mit 4,0% Erst- und 3,6% Zweitstimmen oder Sömmerda mit 4,2% Erst- und 3,8% Zweitstimmen, Gotha 4,0% Erst- und 3,5% Zweitstimmen. Außerordentlich hoch waren weiterhin das Altenburger Land (4,5% Erst- und 4,0% Zweitstimmen) und im Süden Saalfeld-Rudolstadt mit 5,2% der Erst- und 4,6% der Zweitstimmen. Wenn man möchte, kann man hier über die Jahre eine Bewegung sehen, die weggeht von einer relativ deutlichen, aber mäßig andrierenden Präsenz im Osten, Süd-Osten und Süden des Freistaates mit deutlichen Lücken in der Mitte und im Norden, hin zu einer Zunahme in eben jener ländlichen Mitte (ohne die Städte der Städtekette Eisenach, Erfurt, Weimar, Jena) mit nun verdichteten und klarer lokalisierten Auslegern im Süden und Osten.

In **Sachsen-Anhalt** waren die Ergebnisse (zunächst) weit homogener und auf niedrigerem Niveau. 1994 traten die Republikaner nahezu

flächendeckend in elf von 13 Wahlkreisen mit Direktkandidat(innen) an. Landesweit erhielten die Republikaner bei einer Wahlbeteiligung von 70,4% lediglich 0,9% der Erst- und 1,0% der Zweitstimmen, was 12.861 bzw. 14.641 Stimmen entspricht. Dieser Wert von etwa 1,0% fand sich nahezu identisch in allen 13 Wahlkreisen (Erst- und Zweitstimmen) wieder.

1998 veränderte sich die Lage, da neben den Republikanern die DVU und die NPD zur Bundestagswahl über landesweite Listen angetreten waren. In sieben von 13 Wahlkreisen gab es allerdings keine Direktkandidat(innen) aus einer dieser drei Parteien. Die Republikaner verloren im Durchschnitt der Zweitstimmen (bei einer Wahlbeteiligung von 77,1%; entspricht 1.65 Mio. Stimmen) zwar 0,4% gegenüber 1994. Rechnet man aber den Stimmanteil aller drei Parteien (DVU, NPD und REP) zusammen, so wurden in den einzelnen Wahlkreisen im Durchschnitt 4,2% der Zweitstimmen erobert. Die Direktkandidaten und eine Kandidatin kamen über 2,4% der Erststimmen in ihren Wahlkreisen nicht hinaus. Offensichtlich gab es, im Unterschied zu Thüringen, keinen Kandidat(innen)-Effekt.

2002 trat zur Bundestagswahl nur die NPD an mit einem Wahlergebnis von landesweit 0,4% der Erst- und 1,0% der Zweitstimmen. Das entsprach 5.992 bzw. 14.296 Stimmen. In lediglich drei der neu strukturierten, auf elf reduzierten Wahlkreise gab es Direktkandidat(innen), die zwischen 1,1 und 1,6% (Burgenland) der gültigen Erststimmen erhielten. Offensichtlich gelang es der NPD bei den Bundestagswahlen 2005 zum größeren Teil, jenes Spektrum an Wählerinnen und Wählern zusammenzubringen und auf sich zu ziehen, das 1998 noch auf drei rechtsextreme Parteien verteilt war. Zwar traten die Republikaner landesweit mit Listen an (ohne Direktkandidatinnen bzw. -kandidaten), erreichten aber nur 0,3% der Zweitstimmen. Hingegen erhielt die NPD bei einer Wahlbeteiligung von 71,0% (1,48 Mio. Stimmen) 2,8% der Erst- und 2,5% der Zweitstimmen (40.324 bzw. 36.970 gültige

Stimmen). Zugleich begannen sich regionale Differenzierungen abzuzeichnen. Unterdurchschnittlich schnitt die NPD in den großen Städten wie Halle und Magdeburg ab. Gewinne verzeichnen konnte die rechtsextreme Partei vor allem in den südlichen Wahlkreisen, die an Thüringen und Sachsen angrenzen. 2009 veränderte sich die Lage nur minimal. Die leichten Verluste der NPD von 0,3 % in den Zweitstimmen wurden von der DVU verursacht und gleichzeitig gebunden. Hier herrscht eine eindeutige Korrelation und Wähler(innen)-Wanderung. Die DVU hat 2009 (über die Zweitstimme) landesweit und in allen Wahlkreisen exakt jene Wählerschaft gebunden, die drei Jahre zuvor NPD gewählt hatte. Leichte Einbußen gab es für die NPD bei den Erststimmen, nun 2,5 % (entspricht 30.183 gültigen Stimmen).

So hat sich insgesamt und über die Jahre hinweg nur sehr bedingt etwas verändert. Die NPD in Sachsen-Anhalt ist bezogen auf die Wahlergebnisse der Bundestagswahlen ohne Zweifel kontinuierlich stärker geworden und hat konkurrierende rechtsextreme Parteien verdrängt. Allerdings liegt das Niveau der NPD insgesamt deutlich unter den Thüringer Ergebnissen, zu dessen Landesgrenzen hin die NPD-Ergebnisse leicht steigen.

Bei der Bundestagswahl 1994 waren in **Sachsen** landesweit nur die Republikaner angetreten, wobei lediglich in den Wahlkreisen Dresden I und II Direktkandidat(innen) aufgestellt wurden.¹⁴

Bei einer Wahlbeteiligung von 72 % (entspricht 2,58 Mio. Stimmen) erhielten die Republikaner 0,1 % der Erst- und 1,4 % der Zweitstimmen – in absoluten Zahlen 3.182 bzw. 35.483 Stimmen mit überdurchschnittlichen Ergebnissen u. a. in dem (ostsächsischen) Wahlkreis Görlitz-Zittau (1,9 % Zweitstimmen).

Vier Jahre später, also 1998, erlebten wir in Sachsen das, was auch in den beiden anderen neuen Bundesländern geschehen war: Die drei

Parteien der extremen Rechten konkurrierten miteinander. Von den 2,82 Mio. Wählerinnen und Wählern (76,2 %) stimmten 2,3 % (66.042 Stimmen) für die Direktkandidat(innen) der Republikaner, 0,6 % (17.904 Stimmen) für die der NPD. In den Zweitstimmen war das Ergebnis deutlich höher. Die DVU erreichte 2,6 % (75.575 Stimmen), die Republikaner 1,9 % (55.129 Stimmen) und die NPD 1,2 % (34.485 Stimmen), zusammen also 5,7 % (oder 165.199 Stimmen). Die ansatzweise schon erkennbaren Schwerpunktbereiche gewannen weiter an Stärke. In Görlitz-Zittau erlangte die DVU mit 3.839 Stimmen 3,0 % der Zweitstimmen, die Republikaner konnten weitere 2.058 Stimmen auf sich vereinen. Noch stärker sichtbar war dies in Bautzen, mit 6.119 Zweitstimmen für die DVU (4,8 %) und weiteren 1.800 Stimmen für die Republikaner. Deutlich unterdurchschnittlich blieben die rechtsextremen Parteien in Leipzig und Dresden.

2002 stieg die Wahlbeteiligung auf 80,1 %, gleich 3,48 Mio. Stimmen, und brachte eine Umverteilung der Stimmen bei den beiden verbliebenen rechtsextremen Parteien (Republikaner und NPD). Die Republikaner konnten 0,2 % der Erststimmen (4.504) auf sich vereinen, verloren also dramatisch. Die NPD hingegen legte zu auf nun 1,0 %, gleich 26.658 Stimmen. Der Zweitstimmenanteil fiel bei den Republikanern auf 1,0 % (26.190 Stimmen) und stieg bei der NPD auf 1,4 %, gleich 36.814 Stimmen. Ähnlich wie in Thüringen (und in sehr ähnlicher Korrelationssicherheit) wechselten zudem ehemalige Wählerinnen und Wähler dieser Parteien zur Schill-Partei, die einmalig angetreten bei den Zweitstimmen 1,2 % (31.565 Stimmen) erhalten hatte. Der Zugewinn der NPD gruppierte sich gemäß der bisherigen Schwerpunkte (und bei neu zugeschnittenen Wahlkreisen) und lag in Löbau-Zittau-Görlitz bei 2,0 %, Bautzen ebenfalls bei 2,0 %, Stollberg-Chemnitzer Land bei 2,1 % und Annaberg-Aue bei 2,3 % (jeweils der Zweitstimmen). Neu hinzugekommen war in diesem Feld der Wahlkreis Sächsische Schweiz mit 2,2 % der Zweitstimmen. Bei einer Wahl-

beteiligung von 75,7 % (2,69 Mio. Stimmen) erreichte die NPD bei den Bundestagswahlen 2005 5,0 % der Erst- und 4,8 % der Zweitstimmen. Das sind 131.718 bzw. 126.701 gültige Stimmen. Die Republikaner nahmen sich mit ihren 0,2 % bzw. 0,6 % dagegen wie Zwerge aus. Wieder waren die genannten Wahlkreise überdurchschnittlich mit Stimmen für die NPD vertreten, während in der Städten Leipzig, Dresden und Chemnitz das Ergebnis deutlich unterdurchschnittlich blieb. Im Wahlkreis Bautzen gab es für die NPD 7,0 % der Erststimmen mit zum Teil zweistelligen Ergebnissen. Der Wahlkreis Sächsische Schweiz lag mit 7,1 % der Zweitstimmen an der Spitze der NPD-Zustimmung in Sachsen, wobei Reinhardtsdorf-Schöna den traurigen Rekord mit 14,4 % Zweitstimmen für die rechtsextreme NPD hält. Die letzten Wahlen zum Deutschen Bundestag (2009) brachten bei sehr geringer Wahlbeteiligung (65 %) eine Reduzierung der NPD-Ergebnisse um knapp 1 % auf nun 4,1 % der Erst- und 4,0 % der Zweitstimmen, resp. 91.451 bzw. 89.611 gültige Stimmen. Die schon mehrmals genannten Wahlkreise weisen auch weiterhin die höchsten Zustimmungswerte für die NPD auf, so etwa Bautzen I mit 5,5 % der Erststimmen und 5,0 % der Zweitstimmen.¹⁵ Erneut ist das Ergebnis von Reinhardtsdorf-Schöna überdurchschnittlich und besorgniserregend mit 13,2 % der Erststimmen für die NPD. Hier finden sich jene (zum Teil offen bedrohlichen) Lebenswelten abgebildet, die in den Zeitungsberichten beschrieben werden, von denen anfangs die Rede war.¹⁶

Ganz offensichtlich hat sich sehr schnell in den 1990er Jahren ein Schwerpunktbereich für Rechtsextreme in Ost- und Südsachsen herauskristallisiert, der seitdem ständig und z. T. sprunghaft gewachsen ist. In diesem ländlichen Raum mit dörflicher Struktur fern der größeren Städte erzielt die NPD als einzig relevante rechtsextreme Partei konstant seit Jahren hohe und zum Teil zweistellige Ergebnisse. Über die Zeiten hinweg haben sich bezüglich der rechtsextremen Parteien und Wählerschaften also drei unterschiedliche Muster

gezeigt: Umgruppierungen in Thüringen, eine ungefähre Gleichverteilung auf niedrigem Niveau in Sachsen-Anhalt und schließlich ein kontinuierliches Anwachsen in bestimmten Regionen in Sachsen.

II: LANDTAGSWAHLEN SEIT 1994

Sind Bundestagswahlen ein Gradmesser für eine eher generelle und abstraktere (möglicherweise gerade darum ideologischere) Orientierung gegenüber der Politik eines ganzen Nationalstaates, können Landtagswahlen als Ausdruck eher konkreter und praktisch bezogener emotiver, affektiver und mentaler Einstellungsmuster angesehen werden. Das Personal ist hier bekannter, die Probleme sind näher, erfahrbarer, realer in ihren Auswirkungen und die personale Involviertheit, Engagiertheit und Betroffenheit ist stärker. Eigene (Gruppen-)Interessen kommen eher zum Vorschein und gewinnen an Relevanz. Das kann aber auch bedeuten, dass die ideologischen Momente weniger zum Tragen kommen. Das muss aber nicht so sein.

Ich gehe nun in umgekehrter Reihenfolge vor und beginne mit den Landtagswahlen 1994 in **Sachsen**. Hier erzielten die Republikaner bei einer Wahlbeteiligung von 58,4 % einen Erststimmenanteil von 0,3 % (5.702 Stimmen) und 1,3 % in den Zweitstimmen (26.177). Bei 61,1 % Wahlbeteiligung erhielten Republikaner und die NPD 1999 1,1 % (24.068) bzw. 0,9 % (19.441) der Erststimmen und 1,5 % bzw. 1,4 % der Zweitstimmen. Deutlich über dem Durchschnitt lagen die Republikaner im Weißeritzkreis mit 4,5 % der Erststimmen, die NPD im Wahlkreis Sächsische Schweiz II mit 5,5 % der Erststimmen.

Mit alarmierenden 9,2 % der Zweitstimmen und einem Zugewinn von 7,8 %-Punkten saß die NPD nach der Landtagswahl 2004 mit zwölf Abgeordneten, darunter Holger Apfel, im Sächsischen Landtag. 190.909 Zweitstimmen fielen auf die rechtsradikale NPD bei

100.765 Erststimmen (oder 4,9%). Nur 0,6% mehr an Zweitstimmen hatte die SPD vorzuweisen. Die Zweitstimmen der NPD kamen aus dem ganzen Land, nur bei den Erststimmen gab es Lücken, etwa in Delitzsch, Torgau oder Bautzen und Kamenz, wo keine Direktkandidatinnen bzw. -kandidaten antraten. Im südlichen und östlichen Sachsen waren die Erststimmenergebnisse zweistellig, etwa in Annaberg 13,7% und in der Sächsischen Schweiz I und II mit 11,8% und 16,2%. In Dresden und Leipzig fielen die Erststimmen im Durchschnitt unter die 5,0%-Marke.

Bei den Zweitstimmen sah es ganz ähnlich aus. Der Wahlkreis Sächsische Schweiz II lag mit 15,1% an der (traurigen) Spitze.

Dieses Ergebnis konnte die NPD 2009 nicht wiederholen. Sie verlor bei einer außerordentlich geringen Wahlbeteiligung (52,2%) in den Zweitstimmen 3,6%-Punkte und lag nun bei 5,6% in den Erst- wie den Zweitstimmen (mit acht Sitzen im Landtag). Das bedeutet aber immer noch eine sechsstellige Zahl von Wählerinnen und Wählern, nämlich 100.105 bzw. 100.834. Wie der Anstieg war auch der Rückgang flächendeckend. Nur noch ein Wahlkreis, nämlich Sächsische Schweiz II, lag bei den Erststimmen und den Zweitstimmen mit 11,8% bzw. 10,1% über der 10%-Grenze. Überdurchschnittlich waren aber weiterhin Riesa-Großenhain I und II mit 7,8 und 8,8% der Zweitstimmen und Annaberg mit 8,0%.

Wie kompliziert, in sich differenziert und selbst zu differenzieren die Ergebnisse waren (und sind), zeigt ein Blick in einen Wahlkreis und seine diversen Wahlbezirke. So verzeichnet die Stadt Jöhstadt im Wahlkreis Annaberg 11,6% (172 Stimmen) Erst- und 12,0% Zweitstimmen für die NPD, während Thum 7,2% (gleich 190 Stimmen) bzw. 6,3% aufweist; im Wahlbezirk Tannenberg liegt die NPD bei 11,2% der Erststimmen (64 Stimmen), im Wintersportort Oberwiesenthal bei 4,6% (54 Stimmen). Die Zahlen geben nur einen Hinweis darauf, dass regionale und konkrete

ökonomische, kulturelle, landschaftliche, touristische und infrastrukturelle Faktoren neben den habituellen und affektiv-emotiven eine Rolle bei der Wahlentscheidung für die NPD zu spielen scheinen.

Insgesamt gilt für Sachsen, dass die Landtagswahlergebnisse die Verteilungs- und Entwicklungsmuster der Bundestagswahlen wiederholen, allerdings auf einem sehr viel höheren Niveau. Die Basis von NPD-Wählerinnen und NPD-Wählern ist bei Gelegenheit der Landtagswahl landesweit und nahezu überall deutlich breiter (Ausnahme Leipzig); die Bereitschaft, dann in der Wahlkabine tatsächlich mit Erst- und Zweitstimme NPD zu wählen, offensichtlich höher. Zum Teil erschreckende Unterstützungswerte weisen jene südlichen und östlichen Regionen auf, die bereits seit Ende der 1990er Jahre empfänglich für Rechtsextremist(innen) gewesen sind.

Die Landtagswahlen in **Sachsen-Anhalt** lassen sich über die Zeit hinweg mit Blick auf die rechtsextremen Parteien am ehesten als ebenso abrupter Ausbruch wie weitgehendes Versickern beschreiben. 1994 gab es 0,5% der Erst- und 1,4% der Zweitstimmen für die Republikaner. 1998 schnellte das Wahlergebnis der DVU in den Zweitstimmen auf 12,9% (gleich 192.352 gültige Stimmen) hoch, neben dem die Republikaner mit 0,7% verblassten. Dieser rapide Anstieg, der 16 Landtagsmandate zur Folge hatte, verteilte sich über das ganze Land. Ein Schwerpunkt findet sich, wie bei den Bundestagswahlen, im Süden des Bundeslandes. Der Saalkreis lag mit 17,0% der Zweitstimmen am höchsten, Nebra und Querfurt folgten hier mit je 13,6%. In Köthen entfielen 14,7% der Zweitstimmen auf die DVU, in Wolmirstedt im Nord-Westen 13,4%.

Die nächsten Landtagswahlen wischten dieses Ergebnis völlig beiseite. Weder DVU noch NPD noch Republikaner traten zur Wahl 2002 an. Stattdessen erreichte die Schill-Partei 3,2% der Erst- und 4,5% der Zweitstimmen. Die Landtagswahlen 2006 ergaben bei

der schlechtesten Wahlbeteiligung bisher, lediglich 44,5 % (0.92 Millionen Stimmen), für die DVU 3,0 % der Zweitstimmen (entspricht 26.905 Stimmen) und 0,5 % für die Republikaner.¹⁷ Als wäre der Spuk vorbei oder eine Welle in sich zusammengebrochen, wählten mit der Liste im Saalekreis nun 3,4 % DVU, in Nebra 5,7 %, in Querfurt 3,6 %, in Köthen 3,5 % und in Wolmirstedt 2,8 %.

Auch hier scheint also – mit diesem einen Ausreißer eben – die Wahlbereitschaft für rechtsextreme Parteien dem Bundestagswahlergebnis zu folgen: wieder allerdings auf höherem Niveau und mit niedrigerer Hemmschwelle. Richtig vertrauen mag man den Aussagen aus den Bundestagswahlergebnissen dennoch nicht. Zwar scheint Sachsen-Anhalt, wie gezeigt, kein Bundesland zu sein, in welchem die NPD als mittlerweile dominante rechtsextreme Partei in größerer Prozentzahl gewählt wird. Gleichwohl mahnt der Ausreißer zu Vorsicht. Vielleicht brodelt es doch mehr unter der Oberfläche und 2011 könnte es zu einer weiteren negativen Überraschung kommen.

Kehren wir zurück nach **Thüringen**. Bei den Landtagswahlen 1994 (Wahlbeteiligung 74,8 % – gleich 1,46 Mio. Stimmen) entfielen auf die Republikaner 0,5 % der Erst- und 1,3 % der Zweitstimmen (gleich 18.298 Stimmen). Deutlich überdurchschnittlich mit 2,7 % der Zweitstimmen war der Wahlkreis Saale-Orla-II mit einem Direktkandidaten, der 2,9 % der Stimmen (gleich 781) erhielt, gefolgt von Hildburghausen II/ Sonneberg II mit 1,9 % der Zweitstimmen und Altenburg II mit 1,7 %. Unterdurchschnittlich blieben das katholische Eichsfeld, die Landeshauptstadt Erfurt und der Unstrut-Hainich-Kreis I. Bei den Landtagswahlen 1999 konkurrierten, wie in anderen Bundesländern auch, drei rechtsextreme Parteien: die DVU, die NPD und die Republikaner. Landesweit war die DVU nur mit Liste angetreten und erreichte 3,1 % der Zweitstimmen (gleich 36.386 Stimmen), während die NPD 0,2 % der Zweitstimmen bekam und die Republikaner, die in einigen

Wahlkreisen Direktkandidat(innen) aufgestellt hatten, 0,8 % der Zweit- und 2,1 % der Erststimmen erhielten. Die Korrelationen sind uneindeutig. In einigen Wahlkreisen, etwa im Wartburgkreis II, im Unstrut-Hainich-Kreis II und im Saale-Orla-Kreis II, nahmen sich die drei rechtsextremen Parteien wechselseitig Wähler und Wählerinnen weg. Besonders ausgeprägt war dies im Ilm-Kreis I, in dem der Direktkandidat der Republikaner 2,4 % der Stimmen erhielt, die Zweitstimmen mit 4,2 % jedoch an die DVU gingen. In anderen Wahlkreisen, etwa Wartburgkreis I, Sonneberg I, Saalfeld-Rudolstadt I und II sowie Altenburger Land I und II, waren alle drei Parteien jeweils überdurchschnittlich auf Kosten der demokratischen Parteien.¹⁸ Auch wenn etwa die DVU nur in Erfurt III und IV unter 2 %-Punkten lag, also im ganzen Freistaat Wähler(innen) attrahiert hatte, zeichneten sich gewisse Kerne ab im Süden (Saalfeld-Rudolstadt-Sonneberg), im Osten (Altenburger Land), im Westen (Wartburgkreis) und der Ilmkreis in der Mitte.

Mit einer sehr niedrigen Wahlbeteiligung von 53,8 % (gleich 1,05 Mio. abgegebenen Stimmen) erhielten die Republikaner bei den Landtagswahlen 2004 2,0 % der Zweitstimmen (gleich 19.797 Stimmen), die NPD erzielte 1,6 % der Zweitstimmen (gleich 15.695) und 0,1 % der Erststimmen. Offensichtlich befanden sich die Dinge in Thüringen noch im Fluss. So gab es neue Schwerpunkte, etwa Weimarer-Land II und Weimarer Land I/Saalfeld-Rudolstadt III. Hier addierten sich die Zweitstimmen für Republikaner und NPD auf 4,5 % bzw. 5,6 % (gleich 1387 Stimmen). In Sonneberg I und Hildburghausen II/Sonneberg II hingegen lagen nun beide rechtsextreme Parteien unter ihrem Landesdurchschnitt, während im Kyffhäuserkreis die Republikaner leicht, die NPD aber exorbitant dazu gewann (nun 4,0 %; fünf Jahre zuvor 0,1 %) und ihr bestes Ergebnis erzielte. In den Wahlkreisen Altenburger Land I und II verteilten sich die Stimmen auf Republikaner und die NPD gleichermaßen. Hatten die Republi-

kaner 1999 nämlich 4,2% und die NPD 0,2% der Zweitstimmen (also 4,4% gemeinsam), lautete 2004 das Ergebnis 2,7% für die Republikaner und 1,7% für die NPD (zusammen 4,4%). Es lässt sich ein Trend erkennen, dass die Stimmen mehrheitlich in ganz Thüringen von den Republikanern zur NPD wanderten. In allen vier Erfurter Wahlkreisen und zumindest in Jena I blieben die beiden rechtsextremen Parteien mit im Durchschnitt 1,3% der Zweitstimmen für die Republikaner und 0,8% für die NPD weit unter ihrem Landesdurchschnitt.

Der angesprochene Trend wurde deutlich sichtbar bei den Landtagswahlen 2009. Bei 56,2% Wahlbeteiligung (gleich 1,07 Mio. Stimmen) gaben 4,5% der Wählerinnen und Wähler ihre Erst- und 4,3% ihre Zweitstimme der NPD, während die Republikaner auf 0,4% der Zweitstimmen schrumpften und keine Direktkandidat(innen) gestellt hatten. Anscheinend war (und ist) eine Art Konsolidierungsprozess eingetreten. Im Süden Thüringens, in den Wahlkreisen Saalfeld-Rudolstadt I und II gab es mit 5,9% und 6,2% das höchste Zweitstimmenergebnis für die NPD (bei immerhin noch 0,5% und 0,6% Republikaner) und für die jeweiligen Direktkandidat(innen) 6,4% bzw. 6,6% der Erststimmen. In einigen Wahlbezirken jener beiden Wahlkreise war das NPD-Zweitstimmenergebnis zweistellig, etwa in Dröbischau (10,2%), in Wittgendorf (10,6%), in Schwarzbürg (15,3%) oder in Schmiedefeld mit 17,0%, knapp hinter der CDU mit 18,6%. Der Wartburgkreis im Westen und das Altenburger Land I und II im Osten folgten – nun wieder auf Wahlkreisebene – mit 6,0% bzw. 5,3% und 4,8% der Zweitstimmen. Neu entstanden ist, ganz ähnlich wie bei den Bundestagswahlen, in der Mitte Thüringens ein Schwerpunkt in Gotha und Sömmerda mit Ergebnissen zwischen 5,0% und 5,4% der Zweitstimmen. Die Prozentzahlen für die angetretenen Direktkandidat(innen) waren (und sind) sogar noch höher: In Gotha I 5,6% (1.350 Stimmen), in Gotha II 5,5% (1.218 Stimmen), in Sömmerda I/ Gotha III 5,6% (1.520 Stimmen)

und in Sömmerda II 5,1% (1.383 Stimmen). Auch hier gibt es einzelne Wahlbezirke mit sehr hohen NPD-Zweitstimmen, etwa Emleben (9,3%), Crawinkel (8,6%), Metebach (8,2%) und Hörselgau (11,7%) nahe Gotha. Auch in Thüringen entwickelten sich also die beiden Wahlergebnisfelder parallel. Nach einer recht langen Phase der landesweiten Fluktuation und Verschiebung von Schwerpunkten und Zustimmungsräumen von Wahl zu Wahl haben sich in den letzten Jahren spezifische Zentren herausgebildet, in denen eine Klientel sitzt, die über ein vergleichsweise hohes NPD-Zustimmungspotenzial verfügt. Die zum Teil hohe Kontinuität zumindest gewisser Sockelbereiche dieser Klientel und eigene Felderfahrung lassen berechtigt davon sprechen, dass hier – wie in Sachsen und im nicht näher behandelten Mecklenburg-Vorpommern auch – Wählerinnen und Wähler mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild leben.

III: SCHLUSSFOLGERUNGEN

In den drei vorgestellten Bundesländern gibt es unterschiedliche Entwicklungsmuster von Wählerschaften und Stimmanteilen rechtsextremer Parteien. Jedes Bundesland hat offenbar ein spezifisches Modell oder eine spezifische Gestalt in der Entstehung, Verteilung und Stabilisierung rechtsextremer Parteien und ihrer Wählerschaft. Das ist ein interessantes und erstaunliches Ergebnis. Es gibt folglich kein einheitliches Entwicklungsmuster, wie auch keine Blaupause zur Erklärung und Analyse dieser rechtsextremen Wahlerfolge in den neuen Bundesländern. Die jeweilige Verteilungsgestalt zeigt sich sowohl in den Bundestags- als auch in den Landtagswahlen, in letzteren allerdings mit einer breiteren Basis und zum Teil höheren Spitzen. Offensichtlich ist die Hemmschwelle großer Bevölkerungsteile, NPD oder eine andere rechtsextreme Partei zu wählen (und das gilt nun doch für alle drei Bundesländer), bei Landtagswahlen niedriger als bei Bundestagswahlen. Man könnte es auch anders

formulieren: Ein größerer Teil der (eher auf dem Lande situierten) Wählerschaft möchte, dass die regionale und lokale Politik durch rechtsextreme Akteure in Parlamenten (mit-) gestaltet wird, während das auf der Bundesebene (aus welchen Gründen auch immer) nicht gewünscht wird. So gesehen ist es zumindest problematisch, Landtagswahlstimmen als reine Proteststimmen zu werten. Dahinter verbirgt sich mehr als nur Widerspruch oder die Absicht, einen Denktzettel zu verpassen. Hier spricht sich durchaus der Wunsch nach einer rechtsextremen, antidemokratischen, antipluralistischen und nationalistisch-xenophoben Politik vor Ort und im jeweiligen Bundesland aus. Die demokratischen Akteure und Akteurinnen der Zivilgesellschaft und politischen

Bildung sollten das ernst nehmen und zugleich Wege überlegen, wie diesem Weltbild und dieser politischen Intention sinnvoll und nachhaltig begegnet werden kann.¹⁹

PD Dr. Alexander Thumfart promovierte in Philosophie und wurde in Politikwissenschaft habilitiert. Er ist Akademischer Oberrat an der Universität Erfurt. Forschungsschwerpunkte: Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, speziell Renaissance und Humanismus; Transformationsforschung und politische Kulturforschung. Er ist Stadtrat für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Erfurt.

Kontakt: alexander.thumfart@uni-erfurt.de

¹ So haben etwa in Anklam NPD-nahe Kreise angesichts der drohenden Schließung der Stadtbibliothek versucht, eine nationalistische „Volksbücherei“ aufzubauen. Der Versuch konnte gestoppt werden. – siehe dazu der Artikel *Fonds ohne Hüter* in der Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. März 2010 auf Seite 31. In Jamel (ebenfalls Mecklenburg-Vorpommern) dominieren Rechtsextreme ganze Dörfer, in denen sich Bürger(innen) mit Witz, Wut, Mut und Sarkasmus gegen Neo-Nazis wehren, wie zugleich rechtsextreme „Blut-und-Boden-Bauern“ (die Artamanen) in Hoppenrade Behörden terrorisieren. – siehe dazu der Artikel von Sebastian Beck *Nachbar Nazi* in der Süddeutschen Zeitung vom 5./6. Februar 2011 auf Seite 6. Siehe auch: Kock, Sonja (2006): ‚Hochburgen‘ des Rechtsextremismus im Südwesten der Bundesrepublik. In: Klärner, Andreas; Kohlstruck, Michael (Hg.): *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*. Bonn, S. 207 – 239. Und vgl. Röpke, Andrea; Speit, Andreas (Hg.) (2008): *Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft*. Berlin.

² Vgl. Klärner, Andreas; Kohlstruck, Michael (2006): Rechtsextremismus – Thema der Öffentlichkeit und Gegenstand der Forschung. In: Klärner, Andreas; Kohlstruck, Michael (Hg.): *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*. Bonn, S. 7 – 41.

³ Vgl. Dornbusch, Christian; Killguss, Hans-Peter (2005): *Unheilige Allianzen. Black Metal zwischen Satanismus, Heidentum und Neonazismus*. Hamburg-Münster.

⁴ Vgl. Verein für demokratische Kultur in Berlin/Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (Hg.) (2009): *Ladenschluss Jetzt. Kommunale Handlungsstrategien im Umgang mit rechtsradikaler Infrastruktur*. Berlin.

⁵ Vgl. Stöss, Richard (2000): *Rechtsextremismus im vereinten Deutschland*. 3. Auflage, Berlin. Vgl. Stöss, Richard (2005): *Rechtsextremismus im Wandel*. Berlin 2005. Vgl. Minkenberg, Michael (1998): *Die neue extreme Rechte im Vergleich – USA, Frankreich, Deutschland*. Wiesbaden.

⁶ Vgl. Heitmeyer Wilhelm (Hrsg.) (2006): *Deutsche Zustände. Folge 4*. Frankfurt a. M., S. 24 – 31.

⁷ Vgl. Grumke, Thomas (2007): Rechtsextremismus in Deutschland. Begriff – Ideologie – Struktur. In: Glaser, Stefan; Pfeiffer, Thomas (Hg.): *Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert*. Bonn, S. 23 – 24. Diese Ergebnisse werden bestätigt in der Untersuchung von: Decker, Oliver; Brähler, Elmar (2008): *Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*. Berlin. Im Thüringen Monitor von 2008 sprechen die Autoren angesichts der ähnlichen Ergebnisse in Thüringen davon, dass „der ‚alte Rechtsextremismus‘ weniger virulent“ sei als „der ‚neue Rechtsextremismus‘ und die Ausländerfeindlichkeit“ – Vgl. Edinger, Michael; Hallermann, Andreas; Schmitt, Karl (2008): *Soziale Marktwirtschaft in Thüringen: Ergebnisse des Thüringen-Monitors*. Jena, S. 79. Siehe dazu auch: Pfahl-Traughber, Armin (2008): *Der ‚zweite Frühling‘ der NPD*. St. Augustin-Berlin, S. 38 – 40.

⁸ Vgl. Stöss, Richard (2008): ‚Extremistische Parteien‘ – *Worin besteht der Erkenntnisgewinn?* In: APuZ 47, S. 3 – 6. Unmittelbar einsichtig ist etwa, dass die Struktur des jeweiligen Parteiensystems relevant ist bei der Charakterisierung einer Partei als „extrem“.

⁹ Vgl. Hainsworth, Paul (Hrsg.) (2000): *The Politics of the Extreme Right*. London.

¹⁰ Alle im Folgenden aufgelisteten Wahlergebnisse sind den offiziellen Seiten der statistischen Landesämter bzw. der Landeswahlleiter der einzelnen Bundesländer entnommen (mit einer gekennzeichneten Ausnahme in Sachsen). Diese Wahlergebnisse sind im Internet einsehbar und der Öffentlichkeit zugänglich.

¹¹ Der Landeswahlleiter hat die Stimmen auf die Landkreise und kreisfreien Städte gerechnet. Die Einteilung ist nicht völlig deckungsgleich mit den Wahlkreisen. Gleichwohl kann diese geografisch gut lokalisierbare Zuordnung bedenkenlos herangezogen werden. Ich stütze mich auf diese Aufteilung nach Landkreisen.

¹² Das entspricht in absoluten Zahlen an Zweitstimmen (gleiche Reihenfolge): 2.665; 2751; 2692; 4.067.

¹³ Der zweite Direktkandidat im Saale-Holzland-Kreis erhielt 1,8 % der Erststimmen, gleich 1.006 Stimmen.

¹⁴ Die sächsischen Wahlstatistiken weisen bis 1998 immer nur eine der drei Parteien aus – meistens die DVU. Die NPD und die Republikaner werden unter „Sonstige“ summiert, sind also gerade nicht identifizierbar. Aus diesem Grund erkundigte ich mich beim Bundeswahlleiter.

¹⁵ Der Neuzuschnitt von Wahlkreisen, etwa Meißen und Leipzig Land, hat auch dazu geführt, dass die Spitzenwerte für die NPD zurückgegangen sind. Gewisse Gedanken lassen sich hier nicht ganz vermeiden.

¹⁶ Ähnliches gilt übrigens für Mecklenburg-Vorpommern. In Gemeinden im Uecker-Randow-Kreis, wie etwa Postlow, Bargischow und Koblenz, finden sich Zustimmungsqoten für die NPD bei den Erststimmen zur Bundestagswahl 2009 von 23 % (Postlow) und knapp unter 20 %.

¹⁷ Nur zur Erinnerung: 2006 schnellte die NPD in Mecklenburg-Vorpommern nach oben, 2004 in Sachsen. Hier geht offenbar nichts synchron.

¹⁸ Im Altenburger Land I etwa erhielt die DVU 4,2 % der Zweitstimmen, die Republikaner 1,1 % und die NPD 0,2 %; in Saalfeld-Rudolstadt I: DVU 4,0 %, Republikaner 0,8 %, NPD 0,4 %.

¹⁹ Aus diesem Grund ist u. a. die Arbeit von Mobit unverzichtbar. Wer hier spart, spart an der falschen Stelle. Zu konkreten Vorschlägen auf kommunaler Ebene siehe etwa: Molthagen, Dietmar; Korgel, Lorenz (Hg.) (2009): *Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus*. Berlin. Vgl. Kirchenprovinz Sachsen/ Evangelisch Lutherische Kirche in Thüringen (Hg.) (2009): *Nächstenliebe verlangt Klarheit. Evangelische Kirche gegen Rechtsextremismus*. Eisenach 2009.

ANALYSE DER PARLAMEN- TARISCHEN ARBEIT

> PAUL WELLSOW – ZUERST DIE KOMMUNEN ... DIE NPD IN THÜRINGER KOMMUNALPARLAMENTEN

Die Arbeit in den Kommunalparlamenten ist für die neonazistische NPD Teil einer langfristigen Strategie zur Machtergreifung – wenigstens aber zum Einzug in die Landtage. Sie bemüht sich mit ihren Anträgen, Reden und Anfragen in den Thüringer Kommunalparlamenten um bürgernahe Themen: Arbeit, Umwelt, Sicherheit oder Kita-Plätze. Doch hinter ihren strategisch platzierten Initiativen steckt ausschließlich das neonazistische NPD-Parteiprogramm: Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus und Demokratiefeindschaft.

EINLEITUNG

25 Mandate auf kommunaler Ebene gewann die extreme Rechte in Thüringen bei den letzten Kommunalwahlen am 07. Juni 2009. 22 Mandate errang die „Nationaldemokratische Partei Deutschland“ (NPD), zwei die mittlerweile per Parteitagsbeschluss mit der NPD fusionierte „Deutsche Volksunion“ (DVU) und ein Mandat das „Bündnis Zukunft Hildburghausen“ (BZH), eine lokale Abspaltung von der NPD. Im Schnitt erhielt die extreme Rechte bei der Wahl 2009 in Thüringen 3,6 %.

Da zuvor die 5%-Hürde für Kommunalwahlen abgeschafft worden war, gelang der extremen Rechten in Thüringen erstmals im größeren

Stil der Sprung in die Parlamente, obwohl sie nur in zwei Orten mehr als fünf Prozent der Stimmen erhielt. Fast 90 % der kommunalen Mandate in Thüringen verdankte sie dem Wegfall dieser Hürde. Landesweit trat die NPD bei den Kommunalwahlen 2009 mit 73 Kandidatinnen und Kandidaten in sieben Landkreisen (Kyffhäuserkreis, Wartburgkreis, Eichsfeld, Nordhausen, Gotha, Greiz, Sonneberg), in vier kreisfreien Städten (Erfurt, Gera, Eisenach, Weimar) sowie in drei Kreisstädten (Nordhausen, Sondershausen, Greiz) an.

Einen flächendeckenden Antritt, wie vor der Wahl von der NPD großspurig angekündigt, gab es aber nicht. Stattdessen beschränkten sich die Parteien der extremen Rechten darauf, in ihren „Hochburgen“ zu kandidieren. NPD und DVU gingen bei der Wahlvorbereitung offenbar in enger Abstimmung vor. So vermied die NPD wenige Monate vor der für sie so wichtigen Thüringer Landtagswahl am 30. August Niederlagen bei den Kommunalwahlen. Denn überall dort, wo die NPD im Juni 2009 antrat, zog sie mit ein bis drei Mandaten in die Kreistage oder Stadträte ein: Kreis Eichsfeld (3,3 %: Thorsten Heise), Stadt Eisenach (5 %: Patrick Wieschke, Jonny Albrecht), Stadt Erfurt (2,6 %: Frank Schwerdt), Stadt Gera (3,3 %: Gordon Richter, Frank Jahn), Kreis Gotha (3,4 %: Sebastian Reiche, Mario Lehner (im Mai 2010 ersetzt

durch Klaus Städler)), Kreis Greiz (3,8%: Peter Nürnberger, Peter Fungler), Stadt Greiz (3,6%: Peter Nürnberger), Kyffhäuserkreis (3,9%: Patrick Weber, Steffen Herzog), Kreis Nordhausen (3,2%: Roy Elbert, Ralf Friedrich), Stadt Nordhausen (3,1%: Marco Kreuzer), Stadt Sondershausen (3,4%: Patrick Weber), Kreis Sonneberg (4,1%: Uwe Bätz-Dölle, Frank Neubert), Wartburgkreis (4,8%: Tobias Kammeler, Hendrik Heller), Stadt Weimar (3,1%: Jan Morgenroth). Die DVU trat erfolgreich in der Stadt Lauscha (11,8%: Uwe Bätz-Dölle, Manuel Franke) an, das „Bündnis Zukunft Hildburghausen“ kandidierte mit Erfolg für den Kreistag Hildburghausen (2,1%: Tommy Frenck).¹

Für die NPD war dieses Wahlergebnis und ihr erstmaliger Einzug in die Kommunalparlamente in Thüringen ein großer Erfolg. Die Wahl galt der Partei als Testlauf für die Ende August 2009 anstehende Landtagswahl. Thüringen war bis dahin das letzte ostdeutsche Bundesland ohne eine nennenswerte Zahl extrem rechter Kommunalpolitiker(innen). Bei den Kommunalwahlen 2005 hatte allein die DVU mit zwei Sitzen den Sprung in den Stadtrat von Lauscha geschafft und je ein Vertreter der rassistischen Partei Die Republikaner sowie der neonazistischen NPD zog in zwei Jenaer Ortsteilräte ein. Seit 2009 ist die NPD nun quer durch Thüringen in zahlreichen Parlamenten vertreten, hat privilegierten Zugang zu kommunalpolitischen Informationen, (beschränkten) materiellen Ressourcen und kann sich selbst als Interessenvertreter der Bürgerinnen und Bürger im Parlament darstellen. Die Verankerung in den Kommunen und ihren politischen Strukturen war für die NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern ein wichtiges Etappenziel, um wenige Jahre später in die dortigen Landtage einzuziehen.

Knapp zwei Jahre nach dem Einzug von NPD & Co. in die Thüringer Parlamente soll nun in diesem Beitrag erstmals ein kritisches Resümee der Arbeit der extremen Rechten in den Kommunalparlamenten gezogen werden. Die vorliegende Darstellung kann keinen

Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Stattdessen werden anhand ausgewählter Beispiele Anträge, Anfragen, Reden und Publikationen der NPD auf ihren politischen Inhalt und das Agieren der extremen Rechten vor Ort untersucht. Eine Konzentration auf die NPD ist dabei aus zwei Gründen sinnvoll: Zum einen ist die Partei derzeit sowohl in Thüringen als auch bundesweit die agilste organisierte Struktur der extremen Rechten. Zum anderen hat die DVU jüngst ihre (bisher juristisch unwirksame) Fusion mit der NPD beschlossen² und ihre Thüringer Kommunalpolitiker arbeiten aufs Engste mit der NPD zusammen. Das BZH wird aufgrund seiner geringen und fast ausschließlich lokalen Bedeutung hier nicht näher beleuchtet. Eine Beschränkung auf zwei Thüringer Regionen (Wartburgkreis/ Erfurt) zur Betrachtung der Arbeit der NPD ist hier ausreichend, da das Agieren der dortigen Mandatsträger prototypisch ist.

Bisher gibt es keine ausführliche Darstellung und Untersuchung der kommunalpolitischen Arbeit der extremen Rechten in Thüringen. Einzig das Projekt „Nazis in den Parlamenten“ veröffentlicht auf seiner Website seit etwa eineinhalb Jahren kritische Berichte zum Agieren der extremen Rechten in den Kommunalparlamenten. Auch in anderen Bundesländern – mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt – ist extrem rechte Kommunalpolitik bisher kaum erforscht³, obwohl es bundesweit mehr als 600 kommunale Mandatsträger(innen) der extremen Rechten gibt.⁴

„STRATEGIE ZUR MACHTERGREIFUNG“

Um zu verstehen, warum sich die NPD intensiv um die kommunalpolitische Ebene bemüht, wird in diesem Beitrag auch ein kurzer Blick auf die Strategie der Partei geworfen. Das rein strategische Verhältnis der NPD zur parlamentarischen Demokratie und die Arbeit in den Parlamenten zeigen Pascal Begrich und Thomas Weber sowie Miro Jennerjahn in ihren

Beiträgen auf. Zur Ausrichtung der Politik der NPD gehört es auch, Themen der „politischen Mitte“, die breite Schichten in der Gesellschaft betreffen, aufzugreifen und diese in den Wahlkämpfen und der alltäglichen Arbeit in den Kommunalparlamenten in den Vordergrund zu rücken. Der Rechtsextremismus-Experte Fabian Virchow, Professor an der Fachhochschule Düsseldorf und Leiter des dort angesiedelten „Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus“, verortet diese Orientierung als Teil einer langfristigen „Strategie der Machtergreifung“⁵: „Zu den strategischen Entscheidungen der NPD gehört (...) auch das Aufgreifen von Themen der ‚politischen Mitte‘. Obwohl für den internen Parteidiskurs weiterhin bedeutsam, stehen in der Propaganda nach außen Themen wie Geschichtsrevisionismus nicht mehr im Vordergrund.“ Das wird vor allem bei der Kommunalpolitik deutlich. Es werden „konkrete Problemlagen angesprochen, die in der Lebensrealität vieler Menschen einen wichtigen Stellenwert einnehmen, wie zum Beispiel Arbeitslosigkeit, Bildung oder Umwelt, und hinsichtlich der Ursachenzuschreibung und der Lösungsvorschläge mit den ideologischen Grundlagen der NPD verbunden.“⁶ Dieses Phänomen findet sich im Agieren der NPD in den Thüringer Kommunalparlamenten wieder.

Der Sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen W. Gansel, ein wichtiger „Vordenker“ der Neonazipartei, schrieb im Mai 2006 in einem Artikel der Parteizeitung *Deutsche Stimme* unter der Überschrift „Der Marsch in die Mitte des Volkes“, der „Nationalismus“ der NPD habe „das Sektierhafte und Bürgerschreckhafte früherer Zeiten weit hinter sich gelassen und erfolgreich an die Alltagsrealitäten der Menschen angedockt“⁷. Gansel verkörpert diese Strategie prototypisch. Neben seinen Reden im Sächsischen Landtag, in denen sich immer wieder ungeschminkt die geschichtsrevisionistischen und antisemitischen Thesen der Partei zeigen („Bombenholocaust von Dresden“), versucht er, soziale Themen zu besetzen. „Adolf Hitler und die NSDAP sind

Vergangenheit. Hartz IV, Globalisierung und die Veraländerung aber bittere Gegenwart“, schrieb er beispielsweise in der internen Schulungsbroschüre der NPD *Argumente für Kandidaten & Funktionsträger. Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung* (2006), mit der angehende Politikerinnen und Politiker der Partei geschult werden sollten. Auch Parteichef Udo Voigt erklärte vor Jahren im Interview mit der *Deutschen Stimme* (November 1998), worum es ihm mit der Beteiligung an der parlamentarischen Demokratie geht: „Die strategische Planung der NPD ist goldrichtig und hat uns bereits zu unserem ersten Teilziel geführt: der Teilnahme an der staatlichen Parteienfinanzierung“.

Da ein Einzug in den Bundestag für die NPD in weiter Ferne liegt und der Sprung in weitere Landtage mit dem knappen Scheitern der Partei bei der Wahl in Sachsen-Anhalt am 20. März 2011 vorerst gestoppt ist, spielen die Kommunalparlamente eine besondere Rolle. Hier schreitet die schleichende Normalisierung der Partei und ihre Wahrnehmung als gleichberechtigte Kraft im Spektrum der demokratischen Parteien langsam und meist ohne großes Aufsehen voran. Kommunalpolitik, so die häufige Vorstellung auch der Abgeordneten selbst, habe sich über Parteigrenzen hinweg an Sachfragen zu orientieren und mit Parteipolitik nichts zu tun. Kontroverse Debatten stören da nur, die Sehnsucht nach Konsens sei groß – so beschreibt die Sächsische Kommunal- und Landtagsabgeordnete Kerstin Köditz (DIE LINKE) kritisch das Selbstverständnis der Mandatsträger(innen). Ein ideales Einfallstor für die extreme Rechte, wenn sie sich mit bürgernahen und „sachorientierten“ Themen präsentiert, so die Sprecherin für antifaschistische Politik ihrer Landtagsfraktion.⁸ „Auf kommunaler Ebene kann die Ausgrenzung unterlaufen werden“, schrieb die NPD-Zeitung *Deutschen Stimme* schon vor Jahren über die strategische Notwendigkeit von rechter Kommunalpolitik.⁹

Als „nette Nazis von nebenan“ beschreibt der Journalist und Buchautor Toralf Staud heutige Neonazis in vielen Regionen Ostdeutschlands.¹⁰ Bundesweit agiert die Partei aber auf der Straße und in den Parlamenten „zwischen Militanz und Bürgerlichkeit“¹¹, oder – wie es Rainer Strobl und Olaf Lobermeier beschreiben – mit einer „Doppelstrategie, die sowohl Elemente von sozialem Engagement als auch Einschüchterung und Gewalt beinhaltet“¹². Dies lässt so auch in Thüringen zu beobachten.

Natürlich unterscheidet sich das Agieren extrem rechter Kommunalpolitiker und -politikerinnen in allen Parlamenten, genauso wie sich auch die Arbeit der demokratischen Abgeordneten in den Stadträten oder Kreistagen unterscheidet. Dennoch lassen sich bundesweit und in Thüringen ähnliche Muster der Politikgestaltung finden: „Ein einheitliches Auftreten in den Kommunalparlamenten gibt es nicht. Einzelne Abgeordnete verhalten sich eher ruhiger und stellen zurückhaltend Anträge. (...) Sobald es sich aber (...) um eine Gruppe von zwei oder mehr Personen handelt, verändert sich das Auftreten. Ihr Stimmverhalten ist dogmatischer, ihre Redebeiträge, Anfragen und Anträge mehren sich. Allerdings entspricht auch heute noch mancher Abgeordneter dem Klischee des laienhaften Stümpers, dessen seltene Wortmeldungen kaum über die Wiedergabe einfacher Parteislogans hinausgehen.“¹³ Zudem ist die Arbeit der Einzelmandatsträger gegenüber den Fraktionen durch die Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung/Thüringer Kommunalordnung¹⁴ und die Geschäftsordnungen der Stadträte und Kreistage eingeschränkt (Redezeit, Vertretung in Ausschüssen, finanzielle Ausstattung ...).

IN DEN THÜRINGER STADTRÄTEN UND KREISTAGEN

Lange Zeit – und gerade in Westdeutschland – stand die NPD im Ruf, eine „Altherrenpartei“

zu sein. Jüngere und jugendliche Neonazis vermutete man eher in „Kameradschaften“ oder bei Rechtsrock-Konzerten, nicht aber in der NPD oder gar in der als langweilig geltenden Kommunalpolitik. Doch in Thüringen sitzen für die NPD, auch in Ermangelung anderer halbwegs geeigneter Aktivisten, viele junge als Mandatsträger in den Stadträten und Kreistagen. Sechs der 22 Mandatsträger (27 %) sind unter 30 Jahren, sieben sind zwischen 30 und 40 Jahren (31 %), fünf sind zwischen 40 und 50 Jahren (22 %) und nur vier sind über 50 Jahre alt (18 %). Im Vergleich zu anderen Parteien ist das eine junge Mannschaft. Frauen wurden nicht in die Kommunalparlamente gewählt. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch in Mecklenburg-Vorpommern: Die Mandatsträger der NPD sind männlich und viele von ihnen relativ jung.¹⁵ Das Thüringer Personal ist seit Jahren in der extremen Rechten aktiv.

Grob vereinfacht kann man die Mandatsträger der Thüringer NPD in zwei Gruppen einteilen. Auf der einen Seite finden sich unter anderem Frank Schwerdt¹⁶ (Thüringer Landesvorsitzender und stellvertretender Bundesvorsitzender, Stadtrat Erfurt, geb. 1944) und Thorsten Heise¹⁷ (Kreistag Eichsfeld, Beisitzer im Bundesvorstand der NPD, geb. 1969), ein Versandhändler für Rechtsrock und Neonazi-Devotionalien aller Art aus Fretterode. Beide sitzen allein in ihren Kommunalparlamenten. Sie sind mehrfach verurteilt, seit Jahrzehnten in der westdeutschen, militanten Neonazi-Szene aktiv und kamen nach Thüringen, um hier ihre Arbeit unter für sie besseren Bedingungen fortzusetzen. Ihre Arbeit im Stadtrat beziehungsweise Kreistag gleicht dem oben beschriebenen Muster des Einzelaktivisten. Für sie dürfte die Arbeit in den Kommunalparlamenten eher als langfristiges Projekt zur Verankerung einer legalen, neonazistischen Organisation angelegt sein. Aufgrund ihrer Erfahrungen mit Organisationsverboten in den 1990er Jahren ist für sie allein ihre legale und öffentliche Präsenz von politischem Wert. Die wirklichen Schwerpunkte ihrer Arbeit liegen im Aufbau und Erhalt von Strukturen der ex-

tremen Rechten. Schwerdt arbeitet vor allem für die Bundespartei und Heise kümmert sich um Verkauf und Verbreitung von Rechtsrock, Medien und Neonazi-Devotionalien zur Rekrutierung von politischem Nachwuchs.

Auf der anderen Seite steht eine Riege junger NPD-Aktivist*innen, die in den letzten Jahren führende Positionen in den Kreisverbänden der NPD und im Landesverband übernommen haben und zugleich in den Kommunalparlamenten sitzen. Vor allem sie versuchen, die Parteistrategie der Verankerung vor Ort und den Ausbau ihres „realpolitischen“ Einflusses voranzutreiben. Diese in Thüringen aufgewachsenen NPD-Kader bemühen sich selbstbewusst um eine aktive und öffentlichkeitswirksame Arbeit in den Stadträten und Kreistagen. Zu ihnen gehören unter anderem Hendrik Heller (Vorsitzender der NPD im Wartburgkreis, Mitglied des Kreistag Wartburgkreis, geb. 1986), Tobias Kammler (Mitglied im Landesvorstand, Kreistag des Wartburgkreis, geb. 1986), Jan Morgenroth (Mitglied im Landesvorstand, Stadtrat von Weimar, geb. 1975), Marco Kreutzer (Mitglied im Landesvorstand, Stadtrat Nordhausen, geb. 1972), Sebastian Reiche (Kreisvorsitzender in Gotha, Mitglied des Kreistages Gotha, geb. 1983), Patrick Weber (stellvertretender Landesvorsitzender der NPD, Mitglied im Kreistag des Kyffhäuserkreises und des Stadtrates Sondershausen, geb. 1983) oder Patrick Wieschke (Landesgeschäftsführer und stellvertretender Vorsitzende der NPD Thüringen, Mitglied im Stadtrat von Eisenach, geb. 1981).

ERFURT: KAUM AKTIVE NPD

In der Thüringer Landeshauptstadt mit etwa 200.000 Einwohner*innen und Einwohnern ist die NPD nur mit einer Person im Stadtrat vertreten: ihrem Vorsitzenden des Kreisverbandes Erfurt, dem Landesvorsitzenden und stellvertretenden Bundesvorsitzenden Frank Schwerdt. Der Kreisverband der NPD ist kaum aktiv, ein Richtungsstreit um den ehemaligen

NPD-Kreisvorsitzenden Kai-Uwe Trinkaus hatte 2008, im Jahr vor der Wahl, den Verband zersplittert.¹⁸ Trotz einer damals durchaus aktiven rechten Szene in Erfurt blieb der Wahlkampf schwach, die Partei holte schließlich 2,6 % der Stimmen.

In den Stadtratssitzungen ist Schwerdt nicht immer anwesend. Selbst wenn er teilnimmt, ist von ihm nur wenig zu hören und zu sehen. Das ist erstaunlich, da er als stellvertretender Bundesvorsitzender doch bestrebt sein müsste, die Strategie der kommunalen Verankerung aktiv und mustergültig umzusetzen und zudem in der Lage sein sollte, Anträge und Anfragen zu schreiben, Reden zu halten und durch seine zentrale Stellung auch auf entsprechende Zuarbeiten anderer Kommunalpolitiker und -politikerinnen zurückzugreifen. Seit der Wahl vor knapp zwei Jahren hielt er nur wenige Reden und initiierte bisher erst fünf parlamentarische Initiativen. In der konstituierenden Sitzung am 08. Juli 2009 beantragte er eine Änderung der Geschäftsordnung für den Erfurter Stadtrat und seine Ausschüsse (Drucksache 1438/09). Darin forderte die NPD eine Vereinfachung der Regelungen für eine „Einwohnerfragestunde“. Gleichlautende Anträge brachte die Partei 2009 in den konstituierenden Sitzungen mehrerer Kommunalparlamente ein. Mit dem Antrag versuchte die Partei, sich als Vertretung der Bürger*innen-Interessen gegenüber der Politik zu inszenieren. In Erfurt erhielt der Antrag nur seine Stimme. Einen Monat später, in der Sitzung vom 26. August 2009, beantragte er eine Aufnahme in den „Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt“, die ihm jedoch verwehrt wurde. Stattdessen sitzt er im „Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen“ sowie in den Werkausschüssen für die kommunalen Eigenbetriebe Entwässerungsbetrieb, Erfurter Sportbetrieb, Zoopark und Theater. Am 19. Mai 2010 stellte Schwerdt dann eine Anfrage zur Arbeit und Finanzierung des „Bürgertisch Demokratie“ der Stadt Erfurt und dessen möglicher Beteiligung an den Vorbereitungen von Protesten gegen ei-

nen Aufmarsch der NPD am 1. Mai 2010 in Erfurt (Drucksache 0944/10). Damit versuchte Schwerdt herauszufinden, ob eine Einrichtung der Stadt an der erfolgreichen Verhinderung des Aufmarsches beteiligt war. Im März 2010 beantragte Schwerdt, der Stadtrat möge den Oberbürgermeister und andere Beigeordnete der Stadt auffordern, „keine Gespräche mit Rechtsbrechern“ zu führen, „die das Ziel verfolgen, ein sogenanntes selbstverwaltetes soziopolitisches, kulturelles Zentrum einzurichten“ (Drucksache 0512/10). Hintergrund waren die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt um die Räumung des ehemaligen „Besetzten Hauses“, einem alternativen und antifaschistischen Kulturzentrum und Wohnort auf dem Gelände der heutigen Gedenkstätte „Topf & Söhne“, und der Schaffung eines möglichen Ersatzobjektes. Sein Antrag wurde von allen Fraktionen abgelehnt und erhielt nur seine Stimme. Mit einer weiteren Anfrage aus dem Mai 2010 wollte Schwerdt Informationen über mögliche „Cross-Border-Leasing-Verträge“ der Erfurter Verkehrsbetriebe erlangen (Drucksache 1046/10). Über die Leasing-Geschäfte mit Straßenbahnzügen und die Anfrage zum „Bürgertisch Demokratie“ wurde in der Erfurter NPD-Zeitung *Bürgerstimme* (10/2010) berichtet, die vier Mal im Jahr tausendfach in Briefkästen verteilt wird.

Schwerdts Arbeit im Erfurter Stadtrat erzeugt kaum Aufmerksamkeit, wird von der Presse nicht verfolgt und hat auf den Stadtrat oder andere Parteien wenig bis keinen Einfluss. Die Website der Partei wird nur selten aktualisiert¹⁹, und ein eigener Bereich für die Arbeit im Stadtrat, wie die NPD ihn in anderen Kreisen unterhält, fehlt hier völlig. Die kurzen Berichte auf der Website über die Arbeit Schwerdts sind in der Regel identisch mit den Texten aus der *Bürgerstimme*. Thematisch positioniert sich Schwerdt mit eindeutigen Anträgen, Reden und Anfragen. Mit deutlich rassistischen Tönen spricht sich die Partei gegen Bargeld für Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Erfurt aus, versucht das

lokale „Bündnis gegen Rechts“ und seine Unterstützer(innen) in Bedrängnis zu bringen oder polemisiert gegen ein alternatives Jugendprojekt. Nur mit seiner Anfrage zu den Leasing-Verträgen bei den Erfurter Verkehrsbetrieben widmete sich Schwerdt einem klassischen Thema der Kommunalpolitik, das die täglichen Probleme der Menschen in der Stadt berührt. Doch Schwerdt argumentiert auch hier vor allem offen nationalistisch gegen den Verkauf von Straßenbahnzügen an einen Finanzinvestor in den USA.

Erfurts Oberbürgermeister Andreas Bau-
sewein (SPD) beteiligte sich bei der konstituierenden Sitzung 2009 an der Aktion „Weißer Handschuh“ des „Deutschen Gewerkschaftsbundes“. Die Thüringer Kommunalordnung zwingt die Bürgermeister in der ersten Sitzung zum Handschlag mit allen Mandatsträger(innen). Aus Protest gegen den Handschlag mit der NPD, eine förmliche Anerkennung, trugen einige Bürgermeister einen entsprechenden „Demokratiehandschuh“. Auch sonst findet mit der NPD durch andere Fraktionen über das formal Notwendige hinaus im Erfurter Stadtrat keine Zusammenarbeit statt.

MUSTERREGION DER NPD: EISENACH UND DER WARTBURGKREIS

2006 gelang dem Eisenacher Neonazi Patrick Wieschke ein kleiner, sehr öffentlichkeitswirksamer Clou. Mit einem Schild vor der Brust „Rettet unser Theater“ hatte der in der Stadt bekannte NPD-Aktivist im Sommer in einer Reihe mit Bürgerinnen und Bürgern gestanden, die in der Stadt um den Erhalt ihres Theaters kämpften. Monate später, im Dezember 2006, erschien dann ein klar erkennbares Foto von ihm bei der Aktion auf der Titelseite einer Sonderzeitung des Landestheater Eisenachs, die in hoher Auflage in der Stadt verteilt wurde. Zweieinhalb Jahre vor der Kommunalwahl hatte Wieschke es so an einem Punkt geschafft: In der Öffentlichkeit konnte sich der

NPD-Aktivist an der Seite der Bürger(innen) als engagierter Politiker präsentieren.

Eisenach und der die Stadt umgebende Wartburgkreis sind seit Jahren eine Hochburg der extremen Rechten in Thüringen.²⁰ Hier holt die NPD bei Wahlen mit ihre besten Ergebnisse im Freistaat: 5 % in Eisenach und 4,8 % im Wartburgkreis bei den Kommunalwahlen 2009. In der Stadt (43.000 Einwohner(innen)) und dem Landkreis (131.200 Einwohner(innen), Kreisstadt Bad Salzungen) ist die Partei bereits seit vielen Jahren aktiv und vergleichsweise gut verankert. Eine jahrelange Aufbauarbeit der NPD in Stadt und Kreis trägt nun braune Früchte. Wichtigste Person der NPD in Thüringen und vor Ort in Eisenach und dem Wartburgkreis ist Wieschke. Heute trägt er gern Anzug, um seriös zu wirken. Doch auch er kann auf eine militante Vergangenheit zurückblicken. „Bevor Patrick Wieschke Zeitungen verlegte, ließ er Bomben legen“²¹, berichtete der *Spiegel* 2011 süffisant über den Chefororganisator der Thüringer NPD.

Neben der eigenen Zeitung, dem *Wartburgkreis-Boten*, die seit Jahren breit verteilt wird, bemühen sich Wieschke und Co. um eine aktive Nutzung des Internets für ihre kommunalpolitischen Zwecke. Die Website des Kreisverbandes ist vergleichsweise aktuell und die eigenen Abgeordneten im Kreistag und Stadtrat werden vorgestellt. Akkurat sind Anträge, Anfragen und ausgewählte Reden auf der Seite verzeichnet und zum Nachlesen bereitgestellt. Der *Wartburgkreis-Bote* wird ebenso auf einer Internetseite angeboten, wie bei dem sozialen Netzwerk „Facebook“. Auch die Stadtratsfraktion verfügt über eine eigene Website und zusätzlich ein Profil bei „Facebook“, auf der die Arbeit der Fraktion dargestellt wird – die gefällt allerdings bisher erst 21 Menschen.²²

Die Eisenacher Stadtratsfraktion und die Kreistagsfraktion im Wartburgkreis sind weit aus aktiver, als beispielsweise Frank Schwerdt im Erfurter Stadtrat. Am Beispiel der beiden jungen Mitglieder des Kreistages des Wart-

burgkreis Tobias Kammler und Hendrik Heller lässt sich exemplarisch das politische Agieren jener Neonazis beschreiben, die sich der arbeitsintensiven Strategie der kommunalpolitischen Verankerung verschrieben haben. Sie schreiben über ihr politisches Ziel im Kommunalparlament: „Mit einer jungen und konsequenten Mannschaft will sie (Anm.: die NPD) die Probleme anpacken, die die etablierten Parteien seit Jahrzehnten nur verschieben oder weiter verschärfen. Der Kampf gegen Abwanderung, Armut und Ärztemangel durch eine familien-, arbeits-, und unternehmerfreundliche Politik wird durch die Heimatpartei NPD zielstrebig forciert. Wenn auch Sie Anliegen, Wünsche und Vorschläge haben, dann tragen Sie diese an uns heran. Wir kümmern uns vertrauensvoll um die Belange der Deutschen im Wartburgkreis!“²³

Beide nutzen seit der ersten Sitzung am 15. Juli 2009 das Kommunalparlament intensiv, um die neonazistischen Inhalte der NPD zu vertreten und ein Bild der Partei als engagierte Vertreterin der Interessen „der Bürger“ zu erzeugen. Dafür haben die beiden mittlerweile (Stand: März 2011) mindestens 23 Anträge eingereicht, 34 Anfragen gestellt und regelmäßig in Reden die Positionen der NPD öffentlich vorgetragen. Die Initiativen der NPD im Kreistag in den ersten Sitzungen lassen sich grob in zwei Kategorien einteilen. Zum einen versucht die NPD berechnete Interessen der Bürgerinnen und Bürger aufzugreifen, zu besetzen und im ersten Schritt eher zurückhaltend im Sinn der NPD politisch umzudeuten. Zum anderen bringt die Partei hier parlamentarische Initiativen ein, die explizit und unverhohlen den rassistischen und antidemokratischen Charakter der Partei deutlich werden lassen.

Während die Parlamentarier der NPD in anderen Stadträten und Kreistagen die ersten Sitzungen zur Orientierung nutzen mussten und sich mit parlamentarischen Initiativen und Reden zurückhielten, brachten die NPD-Abgeordneten im Wartburgkreis bereits in der

ersten Sitzung des Kreistages im Wartburgkreis zwei Anträge ein und kommentierten den Antrag einer anderen Fraktion. Ähnlich ging es bei den folgenden Sitzungen weiter: In der zweiten Kreistagssitzung (09.09.2009) brachte die NPD vier Anträge ein, in der dritten Sitzung (07.10.2009) zwei Anträge sowie eine Anfrage.

In der ersten Sitzung (15.07.2009) beantragten die NPD-Mandatsträger die Einführung einer Einwohner(innen)-Fragestunde in die Tagesordnung jeder Kreistagssitzung („Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung für mehr Bürgerbeteiligung“). Kammler begründete den Antrag mit der „Stärkung der direkten Demokratie“. Der Antrag erhielt keine Stimme aus den demokratischen Fraktionen, jedoch enthielt sich ein/eine Kommunalparlamentarier/in und stimmte nicht wie alle anderen gegen den Antrag der NPD. Ein zweiter Antrag „Mehr Transparenz für öffentliche Ausschusssitzungen“ wurde zurückgezogen. Die NPD-Abgeordneten kündigten zudem ihre Unterstützung für einen Antrag einer anderen Fraktionen zur Einführung einer „Einwohnerfragestunde“ an. Sie befürworteten die „Stärkung von transparenter Verwaltungsarbeit und eine aktive Bürgerbeteiligung“, forderten jedoch eine Streichung der expliziten „Geschlechterbezeichnungen“ im Antrag, da die explizite Nennung von Frauen und Männern „überflüssig“ sei, so Kammler.

In der zweiten Sitzung (09.09.2009) stellte die NPD den Antrag „Mehr Transparenz für öffentliche Ausschusssitzungen“, der allerdings ebenso zurückgezogen wurde wie der Antrag „Transparente Kreistagspolitik durch besseres Informationsangebot auf der Netzseite des Wartburgkreises“. Ein weiterer Antrag „Umbenennung des/der Gleichstellungs- Aussiedler und Ausländerbeauftragten in Gleichstellungs- Aussiedler- und Ausländerrückführungs- beauftragte(r)“ wurde vom Landrat nicht auf die Tagesordnung gesetzt, da das Thema nicht in die Zuständigkeit des Kreistages falle. Zudem habe er sich „geschämt“, den Antrag auf die Tagesordnung zu setzen, kommentierte

der Landrat den NPD-Antrag. Denn in diesem wird die rassistische Politik der NPD deutlich. Im klassischen Duktus des völkischen Neonazismus heißt es darin: „In Deutschland und auch im Wartburgkreis wird seit Jahrzehnten eine verfehlte Ausländerpolitik betrieben. In einigen, meist westdeutschen, Großstädten kippen langsam die Mehrheitsverhältnisse zulasten des Deutschen Volkes. Die Politik versucht einen Einheitsbrei aus Völkern aller Herren Länder zu schaffen, der nationale und kulturelle Identitäten außer Acht läßt und offensichtlich auch nach und nach verdrängt. Der Großteil der hier lebenden Ausländer ist aber nicht gewillt, Integrationsprojekte anzunehmen bzw. sich dort aktiv einzubringen.“ Daher sei es durch den Staat notwendig, „eine Rückkehr in ihre Heimatländer zu ermöglichen und dies zu fördern, damit sie nicht weiter gezwungen sind, sich in eine Kultur zu integrieren, die sie nicht akzeptieren. Auch im Hinblick auf den überdurchschnittlichen Anteil von Ausländern bei Straftaten ist eine Rückführung geboten, um vom Deutschen Volk dauerhaft materiellen, körperlichen und biologischen Schaden abzuwenden. Der Ausländerrückführungsbeauftragte soll daher Ausländern Informationen und Anreize geben, Deutschland dauerhaft zu verlassen.“ Weitere rassistisch gefärbte Anfragen (17.11.2010) stellte die NPD zur „Gemeinschaftsunterkunft“ für Asylbewerber(innen) in Gerstungen oder zur Zahl der Asylbewerber(innen), die in den letzten Jahren von der Möglichkeit einer „freiwilligen Rückkehr“ Gebrauch gemacht hätten („Ausgaben für freiwillige Rückkehr (Asyl)“, 17.11.2010). Auch in den Änderungsanträgen zum Haushalt 2010 des Wartburgkreises wird die Haushaltspolitik offen rassistisch begründet und versucht, Menschen gegeneinander auszuspielen: „Es grenzt an maßlose Ungerechtigkeit gegenüber den eigenen Landsleuten und Kindern, wenn das Asylheim Gerstungen mit 665.000 Euro in diesem und den nächsten Jahren saniert wird, während man für die Grundschule in Thal nicht einen einzigen Cent ausgeben will.“

Ein weiterer Antrag („Keine Schandflecken im Wartburgkreis – für ein attraktives Wohnen in den Kommunen“) wurde durch den Vorsitzenden des Kreistages ebenfalls nicht auf die Tagesordnung gesetzt, da in ihm ein unzulässiger Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung gesehen werde. Jedoch verwies der Vorsitzende darauf, die Katalogisierung leer stehender Immobilien in einer Beratung mit den Bürgermeister(innen) des Wartburgkreis ansprechen zu wollen – das Thema der NPD findet so erfolgreich Eingang in die politische Debatte des Landkreises.

Auf der Sitzung vom 07. Oktober 2009 stellte die NPD zwei Anträge, mit denen sie politische Erfolge feiern konnte, da beide Initiativen zu Beschlüssen führten. Der erste Antrag der NPD „Überprüfung Kreistagsmitglieder hinsichtlich offizieller bzw. inoffizieller Mitarbeit für das MfS/AfNS“ wurde nur dadurch hinfällig, da die CDU-Fraktion einen weiterführenden Änderungsantrag nachreichte, der schließlich eine Mehrheit fand. Darin wurde neben der Forderung nach Überprüfung der Abgeordneten auf eine Tätigkeit beim „Ministerium für Staatssicherheit“ oder dem „Amt für Nationale Sicherheit“ der DDR auch Unterstützung der „Erklärung für ein demokratisches, tolerantes und weltoffenes Thüringen“ als Zeichen gegen Neonazismus beantragt. Die NPD hatte den Beschluss auf die politische Agenda des Kreistages gebracht, stimmte aber aufgrund der Erweiterung selbst nicht zu. Für die NPD war die Initiative Teil ihres Kampfes gegen „Linksextremismus“. Im *Wartburgkreis-Boten* (Nr. 17 / 2009) feiert die Partei das Ergebnis: „So wurde bspw. ein Antrag auf Stasi-Überprüfung aller Abgeordneten durch die CDU so abgeändert, dass nun darüber hinaus ein Verbot der NPD gefordert wird. Sei's drum: Der Antrag auf Überprüfung kam von der NPD und wurde mit den Stimmen der Etablierten angenommen.“ Auch dem Antrag der NPD „Erstellung eines Sicherheitsberichtes über die Situation in den Schulbussen“ war ein gewisser Erfolg sicher, da er einstimmig zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Wirtschaft und

Tourismus verwiesen wurde. Taktisch geschickt suchte sich die NPD-Abgeordneten für ihren Erfolg dieses Thema, denn den Antrag „konnten die Blockparteien nicht ablehnen, da sie eine Ablehnung dieses Antrages den besorgten Eltern nicht erklären könnten“, hieß es im *Wartburgkreisboten*.

Den Antrag „Einführung eines Mobilitätstickets“ für ALG-Empfänger(innen) sowie Leistungsbezieher von Sozialgeld und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung lehnten sie u. a. mit dem Hinweis auf die Wichtigkeit der Schuldenfreiheit des Kreises ab. Offensichtlich sind die Interessen von von Hartz-IV-Empfänger(innen) für die Neonazis, die ihre Partei selbst als „sozial“ darstellen, zweitrangig, wenn es um ausgeglichene Kommunalfinanzen geht. Weitere Themen der Neonazis waren zum Beispiel Abwanderung aus dem Landkreis, „Leitlinien für Erprobungsmodell Hort“, „Kostenfreie Nutzung von Schulsporthallen in den Wintermonaten“, „Transparenz bei der Breitstellung von Verkehrsinformationen“, Einführung von Buchgutscheinen zur Einschulung oder Änderungsanträge zum Haushaltsplan. Darüber hinaus versucht die NPD, sich als „Opfer“ der demokratischen Parteien darzustellen. „Demokratieferne, Willkür und Mausechelei“ gebe es gegenüber der NPD. So wollte beispielsweise Heller in einer Anfrage (06. 10. 2010) unter anderem die Einladungsmodalitäten zu einem „Workshop Wirtschaftsförderkonzept“ in Erfahrung bringen, da seine Partei nicht eingeladen worden war.

„KOMMUNALPOLITISCHE VEREINIGUNG DER NPD“

Ein wichtiger bundesweiter Akteur der kommunalpolitischen Arbeit der NPD ist die 2003 gegründete „Kommunalpolitische Vereinigung der NPD“ (KPV) unter ihrem Vorsitzenden Hartmut Krien, Mitglied der NPD im Dresdener Stadtrat. Die KPV berät und schult Kommunalpolitiker und -politikerinnen der NPD, sammelt und verbrei-

tet Anfragen und Anträge, sorgt für Austausch unter den Abgeordneten und koordiniert im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Arbeit der braunen Kommunalpolitiker(innen). Stolz berichtet die Parteizeitung der NPD, die *Deutsche Stimme*, immer wieder, wie die KPV einzelnen Abgeordneten helfen konnte, zuletzt im Dezember 2010: „Für einen nationalen Rat ist es ein leichtes, gehörig Unordnung in die gewohnten Abläufe zu bringen. Allerdings gehört fundiertes Wissen und ein Stück Selbstbewußtsein dazu“²⁴. Ziel der Arbeit der KPV sei es, den Abgeordneten beispielsweise den Umgang mit der Kommunalverfassung, den Geschäftsordnungen, Haushaltsplänen oder das Auftreten im Parlament und gegenüber der Presse beizubringen.²⁵ Dies müsse bereits im Vorfeld von Wahlen geschehen, um Aktivistinnen und Aktivisten die Scheu vor einer Kandidatur zu nehmen. Wichtig sei zudem, den Abgeordneten bei der „Durchsetzung gesetzlich zustehender Rechte, z. B. auf eigene Räumlichkeiten und Konten, Darstellung auf der Netzseite (Anm.: gemeint ist die Internetseite) der Kommunen usw. zu unterstützen“, wie die KPV schreibt.²⁶ „Über die Stadtparlamente und Kreistage“ gelte es, „in die Landtage und in den Bundestag“ einzuziehen, benennen die Gründer der KPV das Ziel.²⁷

Gerade Kommunalpolitikerinnen und -politiker demokratischer Parteien müssen wissen, welche Tipps die KPV „ihren“ Leuten mit auf den Weg gibt: „(...) merkt euch alles vor, was den Kreistagsmitgliedern an Privilegien eingeräumt wird (...). Wer erhält welche Räume? Wer darf wo Publikationen auslegen? (...) Wird einer Partei, die im Kreistag vertreten ist, der Ratsaal überlassen oder wird er der Fraktion überlassen? Was immer ihr könnt, dokumentiert es möglich gerichtsfest (...) haltet alle Beobachtungen fest. Fotografiert die Auslagenträger im Landratsamt und in den Rathäusern.“²⁸ So will die NPD dafür Sorge tragen, später einmal auf dieselben Rechte pochen zu können. Zudem empfiehlt die KPV den Kandidat(innen), sich rechtzeitig Namen und Gesichter der Abgeordneten demokratischer Parteien zu merken: „Nichts ist besser als jemanden, der überrascht

ist, mit Namen und Handschlag zu begrüßen, denn der stellt hinterher erst fest, wem „Böses“ er da die Hand gegeben hat.“

Die Bedeutung der KPV für den weiteren Ausbau der Kommunalmandate der NPD machte deren Vorsitzender Krien deutlich: „Nahezu flächendeckend haben wir heute in Deutschland die Stammwählerschaft für ein Mandat in jedem Landkreis. Dieses Wählerpotential liegt brach. Es auszuschöpfen, dazu gehören zwei Dinge. Die Antrittsvoraussetzungen zu erfüllen und vorzeigbare Kandidaten aufzubauen“²⁹. Auch in Thüringen ist die NPD-Vereinigung aktiv. Erst jüngst, Ende Februar 2011, war beispielsweise der KPV-Bundesvorsitzende Krien als Redner auf der jährlichen Mitgliederversammlung des Kreisverbandes der NPD Nordhausen eingeladen.³⁰

FAZIT

Kommunalpolitik ist für die neonazistische NPD vor allem aus strategischen Gründen zur weiteren Verankerung und zur „Normalisierung“ der Partei in der Gesellschaft wichtig. Bei einer Analyse und Betrachtung des kommunalpolitischen Agierens dürfen daher nicht allein die konkreten politischen Inhalte von Anträgen, Anfragen und Kommentierungen zur Einschätzung der Arbeit der NPD herangezogen werden. Stattdessen muss die Kommunalpolitik der NPD vor allem als Teil einer langfristigen „Strategie der Machtergreifung“ betrachtet werden. Es wäre andererseits aber auch zu kurz gegriffen, zu glauben, die NPD meine es mit ihren Anträgen und Anfragen nicht „ernst“ oder agiere opportunistisch, allein um Wählerinnen und Wähler mit tatsächlich oder vermeintlich „bürgernahen“ Themen zu ködern. Die NPD vertritt auch in ihren kommunalpolitischen Initiativen eigenständige Positionen, die in den Anträgen – mal mehr, mal weniger – deutlich werden. Und die Kommune ist für die NPD „erste Ebene der sozialen Ordnung“, von hier soll eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft

erfolgen, schrieb die neonazistische Partei in ihrem „Rahmenkommunalwahlprogramm“ zu den Wahlen im Juni 2009.³¹

Die Themen und Forderungen der NPD in den Kommunalparlamenten ähneln sich bundesweit. Ein Blick in Darstellungen und Untersuchungen zur Kommunalpolitik der extremen Rechten aus Sachsen, Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern zeigt das – die Thüringer Erfahrungen bestätigen diesen Trend. Es sind zum einen immer wieder die offen rassistischen Themen und Anträge, die sich gegen Migrantinnen und Migranten richten. Ebenso richten sich Anfragen und Anträge gegen demokratische „Bündnisse gegen Rechts“ oder alternative (Jugend-) Zentren und stellen die NPD als „Opfer“ des Agierens linker und demokratischer Organisationen und Parteien dar. Am wichtigsten für eine mögliche, langfristige Verankerung der extremen Rechten in den Kommunen sind aber die kommunal relevanten Themen von Bildung, Arbeit, Soziales, Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr. Sie werden aufgegriffen, von rechts umgedeutet und mit entsprechenden Forderungen versehen. Alles, was bürgernah, massenwirksam und sozial klingt, wird behandelt.³²

Bundesweit zeigt sich, dass vor allem die NPD in den Kommunalparlamenten aktiver wird und ihre Arbeit unter anderem mithilfe der KPV deutlich professionalisiert hat. Die Mandatsträger(innen) haben gelernt zu reden, Anträge zu schreiben und kennen sich immer häufiger auch gut mit ihren Kommunalsatzungen aus, welche die Arbeit im Stadtrat oder dem Kreistag regeln. Immer wieder ist zu beobachten, dass Kamerad(innen) im Publikum die Mandatsträger(innen) durch ihre Anwesenheit „unterstützen“. Das hat zugleich auch oftmals eine einschüchternde Wirkung auf Vertreter und Vertreterinnen demokratischer Parteien.

In Thüringen kann man trotz des Wahlerfolges der NPD 2009 nicht von einer flächendeckenden kommunalpolitischen Verankerung der extremen Rechten sprechen. Zudem ist

die „Qualität“ und Intensität der Arbeit in den Kreistagen und Stadträten sehr unterschiedlich. Engagierter NPD-Kommunalpolitik im Wartburgkreis steht das Absitzen der Sitzungszeit im Erfurter Stadtrat durch den Neonazi Schwerdt entgegen. Und dennoch: Die Normalisierung der extremen Rechten in der Gesellschaft schreitet durch deren Präsenz in den Kommunalparlamenten voran. Das jüngste Beispiel aus dem Stadtrat Eisenach, als ein Kommunalparlamentarier der Wählervereinigung „Bürger für Eisenach“ im Bauausschuss Rederecht für den NPD-Politiker Jonny Albrecht beantragte, belegt dies. Die NPD nutzt die Zeit, um sich zu verankern und hofft darauf, eines Tages an den in der „Mitte der Gesellschaft“ weitverbreiteten rassistischen und nationalistischen Einstellungen³³ anknüpfen und sie in Wähler(innen)-Stimmen ummünzen zu können. Auch historisch war die kommunale Präsenz im ländlichen und kleinstädtischen Raum für den Vormarsch der „Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ (NSDAP) von großer Bedeutung. Zielgerichtet orientierte sich die Partei auf diese Regionen: „Von wenigen Ausnahmen abgesehen gewann die Partei der deutschen Faschisten im ländlich-kleinstädtischen Raum früher und mehr Wählerstimmen als in den größeren Städten“³⁴. Ganz ähnlich versucht es die NPD in Thüringen – mit bisher glücklicherweise bescheidenem Erfolg. Ob es der extremen Rechten im Freistaat gelingt, gestärkt aus ihrer Arbeit in den Kommunalparlamenten hervorzugehen, hängt stark davon ab, wie sich die demokratischen Parteien und die Öffentlichkeit gegenüber den Neonazis verhalten. Eine entscheidende Frage ist, ob sie der Strategie der extremen Rechten auf den Leim gehen oder ob sie die „Normalisierung“ der extremen Rechten in der Gesellschaft an keinem Punkt zulassen.

Paul Wellso ist Politikwissenschaftler, Mitglied der Projektgruppe „Nazis in Parlamenten Thüringen“ und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Kontakt: wellso@gmx.de

¹ Vgl. Thüringer Landesamt für Statistik (2009): *Kommunalwahlen in Thüringen am 7. Juni 2009*, Erfurt. <http://www.wahlen.thueringen.de>.

² Am 12. Dezember 2010 beschloss im Thüringischen Kirchheim der Bundesparteitag der DVU die Auflösung der Partei und Fusion mit der NPD. Dagegen wehren sich seit dem Mitglieder und einzelne Landesverbände der Partei juristisch, da sie Unregelmäßigkeiten in der Beschlussfassung sehen. Das Landgericht München gab den Gegner(innen) der Fusion in einer ersten Entscheidung Recht, seitdem entspannt sich ein skurriler Rechtsstreit. Die Fusion der Parteien ist demnach bisher nicht endgültig vollzogen, vgl. u. a.: Gensing, Patrick (2011): *Rechtsstreit um DVU-Ableben geht in die nächste Runde*. Online unter: <http://npd-blog.info/2011/03/01/rechtsstreit-dvu-npd-fusion>; oder: Speit, Andreas (2011): *Ja-Sager bestellt. Zur Fusion zwischen NPD und DVU*. In: Der rechte Rand, Nr. 129 / 2011.

³ Lesenswerte Studien zur Kommunalpolitik der extremen Rechten:

Vgl. Bars, Joanna; Buchstein, Hubertus; Fredrich, Benjamin; Geisler, Antonia; Heil, Torsten; Krüger, Matthias; Linke, Tobias; Mach, Michael; Mielsch, Carsten; Nagy, Robert; Vogt, Johanna (2010): *Die NPD im Kommunalwahlkampf 2009 in Mecklenburg-Vorpommern*. Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern, Greifswald;

Vgl. Beier, Katharina; Bogitzky, Jenny; Buchstein, Hubertus; Feike, Katharina; Fischer, Benjamin; Freyber, Pierre; Strüwing, Mathias; Wiedemann, Tim (2006): *Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns*. Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern. Greifswald;

Vgl. Begrich, Pascal; Weber, Thomas (2009): *Zwei Jahre NPD-Vertreter/innen in den Kreistagen Sachsen-Anhalts. Ein Forschungsbericht*. Hochschule Magdeburg/Stendal, Magdeburg;

Begrich, Pascal; Roth, Roland; Weber, Thomas (2010): *Die NPD in den Kreistagen Sachsen-Anhalts*. Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt. Magdeburg;

Vgl. Bogitzky, Jenny; Buchstein, Hubertus; Heil, Torsten (2009): *Kein Platz für Rechtsextremisten in Kommunalparlamenten*. Greifswald;

Vgl. Buchstein, Hubertus; Fischer, Benjamin (2007): NPD-Mandatsträger in Kommunalparlamenten – Erfahrungen aus dem Nachbarland Mecklenburg-Vorpommern. In: Vgl. Schoeps, Julius H.; Botsch, Gideon; Kopke, Christoph; Rensmann, Lars (2007): *Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention*. Berlin;

Vgl. Jennerjahn, Miro (2009): *Die NPD in Sachsen nach den Stadt- und Gemeinderatswahlen 2009*, o. O.;

Vgl. Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (2007): *„Kampf um die Rathäuser“*. Berlins Kommunalpolitik zwischen rechtsextremer Normalisierungsstrategie und demokratischem Handeln. Berlin.

⁴ In Deutschland sitzen derzeit mindestens 609 Mandatsträger (Stand: Juni 2009) der extremen Rechten in den Kommunalparlamenten, ihre Zahl konnte in den letzten Jahren kontinuierlich gesteigert werden (Juli 2007: 125 Mandate). Zur Kommunalpolitik der extremen Rechten liegen nur wenig aktuelle Studien vor. Es fehlt vor allem an einem bundesweiten Überblick sowie vergleichenden Untersuchungen. Einzig die antifaschistische Zeitschrift Der rechte Rand veröffentlichte 2009 eine bundesweite Statistik der Mandate. Demnach entfallen etwa 235 kommunale Mandate auf die Republikaner, 199 auf die NPD und 39 auf die DVU. Die restlichen setzen sich zusammen aus Deutsche Partei, Deutsche Liga für Volk und Heimat, Bündnis Arbeit, Familie, Vaterland, Pro-Vereinigungen und sonstigen regionalen Parteien – vgl. Der rechte Rand, Nr. 118 / 2009.

⁵ Virchow, Fabian (2008): Hat die NPD eine Strategie der Machtergreifung? In: Virchow, Fabian; Dornbusch, Christian (Hg.): *88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können*. Schwalbach/Ts., S. 70f.

⁶ Ebd., S. 71f.

⁷ Zitiert nach ebd., S. 72.

⁸ Köditz, Kerstin (2009): *Und morgen? Extreme Rechte in Sachsen*. Berlin, S. 19f.

⁹ Hiekisch, Uwe (2000): *Bürgernähe zeigen, vor Ort siegen. Auf kommunaler Ebene kann die Ausgrenzung unterlaufen werden*. In: Deutsche Stimme, 04 / 2000, S. 22.

¹⁰ Staud, Toralf (2005): *Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD*. Köln.

¹¹ Klärner, Andreas (2006): *„Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit“*. Tendenzen der rechtsextremen Bewegung am Bei-

spiel einer ostdeutschen Mittelstadt. In: Klärner, Andreas; Kohlstruck, Michael (Hg.): *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*. Hamburg, S. 44ff.

¹² Strobl, Rainer ; Lobermeier, Olaf (2009): Die Problemstellung: Rechtsextremismus in der Kommune. In: Molthagen, Dietmar; Korgel, Lorenz (Hg.): *Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus*. Berlin, S. 17.

¹³ Dornbusch, Christian; Bingt, Friedemann (2008): Was macht die NPD in den kommunalen Parlamenten? In: Virchow, Fabian; Dornbusch, Christian (Hg.): *88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können*. Schwalbach/Ts., S. 127.

¹⁴ Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung) in der Fassung vom 28. Januar 2003, vgl. <http://www.landesrecht.thueringen.de>.

¹⁵ Buchstein, Hubertus; Fischer, Benjamin (2007): NPD-Mandatsträger in Kommunalparlamenten – Erfahrungen aus dem Nachbarland Mecklenburg-Vorpommern. In: Schoeps, Julius H.; Botsch, Gideon; Kopke, Christoph; Rensmann, Lars: *Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention*. Berlin, S. 256.

¹⁶ Vgl. u. a. das Porträt von Frank Schwerdt beim „Netz gegen Nazis“ – Online unter: <http://www.netz-gegen-nazis.de/lexikontext/frank-schwerdt>, (eingesehen am 01.04.2011).

¹⁷ Vgl. u. a. das Porträt von Thorsten Heise beim „Netz gegen Nazis“ – Online unter: <http://www.netz-gegen-nazis.de/lexikontext/thorsten-heise>, (eingesehen am 01.04.2011).

¹⁸ Vgl. Renner, Martina (2008): *Spaltpilz in der NPD*. In: Der rechte Rand, Nr. 111 / 2008.

¹⁹ So stammte Anfang April 2011 der letzte Eintrag auf der Seite vom 02. November 2010, (eingesehen am 03.04.2011).

²⁰ Siehe dazu den Beitrag von Matthias Quent in dieser Broschüre und Renner, Martina (2007): *Aus der Mitte des Dorfes. Wie Neonazis die Kommunalpolitik entdeckten*. In: Junge Welt, 14.06.2007.

²¹ *Propaganda von nebenan*. In: Der Spiegel, Nr. 44 / 2010.

²² Eingesehen am 04.04.2011.

²³ <http://www.npd-wartburgkreis.de>, (eingesehen am 03.04.2011).

²⁴ *Triviale Rechte in den Kommunen. Die KPV hat noch viel Aufklärungsarbeit vor sich*. In: Deutsche Stimme, Dezember 2010, S. 11.

²⁵ Vgl. Deutsche Stimme, Mai 2006, S. 13 (zitiert nach: Dornbusch; Bringt, a. a. O.).

²⁶ <http://www.kpv-ndp.de>, (eingesehen am 07.03.2011).

²⁷ Haschke, Ralf (2004): Unverzichtbarer Sturm auf die Rathäuser. In: Deutsche Stimme, Februar 2004, zitiert nach: Apabiz e. V.: *Über die Kommunen in den Bundestag. Die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) der NPD*. – Online unter: <http://www.apabiz.de>.

²⁸ Rundschreiben der KPV vom April 2007, zitiert nach: Ebd.

²⁹ Zitiert nach: Apabiz e. V.: *Über die Kommunen in den Bundestag. Die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) der NPD* – Online unter: <http://www.apabiz.de>.

³⁰ <http://www.nordthueringen-bote.de/index.php?ID=241&anfang=0&npd=aktuelles>, (eingesehen am 08.03.2011).

³¹ NPD Thüringen (2009): *Kommunalwahl 2009 – Thüringens starke Rechte – Erst die Kommune, dann das Land* (Rahmenkommunalwahlprogramm).

³² Vgl. dazu auch: Eduard, Karl S. (2009): *Hunde-Toiletten und Sozialtickets. Themen im Kommunalwahlkampf*. In: Der rechte Rand, Nr. 118 / 2009.

³³ Vgl. die regelmäßigen Studien *Thüringen Monitor* (Universität Jena) und *Deutsche Zustände* (Universität Bielefeld) sowie die Studie: Decker, Oliver; Rothe, Katharina.; Weissmann, Marliese; Geißler, Norman; Brähler, Elmar: (2008): *Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen*. Berlin.

³⁴ Weißbecker, Manfred (2007): *Kommunalpolitik der NSDAP*. In: Der rechte Rand, Nr. 105 / 2007, S. 19.

> MATHIAS WÖRSCHING – DIE NPD IN DEN BERLINER BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNGEN: ZAHLEN UND PERSONEN IM ÜBERBLICK¹

Seit fast fünf Jahren ist die NPD in vier Berliner Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) vertreten: Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg, Treptow-Köpenick und, als einzigem Bezirk im Westteil, Neukölln. Das Agieren der NPD in den BVV, die den Kreistagen der Flächen-Bundesländer entsprechen, fällt je nach Bezirk in Qualität und Quantität stark unterschiedlich aus und hängt von den Kompetenzen und Vorlieben des jeweiligen rechtsextremen Personals ab. Unter den NPD-Verordneten in Berlin finden sich sowohl rhetorisch und politisch versierte Kader der Bundes-NPD als auch lokale Rechtsextreme mit geringem Aktionsradius und mangelhafter Kompetenz. Die große Spannweite der Fähigkeiten der NPD-Mandatsträger und -trägerinnen offenbart das bekannte Personalproblem der rechtsextremen Partei. Nicht nur in Berlin hat es die NPD schwer, überzeugende und fähige Persönlichkeiten für eine kommunalpolitische Tätigkeit zu gewinnen.

In Treptow-Köpenick, Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf zog die NPD im September 2006 mit knapp über fünf Prozent – in absoluten Zahlen jeweils rund 6000 Wähler- und Wählerinnenstimmen – in die BVV ein. Dabei erreichte die Partei jeweils drei Mandate und profitierte somit von den Privilegien des Fraktionsstatus. Zum jetzigen Zeitpunkt ist davon nur noch die Fraktion in Treptow-Köpenick mit dem NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt an der Spitze übriggeblieben. Doch auch diese Fraktion hatte interne Querelen zu verkraften, welche 2009 zum Ausscheiden Eckart Bräunigers führten, der dem neonazistischen Hardliner-Flügel der NPD zuzurechnen ist. Die nachgerückte Mandy Schmidt blieb bisher fast ausschließlich passive Platzhalterin. Ein Grund der Streitigkeiten lag in der Person des dritten Fraktionsmitglieds, des parteilosen Fritz Liebenow, dessen inhaltliche und rhetorische Unzulänglichkeiten in

der Treptow-Köpenicker BVV immer wieder Gelächter und Kopfschütteln erzeugen. Der als NPD-Bundesvorsitzender vielbeschäftigte Voigt kann die Möglichkeiten seines Mandats nicht ausschöpfen. Je nach Vorbereitung, Tagesform und Unterstützung durch den Fraktionsmitarbeiter Stefan Lux, der ebenfalls ein langjähriger NPD-Funktionär ist, gelingt es Voigt dennoch hin und wieder Akzente zu setzen. Hierbei ist er um ein möglichst seriöses und souveränes Erscheinungsbild bemüht.

Bis zu ihrem Auseinanderbrechen im Dezember 2010 war die Lichtenberger NPD-Fraktion die weitaus aktivste in Berlin. Mit den erfahrenen und ideologisch gefestigten Kadern Manuela Tönhardt und Jörg Hähnel² verfügte sie über wortgewandtes Personal mit aggressiver Rhetorik. Der Berliner DVU-Landesvorsitzende Torsten Meyer komplettierte als kommunalpolitischer Fleißarbeiter das Trio. Er trat jedoch nach vier Jahren aufgrund seiner Ablehnung der Fusionsbemühungen von NPD und DVU aus der Fraktion aus, was dieser den Fraktionsstatus kostete. Nichtsdestotrotz führen Tönhardt und Hähnel das fort, was ihre Fraktion schon zuvor im Berliner Vergleich auszeichnete: regelmäßige Berichte und Kurzvideos zu BVV-Sitzungen auf einer eigenen Internetseite und ebenso regelmäßige Mobilisierung von Anhängerinnen und Anhängern sowohl des lokalen NPD-Kreisverbandes wie auch aus dem Spektrum der „Autonomen Nationalisten“ als Publikum bei den Sitzungen. Der Lichtenberger NPD-Kreisverband gehört zu den aktivsten und mobilisierungstärksten in Berlin.

Gegenüber Treptow-Köpenick und Lichtenberg fallen die NPD-Verordneten in Marzahn-Hellersdorf und Neukölln stark ab. Von den beiden Neuköllner Einzelverordneten Jan Sturm – dieser sitzt auch im Berliner NPD-Landesvorstand – und Thomas Vierk meldet sich nur Sturm häufiger zu Wort und bedient sich bei seinen

mitunter hetzerischen Beiträgen der Sprache des Kneipenmilieus. Thomas Vierk ist 2009 aus unbekannten Gründen zwar aus der NPD ausgetreten, blieb aber seiner rechtsextremen Gesinnung treu. Die Marzahn-Hellersdorfer NPD-Fraktion zerfiel nach dem Austritt eines Mitglieds bereits 2008. Die verbliebenen Einzelverordneten Matthias Wichmann (NPD) und Karl-Heinz Burkhardt (ehemals DVU, inzwischen NPD) sind mangels rhetorischer Eignung und persönlichen Einsatzes weitestgehend untätig, ebenso wie der einzige Berliner Verordnete der Republikaner in der BVV Pankow.

STRATEGISCHES VORGEHEN

Trotz der Heterogenität der NPD-Mandatsträgerinnen und -träger lassen sich gemeinsame Muster des Agierens beschreiben. Besonders in Lichtenberg und Treptow-Köpenick fällt eine Doppelstrategie der NPD ins Auge, die aus kommunalpolitischen Normalisierungsbestrebungen einerseits und gezielten ideologischen Provokationen und Skandalinszenierungen andererseits besteht.

Unter erstere fallen Initiativen zu kommunalpolitischen Sachthemen, die mitunter von der eigenen Kenntnis lokaler Problemlagen inspiriert sind und Bürger(innen)-Nähe vortäuschen sollen. Dazu gehört auch das Streben, sich als Kontrollinstanz gegenüber den anderen Parteien und der Verwaltung zu profilieren und populistische „Schaufensteranträge“ beispielsweise zu sozial- und umweltpolitischen Themen zu stellen. Der Bezug zur rechtsextremen Ideologie ist bei derartigen Initiativen oft gar nicht oder kaum sichtbar. Die NPD versucht so, eine neue Wählerschaft zu gewinnen und ihre gesellschaftliche Ächtung zu unterlaufen. Hingegen bedienen die immer wieder gezielt eingesetzten Provokationen der NPD-Mandatsträgerinnen und -träger rassistische, nationalistische und geschichtsrevisionistische Themen, womit vor allem die rechtsextreme Stammwählerschaft angesprochen werden soll.

Typische Beispiele für derartige Provokationen sind die in Anträgen und Wortbeiträgen geforderte „Umbenennung der Migrationsbeauftragten in Ausländerrückführungsbeauftragte“ und die Ehrung der Mörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht oder der Waffen-SS. Die NPD spekuliert bei solchen Affronts ganz bewusst auf eine Welle der Empörung, die ihr mediale Aufmerksamkeit bringt und damit die Gelegenheit bieten soll, sich vor den Augen ihrer Sympathisantinnen und Sympathisanten als Sachverwalterin des gemeinsamen ideologischen Anliegens zu inszenieren. Exemplarisch findet dies in der BVV Lichtenberg statt, wo bei manchen Sitzungen zahlreiche Rechtsextreme auf die Wortbeiträge der NPD-Verordneten warten und lauten Beifall spenden. Ein wichtiges Instrument im agitatorischen Arsenal der NPD ist die Opferinszenierung. Häufig stellen sich NPD-Verordnete als eigentliche Vertreterinnen und Vertreter der Demokratie dar, die von einem „Block“ oder „Kartell“ der größeren Parteien unterdrückt würden. Regelmäßig wird versucht, die demokratischen Parteien der Missachtung von Bürger(innen)-Interessen zu überführen. Dies kommt vor allem dann vor, wenn scheinbar sachorientierte Anträge der rechtsextremen Verordneten wegen der hinter ihnen stehenden strategischen Absicht und des antidemokratischen Charakters wie in Berlin üblich mit den Stimmen aller Demokratinnen und Demokraten abgelehnt werden.

GOOD PRACTICE – DER DEMOKRATISCHE KONSENS IN DEN BVV

Der in Berlin erarbeitete Standard des konsequenten Umgangs der demokratischen Bezirksverordneten mit der NPD begrenzt deren Spielräume erheblich und ist deshalb ein großes Ärgernis für die rechtsextreme Partei. In allen vier BVV mit NPD-Mandatsträger(innen) wurde bisher weitgehend der demokratische Konsens aufrechterhalten, keinem Antrag der Rechtsextremen zuzustimmen und keinerlei Bündnis oder Absprache mit ihnen einzu-

gehen. Auch im Arbeitsalltag werden die NPD-Verordneten größtenteils gemieden und lediglich sachlich-korrekt abgefertigt.

Damit nicht genug: Die demokratischen Parteien grenzen sich immer wieder öffentlich von der NPD ab und begründen dies inhaltlich. So wechseln sich Vertreterinnen und Vertreter der demokratischen Parteien darin ab, kurze, argumentative Entgegnungen auf rechtsextreme Initiativen vorzubringen. Auch über solche Anlässe hinaus wirken sie beständig im Sinne von Demokratie und Menschenrechten sowohl symbolisch wie auch praktisch-politisch. Kommunalpolitische Arbeitsfelder – etwa Jugendhilfe und Sport – bieten Ansatzpunkte, um demokratische Prozesse zu stärken und rechtsextreme Bestrebungen abzuwehren. In mehreren Berliner Bezirken unterstützt die Kommunalpolitik bürgerschaftlich engagierte Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus stellen. Auch im Rahmen von BVV-Sitzungen wirkten zivilgesellschaftlich Aktive und demokratische Kommunalpolitikerinnen und -politiker mitunter zusammen.

BILANZ 2006 – 2011

Nach fast fünf Jahren lässt sich derzeit festhalten, dass die Präsenz in den BVV der NPD keine allzu großen politischen Vorteile brachte. Zwar versuchte sie, in verschiedenen Bezirken durch Flugblätter mit kommunalpolitischen Bezügen bei der Bevölkerung zu punkten. Doch die NPD konnte sich nie in größerem Maße zur Fürsprecherin relevanter Bevölkerungsteile aufschwingen und erzielte – wie die Kommunalpolitik insgesamt – nur geringe öffentliche Aufmerksamkeit. Es gelang ihr zudem nicht, das Stigma der gesellschaftlichen Ächtung loszuwerden und sich als akzeptierte, wählbare politische Kraft zu präsentieren. Auch hinsichtlich der Binnenwirkung auf die rechtsextremistische

Szene dürfte die Bilanz – nach Partei- und Fraktionsaustritten, Verlust des Fraktionsstatus in zwei von drei Bezirken und internen Querelen – kaum motivierend ausfallen.

Ein Vorteil der langjährigen BVV-Präsenz ist die graduelle Professionalisierung einzelner Rechtsextremer, die in der BVV politische und administrative Erfahrungen sammeln. Bedeutend sind des weiteren die Geld- und Sachmittel sowie Räumlichkeiten, welche den NPD-Mandatsträgerinnen und -trägern zustehen. Im Fall des NPD-Kreisverbands Lichtenberg kommt die Festigung der eigenen Anhängerschaft durch regelmäßige, gemeinsame Besuche der BVV hinzu.

Im Hinblick auf die Berliner Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den BVV im September 2011 fällt eine Prognose schon deshalb schwer, weil die NPD voraussichtlich mit zwei neuen rechtspopulistischen Wahlformationen konkurrieren muss. Bundesweite Erfahrungen lassen den Schluss zu, dass das Agieren rechtsextremer Kommunalvertreterinnen und -vertreter kaum Auswirkungen auf Erfolg oder Misserfolg der Rechtsextremen bei Kommunalwahlen hat. Festzuhalten bleibt, dass es eine Stammwählerschaft gibt, die rechtsextremer Ideologie nahesteht und Kommunalwahlen als Bekenntnisabgabe nutzt. Diese findet sich vielerorts in Deutschland und könnte der NPD auch in den Berliner Bezirken erneut zu Mandaten verhelfen.

Mathias Wörsching M. A. ist Historiker und Politologe. Er leitet seit 2008 das Projekt: „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in den kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse“ des Vereins für Demokratische Kultur e. V. (VDK). Das Projekt wird vom Beauftragten des Senates von Berlin für Integration und Migration gefördert.

Kontakt: doku-und-analyse@vdk-berlin.de

¹ Ausführliche Analysen und Handlungsempfehlungen sind unter www.bvv.vdk-berlin.de zu finden. Besonders sei hier auf die Handreichung *In der BVV kann der Kampf gegen Rechtsextremismus nicht gewonnen werden, muss dort aber dennoch geführt werden* hingewiesen.

² Manuela Tönhardt steht u. a. dem Lichtenberger NPD-Kreisverband vor. Jörg Hänel bekleidete bereits zahlreiche Funktionen auf Bezirks-, Landes-, und Bundesebene der NPD und war in der mittlerweile verbotenen Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ) aktiv. Gegenwärtig ist er Mitglied des Bundes- und des Berliner Landesvorstands der NPD.

> SVEN BRAUNE UND MICHAEL NATTKE – NEONAZIS PACKEN AN. DIE NPD IN DEN KOMMUNALVERTRETUNGEN STREHLA UND RATHMANNSDORF

EINLEITUNG

In den Jahren 2008/2009 hat die NPD den Einzug in alle zehn Kreistage und eine Vielzahl von Kommunalvertretungen Sachsens geschafft. Sie verfügt im Freistaat Sachsen damit neben ihren Landtagsabgeordneten über 74 Stadt- und Gemeinderäte sowie 44 Kreisträte. Für die neonazistische Partei ist das Ergebnis lediglich ein Etappenerfolg. Durch die fortschreitende Präsenz auf lokaler Ebene soll vor allem eine Stammwählerschaft für Landes- und Bundeswahlen aufgebaut werden, um das „System“ schrittweise auszuhöhlen und es letztlich zu überwinden. Aus dem rein instrumentellen Verhältnis der NPD zur Demokratie und zu deren zentralen Organen folgt, dass es ihr auf keiner Ebene, auch nicht in den Kommunen, um eine produktive Politik nach den Maßstäben demokratischer Parteien, etwa einer Outcome-Orientierung, geht. Erfolgreich ist die NPD ihrem Selbstverständnis nach, wenn sie es schafft, den Anschein des einzigen seriösen, „volksnahen“ und ehrlichen Maklers der Interessen der Menschen zu erwecken. Sie nutzt die eigene Chancenlosigkeit in Parlamenten zur Denunziation aller anderen Parteien als unlauter, „volksfern“ und verlogen. Besonders in lokalen Zusammenhängen zielt sie auf die moralisch aufgeladene diskursive Konstruktion einer Einheit zwischen nationaler Bewegung

und den Menschen der Gemeinde ab, verbunden durch einen vorgeblichen Antagonismus „Volk“ / NPD vs. „Eliten“ / „Parteiensystem“. Der NPD-Abgeordnete Jürgen Gansel, MdL, misst der lokalen Ebene folglich immense Bedeutung für die eigenen Umsturzabsichten zu und stellt in Rückgriff auf die Blut-und-Boden-Ideologie der Nazis fest: „Dörfer und Kleinstädte können im 21. Jahrhundert deshalb zum Kristallisationspunkt eines fast erd- und bluthaften Widerstandes gegen die Globalisierung werden (...)“.¹

Der vorliegende Gastbeitrag von Michael Nattke und Sven Braune skizziert das Auftreten der NPD-Mandatsträger, ihre Themen, ihre Aktivität sowie die Reaktion der politischen Konkurrenz und der Verwaltung in zwei sächsischen Kommunalvertretungen. Neben der Auswertung von Sitzungsprotokollen und Veröffentlichungen wurden für die Erarbeitung der vorliegenden Analyse Experteninterviews mit den Mobilen Beratungsteams des Kulturbüro Sachsen e. V. durchgeführt. Eine Vorgängerstudie hat prinzipiell nachgewiesen, dass der Auftritt der neonazistischen Partei in den Kommunalvertretungen Sachsens stark abhängig von den jeweiligen Mandatsträgerinnen und -trägern ist und sich häufig durch Inaktivität sowie fachliche oder kommunikative Inkompetenz kennzeichnet.² Mit dem Stadtrat Strehla (Landkreis Meißen) und dem Gemeinderat Rathmannsdorf (Landkreis Sächsische

Schweiz-Osterzgebirge) wurden für diesen Gastbeitrag bewusst kommunale Vertretungskörperschaften ausgewählt, in denen vermutet werden kann, dass die NPD-Vertreter aufgrund politisch-öffentlicher Aktivität innerhalb der Gemeinde oder durch lokale Verwurzelung potenziell in der Lage sind, sich Gehör zu verschaffen und sich in Diskussionen über Angelegenheiten der Kommune aktiv einzubringen.

I. STADTRAT STREHLA

Die sächsische Kleinstadt Strehla liegt an der Elbe im Landkreis Meißen und zählt knapp 4.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Wirtschaft ist von klein- und mittelständigen Unternehmen geprägt, außerdem gibt es eine Tourismusbranche, mit deren Ausbau und Qualitätssteigerung ein 2005 gegründeter Stadtmarketingverein beschäftigt ist. Die Arbeitslosenquote liegt mit ca. zwölf Prozent etwa im Durchschnitt des Landkreises. Harry Güldner, CDU, ist seit 2008 Bürgermeister der Stadt. Im Stadtrat verfügt seine Partei mit neun Mandatsträger(innen) über eine absolute Mehrheit. Die Freie Wählergemeinschaft Strehla stellt drei, die LINKE zwei, die SPD einen Abgeordneten. Die NPD trat bei den Kommunalwahlen im Juni 2009 erstmals für den Stadtrat an und schaffte mit 279 Stimmen (5,6%) so gleich den Sprung in die Kommunalvertretung. Neben dem gewählten NPD-Vertreter Peter Schreiber hatte auch seine Ehefrau Ines kandidiert, die jedoch ein Mandat verfehlte.³

Strehla liegt im Einzugsgebiet des NPD-Kreisverbands Meißen, der als aktiv gilt und sich durch einen – für NPD-Verhältnisse – untypisch hohen Frauenanteil von 30% auszeichnet. Durch die Ansiedlung des „Deutsche Stimme“-Verlags in Riesa wohnen wichtige Kader, wie die MdL's Apfel und Gansel, in direkter Umgebung der Schreibers. Der Aktionismus von Neonazis außerhalb der NPD ist in der Region indes überschaubar. Zwar gab es im Landkreis in den letzten Jahren typische Szene-Veranstaltungen (Sonnenwendfeier, Rudolf-Heß-

Gedenken, Nazi-Konzerte, Fackelmarsch), insgesamt wird das Aktionspotenzial der Neonazis aber deutlich geringer geschätzt als etwa in der Sächsischen Schweiz oder Nordachsen, wo ebenfalls gefestigte NPD-Strukturen existieren. Nach Einschätzung eines lokal aktiven Jugendarbeiters gibt es in Strehla zwar junge Erwachsenengruppen, die eine deutliche GMF-Zuneigung⁴ erkennen lassen, eine neonazistische Szene scheint sich jedoch nicht herausgebildet zu haben. Offenbar konnte Schreiber im September 2010 auf tatkräftige Unterstützung bei der Briefkastenverteilung seines „nationaldemokratischen Mitteilungsblatts“ *Soziale Heimat Strehla* zählen, in welchem er die Stadtratssitzungen aus seiner Sicht kommentiert und ideologisch deutet.

Peter Schreiber, 36, ist Parlamentarischer Berater der NPD-Landtagsfraktion und Kreisrat in Meißen. In der organisierten Rechten ist er bereits seit den 1990er Jahren unterwegs, zunächst bei den Republikanern in Hessen, später auch als Leiter des neurechten Nation-Europa-Verlags in Coburg. Der NPD trat er 2007 bei. Mit seiner Frau Ines, Landesvorstandsmitglied der NPD-AG „Ring Nationaler Frauen“, zog er nach Sachsen, wo er Vertriebschef im „Deutsche-Stimme“-Verlag in Riesa wurde. Seit dem Zuzug nach Strehla sucht das Ehepaar Schreiber die Öffentlichkeit. Ob auf dem Marktplatz oder dem Spielplatz – das engagierte, zuvorkommende und vorgeblich „unpolitische“ Auftreten der „netten Schreibers“ stieß laut Augenzeug(innen)- und Medienberichten⁵ bei nicht wenigen Einwohnerinnen und Einwohnern auf Anerkennung. Als ihre Nähe zur NPD im Ort noch kaum bekannt war, wurde Ines Schreiber in den Elternbeirat der Grundschule gewählt, schaute schon mal unangekündigt beim Jugendklub vorbei – „die Jugend“ ist ihre erklärte Hauptzielgruppe – und ließ sich als Schöffin am Amtsgericht Riesa aufstellen. Was über Strehla berichtet wurde, liest sich mithin wie aus einem NPD-Leitfaden über kommunale Graswurzelarbeit und taktische Zivilisierung: Pflege eines „bürgerlichen“ Images, Andocken an zivilgesellschaftliche Institutionen. Posi-

tiv: Statt in Abwehrreaktionen zu verfallen, reagierten Stadt und Kirche, wanden sich an das Kulturbüro Sachsen. Ein Beratungsprozess ist mittlerweile erfolgreich angelaufen. Die Mittelschule trägt seit 2010 den Titel „Schule ohne Rassismus. Schule mit Toleranz“. Der Bürgermeister unterzeichnete im August 2010 den „Riesaer Appell – Demokratie heißt Hinsehen und Gesicht zeigen“, der sich klar gegen das Vordringen der NPD in die Region bekennt. Bei der Elternbeiratswahl der Strehlaer Grundschule im Herbst 2010 wurde Ines Schreiber nicht wiedergewählt.

SCHREIBER IM STADTRAT

Peter Schreiber ist, im Gegensatz zu anderen Mandatsträgerinnen und -trägern, ein Vollzeitkommunalpolitiker. Offiziell als Parlamentarischer Berater bei der NPD-Fraktion eingestellt, dürften Schreiber ungleich mehr Ressourcen und Zeitkontingente für Recherchetätigkeiten, die Formulierung von Anfragen, Anträgen etc. zur Verfügung stehen als den meisten Abgeordneten in den ehrenamtlich arbeitenden Kommunalvertretungen Sachsens. Schreiber ist direkt an die Landtagsfraktion angebunden, kann unmittelbar auf deren Netzwerke und Expertise zurückgreifen. Die schriftlichen Initiativen und offiziellen Mitteilungen von Schreiber an die Strehlaer Stadtverwaltung verweisen daher auch gleich auf seine Telefonnummer und E-Mail-Adresse im Landtag. Man kann nur darüber spekulieren, ob er der eigentliche Verfasser seiner Initiativen und Öffentlichkeitsarbeit ist. Der enge berufliche und private Kontakt zwischen ihm und wichtigen Kadern wie Holger Apfel legt zumindest die Vermutung nah, dass das Wirken der Schreibers in Strehla ein steuerfinanzierter Praxistest der sächsischen NPD-Fraktion für ihre Strategie des „Sächsischen Wegs“ ist. Peter Schreiber lässt sich jenem Typ unter den kommunalen NPD-Mandatsträger(innen) zuordnen, der in der Lage ist, in kommunalen Vertretungskörperschaften Anträge zu schrei-

ben, Anfragen zu formulieren oder mündlich an den Sitzungen teilzunehmen, wenngleich die Aktivität Schreibers zuletzt offenbar stark abgenommen hat. Laut Auskunft der Stadtverwaltung ist Schreiber der einzige Stadtrat, der im bisherigen Verlauf der Legislaturperiode Schriftliche Anfragen an Bürgermeister und Stadtverwaltung gestellt hat, zuletzt mit über 130 Fragen zum kommunalen Haushalt. Inhaltlich äußerte sich Schreiber zu allen denkbaren kommunalpolitischen Themen: zum Rasenmähen der Gemeinde, zur Ausgestaltung der Weihnachtsmarktbuden, zu Winterschäden auf den Straßen, zur Verkehrssicherheit, zur Breitbandförderung oder zum Abwasserbeseitigungskonzept. Häufig begründete er seine Eingaben damit, dass Bürgerinnen und Bürger mit ihren Problemen an ihn herangetreten seien.

Mithin trat die Kommunikationsstrategie der NPD deutlicher hervor, wenngleich sich der ideologische Hintergrund des politischen Engagements der Schreibers allenfalls latent andeutete. So versuchte Schreiber NPD-typische Bedrohungsszenarien zu konstruieren, um Unsicherheitsgefühle in der Bevölkerung zu schüren und eine vermeintlich sachliche Basis als Anknüpfungspunkt für die eigene Agenda zu schaffen. Er zeigte sich wiederholt besorgt um die öffentliche Sicherheit der Stadt, fragte nach der Zahl von Sexualstraftätern im Landkreis Meißen, mahnte mehr Polizeipräsenz mittels Streifendienst an und erkundigte sich nach Einsatzmöglichkeiten der ehrenamtlichen „Sächsischen Sicherheitswacht“. Vor dem Hintergrund, dass die Zahl der Straftaten in Strehla unter Durchschnitt des Freistaats Sachsen liegt, Straftaten im Ort vor allem im häuslichen Umfeld stattfinden und keinerlei Übergriffe auf offener Straße zu verzeichnen sind, dürfte die Frage nach der Realitätsbezogenheit und Konstruktivität solcher Eingaben schnell beantwortet sein. Die Law-and-Order-Agenda der NPD ist auch in Strehla als rein aktionistische Symbolpolitik zu werten.

In diese Strategie reiht sich Schreibers Antrag zur Beibehaltung der Eigenständigkeit Strehlas naht-

los ein. Der Stadtrat wird darin aufgefordert, bis Ende der Legislaturperiode keine Gemeindefusion anzustreben, denn diese gefährde „die soziale Infrastruktur“. Es drohe der „Verlust von Heimat und Identität“. Was sich hinter dem latent nationalistischen Dramatisierungsszenario Schreibers eigentlich verbirgt, führt der NPD-Kreisvorsitzende im Landkreis Meißen, Mirko Beier, an anderer Stelle aus. Er lässt an der fundamental rassistischen Intention dieser gängigen NPD-Forderung keinerlei Zweifel: Weil die Menschen aus den „anonymen Großkommunen“ abwandern würden, „stirbt unser Volk“, dann folge Zuwanderung, es entstehe eine „Willkommenskultur“ für – oft kulturfremde – Ausländer und eine Un-Kultur des „Sieh zu, wo Du bleibst, Du doofer Deutscher“.⁶ Eine besonders beliebte Kommunikationsstrategie der NPD ist es, sich gegenüber Politik und Verwaltung zum neutralen, selbstlosen Mahner und integeren Demokratiewächter zu stilisieren. Das scheint nach außen ideologisch wenig verfänglich und eignet sich zur alltagspopulistischen Stimmungsmache gegen die „Etablierten“. Ein Beispiel aus der Sitzung am 17. Juni 2010: Schreiber stellte einen Antrag auf Kürzung der monatlichen Stadtratsbezüge um 10 Euro zur Refinanzierung eines regionalen Wirtschaftsprojekts. Sein Antrag wird abgelehnt. Direkt im Anschluss wendete er sich gegen eine Erhöhung der Elternbeiträge für die Kita-Betreuung in Strehla. Ungeachtet des fehlenden sachpolitischen Zusammenhangs der beiden Tagesordnungspunkte begründete er seine Ablehnung damit, dass der Stadtrat selbst keine Opfer bringen wolle, diese aber nun den Eltern zumute. Wie schon aus der Praxis der NPD-Landtagsfraktion bekannt, wurde anschließend in der Öffentlichkeitsarbeit populistisch nachgetreten: „Etablierte Stadträte wollen nicht verzichten – höhere Beiträge für die Eltern sind aber in Ordnung?“ (Zeitschrift *Soziale Heimat Strehla*).

Charakteristisch für die NPD ist es auch, sich selbst und das eigene Lager als Opfer der „Etablierten“ darzustellen. So beschwerte sich Schreiber mehrfach über diskriminierendes Verhalten von Stadt und Medien gegenüber seiner Ehefrau Ines Schreiber. Vom Stadtrat

forderte er die Verabschiedung einer „Ehrenerklärung“, um sich solidarisch mit Alt-Bürgermeister Haberland (CDU) zu zeigen, der bei der Schöffennominierung von Ines Schreiber gerechterweise „parteipolitisch neutral“ gehandelt habe. Außerdem erkundigte sich Schreiber nach der „politischen Neutralität“ des Mitarbeiters von Sprungbrett e. V., da dieser „rechts“ orientierten Jugendlichen den Einlass zum lokalen Jugendzentrum verwehren würde. Bei Gremienwahlen mahnte der NPD-Abgeordnete den Grundsatz der Gleichbehandlung an und forderte die Einhaltung des „Prinzips der Spiegelbildlichkeit“, um andere Mitglieder des Stadtrats zur Stimmabgabe für ihn zu bewegen. Schreiber schlug vor, das D’Hondt-Verfahren durch das kleine Parteien eher begünstigende Niemeyer-Verfahren zu ersetzen.

Insgesamt scheint Peter Schreiber mit den (kommunalen) Prozessen der politischen Entscheidungsfindung (Gemeindeordnung, Wahlverfahren) durchaus vertraut. Er ist in der Lage, aktuelle kommunale Themen aufzugreifen und dazu einen eigenen Standpunkt vorzutragen. Die Wahrnehmungen zu Schreibers Auftreten gehen recht weit auseinander. Einigkeit besteht darüber, dass er wenigstens am Anfang der Legislaturperiode gut vorbereitet wirkte. Laut Auskunft einer Strehlaer Bürgerin trete Schreiber in den Stadtratssitzungen nach wie vor durchaus selbstbewusst und kenntnisreich auf, einer anderen Beobachterin zufolge wirkte er indes teils unsicher, auch weil er seine Wortmeldungen vom Zettel abgelesen habe. Aktuelle Beobachtungen zufolge scheint er schließlich zunehmend leiser geworden zu sein und sich seltener zu Wort zu melden als am Anfang der Legislaturperiode.

REAKTIONEN DER ANDEREN

Bezüglich des Umgangs der anderen Mandatsträger und -trägerinnen mit Schreiber fällt das Ergebnis zwiespältig aus. Einerseits wurde die NPD in keine Arbeitsgremien gewählt, Schreibers Initiativen wurden in den meisten Fällen konsequent und geschlossen vom

Stadtrat abgelehnt sowie von Verwaltung und Bürgermeister inhaltlich widerlegt. Der NPD-Abgeordnete blieb somit politisch gänzlich erfolglos. Auch wenn er sichtlich bemüht war, die Grenzen zwischen reiner Symbolpolitik, Aktionismus und dem Anschein konstruktiver Mitarbeit verschwimmen zu lassen, ist es ihm letztlich nicht gelungen, aus seiner Isolation im Stadtrat auszubrechen. Dies kollidiert aber nicht zwingend mit der NPD-Strategie, ein lokalthematisches Fundament für die eigene Öffentlichkeitsarbeit zu schaffen und den formalen Nachweis von Aktivität zu erbringen.

Andererseits fielen bei Gremienwahlen vereinzelte Ja-Stimmen aus dem demokratischen Lager auf Schreiber, obwohl auf den Wahlzetteln ausreichend demokratische Kandidaten und Kandidatinnen zur Verfügung standen, um die Ausschüsse/AGs voll zu besetzen.⁷ Mag das vielleicht noch dem eher formalen Charakter dieser Wahlen geschuldet sein, dürften die vereinzelt Stimmenenthaltungen bei verschiedenen inhaltlichen Schreiber-Initiativen⁸ größere Bedenken wecken. Der NPD-Antrag zur Kürzung der Grundaufwandsentschädigung der Stadträte bekam gar eine Ja-Stimme aus den Reihen der Nicht-NPD'ler(innen). Mit ihrem Stimmverhalten haben einige Stadträtinnen und Stadträte der NPD eine unnötige Steilvorlage für deren Außendarstellung („Einheitsfront gegen NPD bröckelt“⁹) und Schreiber einen vermeidbaren Erfolgsnachweis vor den eigenen Kamerad(innen) geliefert.

Einer kritischen Kommentierung bedürfen jene Stadtratsbeschlüsse, die eine Nutzung von Räumlichkeiten der Grund- und Mittelschule und des Jugend- und Freizeitzentrums Strehla für „parteipolitische Zwecke“ künftig prinzipiell ausschließen. Zudem wurde eine Änderung der Marktsatzung beschlossen, die politische Parteiwerbung zum Wochenmarkt verbietet. Der Hintergrund: Schreiber stand besonders im Kommunalwahlkampf jede Woche mit einem eigenen Stand auf dem Strehlaer Wochenmarkt und suchte das Gespräch mit Markt Gästen. Die Intention von Verwaltung und demokratischer

Stadtratsmehrheit, der NPD und ihrem Umfeld keinen öffentlichen Raum für Propaganda, Vernetzungs- oder Weiterbildungsmöglichkeiten zu bieten, ist einerseits nachvollziehbar und zeugt durchaus von einer Problemwahrnehmung. Und freilich können die Beschlüsse auch als Versuch gesehen werden, die Verwaltung nicht erneut einer blamablen Situation auszusetzen, wie im Falle der fragwürdigen Nominierung von Ines Schreiber zur Hilfsschöfin für das Amtsgericht Riesa. Ob diese Gründe aber eine Selbstbescheidung der eigenen Handlungsmöglichkeiten und das Verschließen öffentlicher Räume für Parteien durch Parteien aufwiegen, ist äußerst fraglich. Einer Stärkung des demokratischen Gemeinwesens in Sachsen und Ostdeutschland steht die Verengung und Entpolitisierung öffentlicher Räume geradezu entgegen. Insbesondere in ländlichen Regionen gelten demokratische Parteien noch immer als besonders schwach, sowohl in ihrer Organisation als auch hinsichtlich ihres Aktionspotenzials und ihrer Nachwuchsrekrutierung. Deren Aufgabe ist es daher eigentlich, öffentliche Räume nicht der NPD zu überlassen, sondern sie selbst zu besetzen und zu nutzen.

Von einer Normalisierung des parlamentarischen Umgangs mit der NPD ist in Strehla insgesamt nicht zu sprechen, denn überwiegend wird eine klare Abgrenzung gegenüber der NPD, auch dank der Sitzungsleitung des Bürgermeisters, sehr deutlich. Obwohl Schreiber im Stadtrat ein freundliches Auftreten bestätigt wird, scheint es die aus anderen Kommunalvertretungen bekannte Handschlagmentalität gegenüber NPD-Vertreter(innen) hier nicht zu geben.

II. GEMEINDERAT RATHMANNSDORF

Die 1.000 Seelen-Gemeinde Ratmannsdorf liegt inmitten der Sächsischen Schweiz in unmittelbarer Nähe von Bad Schandau und besteht fast ausschließlich aus Einfamilienhäusern. Eine wichtige Rolle im Vereinsleben des Ortes spielt die Freiwillige Feuerwehr. Der

Feuerwehrverein Rathmannsdorf e.V. beteiligt sich intensiv an der Organisation sowie der Realisierung unterschiedlicher Veranstaltungen im Ort und führt diverse ehrenamtliche Aktionen durch. Daneben existieren eine Reihe weiterer tätiger Vereine. Der Verein „Familie Aktiv e.V.“ versucht auch interkulturelle Ansätze in Rathmannsdorf zu etablieren. Es gibt zahlreiche mittelständische Unternehmen im Ort und ein reges Gemeindeleben. Eine Haupteinnahmequelle ist der Tourismus. Im Jahr 2007 wurde ein Aussichtsturm in Rathmannsdorf eingeweiht, der als besondere Attraktion weitere Gäste in den Ort locken soll. Bei den Wahlen zum Sächsischen Landtag erzielte die NPD im Vergleich zum Landesergebnis seit 1999 stets überdurchschnittliche Anteile von bis zu 17,4% der Stimmen. Nachdem sich falsche Unterschriften unter den Wahlvorschlägen der CDU fanden, wurde das Ergebnis der Gemeinderatswahl in Rathmannsdorf im Juni 2009 für ungültig erklärt und die Wahl am 27. September 2009 zeitgleich mit der Abstimmung zum Sächsischen Landtag wiederholt. Die Wahlbeteiligung im Ort lag bei über 95% der Wahlberechtigten. Die neonazistische NPD erhielt 182 Stimmen (11%) und zog neben der Bürgerinitiative Rathmannsdorf (sechs Sitze) und der CDU (drei Sitze) mit einem Gemeinderat in die Ortsvertretung ein. Neben Bürgerinitiative, CDU und NPD ist keine andere Partei oder Gruppe angetreten. Der Bürgermeister des Ortes Reiner Hähnel hat ein Parteibuch der CDU.

Der Kreisverband der NPD in der Sächsischen Schweiz-Osterzgebirge weist eine solide Basis auf und gilt als einer der etabliertesten NPD-Kreisverbände der Bundesrepublik. Federführend beim Aufbau der NPD in der Region waren der 2006 verunglückte NPD-Funktionär Uwe Leichsenring aus Königstein und Johannes Müller aus Sebnitz. Beide waren bzw. sind seit 1999 im Stadt- und Kreisrat und zogen 2004 in den Sächsischen Landtag ein. Ein bedeutender Teil der ehemaligen Führungskader der 2001 verbotenen kriminellen Vereinigung „Skinheads Sächsische Schweiz“ (SSS) ist heute in der regionalen NPD ak-

tiv. Obwohl sich in den letzten fünf Jahren zahlreiche zivilgesellschaftliche Ansätze in der Sächsischen Schweiz entwickeln konnten, ist der Landkreis Sächsische-Schweiz-Osterzgebirge nach wie vor eine Schwerpunktregion organisierter Neonazis. Das Aktionspotenzial der regionalen Szene ist im Vergleich zu den Erfahrungen rund um die Jahrtausendwende zwar gesunken, aber bewegt sich immer noch auf einem vergleichsweise hohen Niveau. Beispielhaft dafür stehen die Ausschreitungen infolge des blockierten Neonazi-Aufmarsches am 13. Februar 2010, als etwa 400 Neonazis spontan durch Pirna zogen, ein SPD-Büro verwüsteten und in den darauf folgenden Tagen und Wochen rechte Gewalt in der Region zunahm.

Steffen Konkol, Jahrgang 1961, ist in seiner Region fest verwurzelt und aktives Mitglied des Bergsteigerbundes. Auf seinem Wahlplakat zur Gemeinderatswahl war er mit einem Kletterseil und dem Slogan „Einen von uns wählen!“ abgebildet. Er hat die NPD in der Sächsischen Schweiz mit aufgebaut und gehört ihr seit 1998 an. Innerhalb des Kreisverbandes seiner Partei organisiert er die Arbeitsgemeinschaft Klettern und Wandern. Diskussionen im Bergsteigerbund, ob Konkol aus diesem auszuschließen sei, fielen bisher immer wieder positiv für den NPD-Mann aus. Der verheiratete Vater von drei erwachsenen Kindern gibt vor, sich in seiner Region insbesondere für den Naturschutz einzusetzen. Er gilt in seinem Bekanntenkreis als „charmanter Anpacker-Typ“. Durch seine jahrelange Mitarbeit in der NPD ist er relativ erfahren in der Öffentlichkeitsarbeit und weiß sich und seine Aktivitäten im Gemeinderat in Szene zu setzen.

KONKOL IM GEMEINDERAT

Steffen Konkol ist einer der aktivsten Gemeinderäte in Rathmannsdorf. Von den elf Gemeinderatssitzungen, die in die Auswertung dieser Arbeit einfließen, gibt es nur eine einzige, bei welcher er sich nicht zu Wort meldete. Insbesondere die Fragestunden, die in der Regel zu Beginn

jeder Sitzung erfolgen, wurden von Konkol rege genutzt. Dort thematisierte er die nicht funktionstüchtige Beleuchtungsanlage in einer Straße des Ortes und fragte nach, da diese trotz seines Appells nicht instand gesetzt worden sei. Er gab sich besorgt um das „ordentliche Erscheinungsbild“ seines Heimatortes oder mahnte angeblich im Auftrag anderer Bürgerinnen und Bürger an, das Fräsgut des Winterdienstes aufzufüllen. Konkol ist in der Lage, sachlich und scheinbar am Wohl der Bürgerschaft interessiert aufzutreten. Der ideologische Gehalt seines Agierens im Gemeinderat wird in der Regel erst im Zusammenspiel mit seinen außerparlamentarischen Aktivitäten deutlich. Seit Beginn der Legislaturperiode gibt Konkol das Heft *Klartext* für die Gemeinde Rathmannsdorf heraus und informiert in diesem auf zwei Seiten in bürgernaher, ansprechender Form aus seiner Perspektive über jede einzelne Sitzung des Gemeinderates. Seine Wortbeiträge und Nachfragen stehen dabei im Mittelpunkt. Nach außen soll dadurch das Bild vermittelt werden, dass er der einzige Gemeinderat im Ort sei, der fern von Partei- oder Gruppenbelangen an den Wünschen der Rathmannsdorfer Bevölkerung interessiert ist. Der Name seines Heftes ist dabei identisch mit dem Titel der Fraktionszeitung der NPD im Sächsischen Landtag. Konkol verzichtet vollständig auf Anzeigen oder Parteiwerbung in seinem Faltblatt. Die ersten sechs Ausgaben waren auf der letzten Seite noch mit einem Logo der NPD und dem Link zur NPD-Kreisverbands-Homepage versehen. Seit Frühjahr 2010 verzichtet der Gemeinderat in seinem Heft vollständig auf Hinweise zu seiner Partei. Lediglich ein unverfängliches Logo der NPD im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge verziert das Heft. Dieses wurde von der Kreistagsfraktion der NPD entworfen und im Zusammenhang mit der Kreisgebietsreform als Zeichen des neu entstandenen Landkreises vorgeschlagen.

Die Rolle des Wohltäters und Volkstribuns, welche Konkol spielt, wird exemplarisch an seinen Bemühungen um die Unterstützung von Hochwasserbetroffenen im Spätsommer 2010 sichtbar. In der Fragestunde des Gemeinderates gab Konkol am 19.08.2010 bekannt, dass er

den Spendenaufruf „Eine Gemeinde hilft sich selbst“ initiiert habe, um Betroffene zu unterstützen. In *Klartext*-Ausgabe 9 berichtete er darüber. Die Fragestunde der darauf folgenden Sitzung nutzte Konkol, um über den Stand seiner Spendensammlung und die Verteilung der gesammelten Gelder zu informieren. In *Klartext*-Ausgabe 10 wiederholte er diese Ausführungen für die Öffentlichkeit im Ort und beschrieb, wie Bürgermeister und Gemeinderat ihre Unterstützung für seine Spendensammlung verwehrt. Deutlich wird hierbei, wie die NPD das Verhalten der demokratischen Parteien in den Stadt- und Gemeinderäten für sich zu nutzen weiß. Hätten Teile des Gemeinderates die NPD bei der Spendensammlung unterstützt, so hätten die Neonazis dies propagandistisch ausgenutzt und öffentlich dargestellt, wie unter Federführung der NPD gemeinsam Hilfe organisiert werde. Nehmen die anderen nicht an der NPD-Initiative teil, dann wird ihnen „Versagen“ und „Nichtstun“ vorgeworfen.

Die Darstellung als eigentlicher Demokratiewächter gegenüber den etablierten Parteien im Sinne der NPD-Strategie lässt sich auch am Beispiel Konkol deutlich aufzeigen. So forderte er, die Bürgerinnen und Bürger bei der Frage nach einem besseren Ort für das Gerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr einzubeziehen. Ebenso verlangte er mehr Transparenz des Gemeinderates bei Steuerdiskussionen. Konkol behauptete in der Fragestunde und im *Klartext*, der Rat habe dazu in nicht-öffentlicher Sitzung getagt. Tatsächlich handelte es sich bei besagter Steuerdiskussion jedoch um ein Arbeitsgespräch des Gemeinderates ohne abschließende Entscheidungsfindung.

Im Herbst 2010 startete Konkol eine Initiative zur Durchführung einer Bürgerversammlung in Rathmannsdorf. Bürgerinnen und Bürger hätten ihn angeblich angesprochen, ob es gemäß Sächsischer Gemeindeordnung nicht an der Zeit sei eine solche Versammlung einzuberufen. Als Thema schlug Konkol die Findung von Strategien und Maßnahmen zur Wiedererlangung des Titels „Anerkannter Erholungsort“ vor. In diesem Zusammenhang müsse auch

der bevorstehende Zusammenschluss mit der Stadt Bad Schandau verhindert werden. In beiden Punkten dürfte sich Konkol die berechnete Hoffnung gemacht haben, den Menschen vor Ort aus der Seele zu sprechen. Rathmannsdorf lebt vom Tourismus und bezieht einen nicht unerheblichen Anteil seiner Identität aus der Tradition als Erholungsort. Konkol trat aber nicht nur als Wahrer der Heimat, sondern auch als Kämpfer für Recht und Ordnung auf. Von Bürgermeister Hänel forderte er, sich auf der Bürgerversammlung zu dem gegen ihn erhobenen Vorwurf der gefährlichen Körperverletzung im Rahmen eines Nachbarschaftsstreits zu äußern. Bis kein Unschuldsbeweis vorliege, müsse Hänel sein Amt niederlegen. Außerdem verlangte Konkol vom Bürgermeister eine Stellungnahme zu „den Lügen gegenüber dem Gemeinderat und den anwesenden Bürgern“. Damit greift er den Bürgermeister als Sinnbild für die etablierte Politik an und stellt seine Perspektive der Realität, wie er sie beispielsweise im *Klartext* zum Besten gibt, als die eigentliche Wahrheit hin.

In seinem allgemeinen Abstimmungsverhalten übt Konkol in den Gemeinderatssitzungen keine Fundamentalopposition. Entscheidungen zu Mehrkosten, Haushaltsaufstockungen und ähnlichem lehnt er grundsätzlich ab. In der Regel aber stimmt er wie die anderen Gemeinderäte entsprechend der Sachlage. Seit Mitte 2010 begründet er jede einzelne Stimmabgabe in seiner Zeitung *Klartext* und erklärt den Bürgerinnen und Bürgern die Sachlage aus seiner Sicht.

REAKTIONEN DER ANDEREN

Auf Konkols vorgetragene Initiative zu einer Bürgerversammlung in Rathmannsdorf reagierte keiner der Gemeinderäte: Es gab weder eine Fürsprache noch eine Gegenrede aus dem Rat. Dem offensiven Vorgehen von Konkol wird mit Sprachlosigkeit begegnet. Der Bürgermeister bittet Konkol auf Grund des Umfangs seiner Forderungen und Fragen diese schriftlich einzureichen, damit die Beantwortung ordnungs-

gemäß abgewickelt werden könne. Dieses Verhalten ist bezeichnend für die Situation in der Gemeinde. Eine Auseinandersetzung mit dem neonazistischen Gemeinderat findet in der Regel nicht statt. Eher ist zu beobachten, dass sich die Mitglieder auf Formalia zurückziehen oder dem Handeln Konkols hinterher laufen. Die Niederschriften der Gemeinderatssitzungen waren bis 2009 nicht publik. Erst als Konkols *Klartext* die öffentliche Meinung zu Inhalt und Ablauf der Gemeinderatssitzungen zu dominieren drohte, sah sich die Gemeinde gezwungen, für Abhilfe zu sorgen. Die Niederschriften werden nun in starrer Form und mit wochenlanger Zeitverzögerung im zuständigen Amtsblatt veröffentlicht. Weitere Maßnahmen für eine bessere Vermittlung von Diskussionen und Entscheidungen des Gemeinderates sind bisher noch nicht erfolgt.

Zum Teil werden Konkol Steilvorlagen für Skandalisierungen durch Bürgermeister und Rat geliefert. Bei einer der ersten Sitzungen ermahnte Bürgermeister Hänel Steffen Konkol wegen Unregelmäßigkeiten auf dessen Wahlzettel zur Wahl des Stellvertretenden Bürgermeisters im Gemeinderat. Da die Wahl geheim war, hätte Hänel den Wahlzettel von Konkol nicht identifizieren dürfen. Konkol nahm am 02. März 2010 an einer Stadtrats-sitzung in Pirna teil. Zahlreiche Neonazis waren aus Solidarität mit dem NPD-Stadtrat Liebscher angereist, dessen vermeintlich führende Rolle bei den rechten Ausschreitungen am 13.02.2010 in Pirna Thema der Sitzung war. In Rathmannsdorf hat man die aktive Beteiligung des NPD-Kreisverbandes an den Ausschreitungen und die eventuellen Verantwortlichkeiten von Konkol nie zum Thema gemacht. In zahlreichen Räten der Sächsischen Schweiz ist man anders damit umgegangen.

III. FAZIT

Durch die Konstellation, dass sowohl Peter Schreiber im 16-köpfigen Strehlaer Stadtrat als auch Steffen Konkol im elfköpfigen Rathmannsdorfer

Gemeinderat als einzige Vertreter ihrer Partei politisch freilich bereits auf verlorenem Posten stehen, ist nicht zu erwarten, dass es der NPD in diesen Kommunalvertretungen gelingen könnte, den anderen Fraktionen Diskurse und Themen aufzuzwingen. Die NPD weiß genau, dass sie heute eigene politische Forderungen im Entscheidungsprozess nicht durchzusetzen vermag. So ist es ihr viel wichtiger, Präsenz zu zeigen, von der Lokalpresse und bestenfalls den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen zu werden, den formellen Nachweis von Anwesenheit und Aktivität zu erbringen, vermeintliches Fehlverhalten von Politik und Verwaltung öffentlich anzuprangern und gegebenenfalls einen Keil zwischen Demokrat(innen) zu treiben (etwa durch Stimmen für die NPD aus dem demokratischen Lager). Die NPD hatte in Sachsen mehr als zehn Jahre Zeit unterschiedliche Wege auszuprobieren, um diese Zielstellungen zu erreichen. An einzelnen Stadt- und Gemeinderäten wie Peter Schreiber oder Steffen Konkol lässt sich die lokalpolitische Professionalisierungsstrategie der NPD deutlich ablesen.

Sowohl bei Konkol wie auch bei Schreiber sind typische NPD-Strategien in der kommunalen Arbeit zu erkennen. Sie skandalisieren, wenn es möglich ist, inszenieren sich als Vertreter des „kleinen Mannes“, knüpfen an die Probleme der Menschen vor Ort an und stilisieren sich als wirkliche Wächter der Demokratie gegenüber einem „etablierten Parteienkartell“. Als angeblich verfolgte Opposition begeben sie sich in eine Opferrolle und nutzen Fehler anderer Parteien oder Abgeordneter für eine propagandistische Selbststilisierung.

Problematisch ist, dass auf die NPD in den Stadt- und Gemeinderäten oft mit der Beschneidung der eigenen Rechte reagiert wird. In Strehla sind öffentliche Gebäude jetzt generell nicht mehr für Parteien nutzbar, was langfristig nicht zu größerer Bürger(innen)-Nähe und der Beteiligung an demokratischen Veranstaltungen beitragen dürfte. Als Alternative zu Generalverboten wäre künftig zu überlegen, betreffenden Ordnungsbestimmungen solche Klauseln beizufügen, welche die

Achtung der allgemeinen Menschenrechte im Selbstverständnis der öffentlichen Institution festschreiben und – im Sinne einer Hausordnung – zur Nutzungsbedingung machen. Auf dieser Grundlage wäre sodann der vorgreifende Ausschluss von Personen, Parteien oder Organisationen ermöglicht, die der neonazistischen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind. In der Praxis gestattet dies bei zweifelhaften Anfragen zum einen das genauere Hinterfragen von Veranstalterinnen und Veranstaltern, Themen und Teilnehmenden, zum anderen könnte auf die Szene-Kenntnisse der demokratischen Gemeinwesenarbeit und antifaschistischen Aufklärungsarbeit zurückgegriffen werden (beispielsweise die Mobilen Beratungsteams des Kulturbüro Sachsen e.V., Opferberatungsstellen der RAA Sachsen e.V., Recherche Teams, Jugendarbeit etc.).

Die Professionalisierungseffekte in der kommunalen Arbeit führen zu einer Festigung oder gar einem Ausbau der NPD-Stammwählerschaft in einzelnen sächsischen Regionen. Die NPD wird durch das Auftreten von Personen wie Schreiber oder Konkol in bestimmten Regionen stark personalisiert wahrgenommen. Zumindest bei Steffen Konkol ist durch seine intensiven Bemühungen im Ort zu erwarten, dass er bei kommenden Wahlen weiterhin gute Ergebnisse erzielt und die NPD vor Ort auch bei Landtags- oder Bundestagswahlen aufgrund seiner Person über dem Landesdurchschnitt liegen wird. Auf der Ebene von Stadt- oder Gemeinderat ist der rassistische, antisemitische und nationalistische Kern der NPD-Ideologie im Gegenteil zu ihrer Arbeit im Landtag nur mit sehr viel Mühe offen zu legen. Konkol und Schreiber verstehen sich als Teil einer nationalen Bewegung auf dem Weg zur deutschen „Volksgemeinschaft“. Allerdings wissen sie, dass die NPD neben den Stimmen von überzeugten Neonazis auch bürgerliche Wählerschaften bedienen muss, um sich dauerhaft im Parteiensystem zu etablieren. Aus taktischen Gründen konzentrieren sie

sich im kommunalen Kontext meistens auf Tagespolitik und wollen damit ihrer Partei auch für andere parlamentarische Ebenen die Wählerschaft sichern. Eine wirksame Gegenstrategie kann sein, die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten der Menschen im kommunalen Raum zu stärken, nach Strategien und Wegen zu suchen, welche die Demokratie erlebbar machen und somit zu einer Steigerung ihrer Attraktivität beitragen.

Ferner sollten die demokratischen Parteien ihre kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger ermuntern, bestehende Weiterbildungsangebote zum Umgang mit der NPD im kommunalen Rahmen stärker anzunehmen. Nur wenn Kommunalpolitiker(innen) in der Lage sind, das häufig harmlos anmutende Auftreten der neonazistischen Partei in Gemeinde- oder Stadträten in die Gesamtstrategie und Ideologie der NPD einzuordnen, ist ein souveräner Umgang mit ihr in- und außerhalb kommunaler Vertretungskörperschaften möglich.

Michael Nattke ist seit 2009 Fachreferent für den Wissenschaft-Praxis-Transfer beim Kulturbüro Sachsen e. V., studierte Wirtschaftspädagogik, Politikwissenschaften und Soziologie an der TU Dresden. Er befasst sich seit 2002 wissenschaftlich und in ehrenamtlichen Gruppen mit politischen Einstellungen und neonazistischen Strukturen in Sachsen.

Kontakt: michael.nattke@kulturbuero-sachsen.de

Sven Braune hat zahlreiche Projekte für den Dresdner Verein „Bürger.Courage e. V.“ realisiert. Er studierte Politikwissenschaften und Geschichte an der TU Dresden. In seiner Masterarbeit untersuchte er die Rolle des Sozialen in Programmatik, Strategie und Kommunikation der sächsischen NPD-Fraktion. Zuletzt betreute er ein Forschungsprojekt über rassistische, autoritäre und nationalistische Erscheinungsformen im Dresdner Stadtteil Gorbitz. Der Autor lebt und arbeitet in Berlin.

¹ Gansel, Jürgen (2007): *Der Globalisierungs-Angriff auf den ländlichen Raum. Sozialräumliche Gegensätze gefährden die wirtschaftliche Einheit des Landes*. Online unter: <http://www.npd-sachsen.de>, (eingesehen am 13.05.2007).

² Vgl. Braune, Sven; Demuth, Christian; Hanisch, Norbert; Koch, Josephine; Schmidt, Barbara; Wendland, Alexander (2007): Die Politik in den Kommunalvertretungen Sachsen. In: Backes, Uwe; Steglich, Henrik (Hg.): *Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei*. Baden-Baden, S. 175 – 208.

³ Bei den Landtagswahlen 2004 wählten 10,9% der Strehlaer Bürger(innen) die NPD, 2009 waren es immerhin noch 8,3%. Zur Bundestagswahl im August 2009 holte Peter Schreiber als Direktkandidat der NPD für den Wahlkreis Meißen 6,9% in Strehla.

⁴ Unter GMF versteht man eine Ideologie der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, die sich aus den Dimensionen Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, Etabliertenvorrechte u. s. w. zusammensetzt. (vgl. Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2001–2011): *Deutsche Zustände*. Folge 1 – Folge 9. Frankfurt a. M.).

⁵ Vgl. v. a. Trappe, Thomas (2009): *Die netten Schreibers in Strehla*. In: *Sächsische Zeitung*, 30. Dezember 2009, S. 3 und vgl. Geisler, Astrid; Schultheis, Christoph (2011): *Heile Welten. Rechter Alltag in Deutschland*. München.

⁶ Internetauftritt des NPD-KV Meißen (ehemals Riesa-Großenhain). Online unter http://npd-riesa-grossenhain.de/?page_id=2, (eingesehen am 17.03.2011).

⁷ Bei der Wahl der AG Flächennutzungsplan / Umgehungsstraße fielen auf Schreiber immerhin vier Stimmen von 14 abstimmenden Mandatsträger(innen).

⁸ U. a. Initiativen Schreibers zur Wahl der Ausschusssitze nach Niemeyer statt D'Hondt und zur Gebührensatzung des Jugendzentrums. Unverständlich bzw. bedenklich ist v. a. die Stimmenthaltung aus dem demokratischen Lager zu Schreibers Antrag, bei den Gedenkfeierlichkeiten am 23.04.2010 – anlässlich des Aufeinandertreffens sowjetischer und US-amerikanischer Truppen im April 1945 – ein Grußwort sprechen zu dürfen. Es wird wohl jeder Stadträtin und jedem Stadtrat klar sein, dass dieser Anlass eine besonders hohe ideologische Relevanz für die NPD aufweist.

⁹ Vgl. Peter Schreiber auf der Website des NPD-KV Meißen. Online unter: <http://npd-riesa-grossenhain.de/?p=192>, (eingesehen am 17.03.2011).

ZIELE DER PARLAMENTARISCHEN ARBEIT

> PASCAL BEGRICH UND THOMAS WEBER – SYSTEMÜBERWINDUNG ALS ZIEL. DIE NPD UND IHR INSTRUMENTELLES VERHÄLTNIS ZUM PARLAMENTARISMUS

Sah sich die NPD im Bundestagswahlkampf 1967 noch als „eine Partei neben anderen Parteien“¹, verortete sie Udo Voigt 30 Jahre später außerhalb des bundesrepublikanischen Parteienspektrums: „Wir wollen nicht ‚rechter Flügel‘ in diesem Parteienklüngel sein, sondern die Alternative zu diesen (sic!). Die NPD ist nicht eine Partei neben den Bonner Parteien, sondern gegen sie!“² Nach dem Einzug der NPD in den sächsischen Landtag im Sommer 2004 verkündete Voigt sogar: „Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor 15 Jahren die DDR abgewickelt hat.“³

Nach der Wahl Udo Voigts zum Bundesvorsitzenden 1996 sowie den parteiinternen Programm- und Strategiedebatten seit 1997 hat sich die NPD „von einer überwiegend deutschnationalen, eher systemkonform agierenden zu einer überwiegend neonazistischen, systemfeindlichen Partei“⁴ transformiert. Obwohl sie zu Wahlen antritt und sich an der Arbeit in den gewählten Gremien beteiligt, steht die NPD dem Parlamentarismus feindlich gegenüber. In ihren Positionen und ihrer Rhetorik steht die Partei in der Tradition einer antidemokratischen Systemkritik, wie sie für die extreme Rechte und die völkischen Bewegungen des frühen 20. Jahrhunderts charakteristisch gewesen ist. Um ein Parteienverbot zu erschweren, finden sich in den programmatischen Texten der NPD nur ver-

einzelte Ausführungen zu ihren alternativen Gesellschaftskonzepten. Das NPD-Parteiprogramm von 2010 geht hierauf nur mit wenigen Sätzen ein. Aufbauend auf eine homogene „Volksgemeinschaft“ solle der Staat über den Interessen einzelner Gruppen stehen und die „Gesamtverantwortung für das Volksganze“⁵ wahrnehmen. Die NPD will „die gemeinwohlschädigende Dominanz der Parteien (zurückdrängen)“⁶ und die Rechte des Parlaments stark einschränken.⁷ Die Forderung nach mehr direkter Demokratie dient der Partei vor allem als Mittel zur Stärkung des Präsidenten als Staatsoberhaupt.

In den Texten und öffentlichen Äußerungen führender NPD-Kader finden sich hingegen deutlich die Konturen des Gesellschaftsentwurfs der Partei: Die NPD ist Verfechterin eines identitären Staatsmodells („grundsätzliche Einheit von Volk und Staat“⁸) mit einfluss-schwachen Parteien, gesellschaftlichen Verbänden und Repräsentativorganen. Sie tritt ein für die Errichtung eines autoritären Präsidialsystems. Den etablierten demokratischen Parteien wirft die NPD pauschal vor, sich „den Staat zur Beute gemacht“ zu haben. Posten würden „nach Proporz und dem Grad der Hörigkeit, nicht aber nach Fähigkeit und Leistung“ vergeben. Das „herrschende oligarchische Parteienkartell“ nutze alle Möglichkeiten, „um Gruppierungen, die ernsthafte

Kritik am Kartell und seiner Politik üben, zu schikanieren.“⁹ Die NPD mache es sich zur Aufgabe, „Filz“ und „Korruption“ in den Parteien und in der Verwaltung zu beenden.¹⁰

Das Denunzieren von Parteien sowie die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie stehen für die NPD in keinem Widerspruch zu ihrem Antritt bei Wahlen. Die Partei hat, so Gideon Botsch, ein instrumentelles Verhältnis zum Parlamentarismus: „Strategisch entspricht das Bekenntnis zur Demokratie dem Vorgehen der NPD, im Schutz des Parteienstatus für ihre rechtsextreme Politik zu werben, zu Wahlen anzutreten und Parlamente als Plattformen zu benutzen.“¹¹

Dies hat die NPD in einem Strategiepapier dargelegt, das auf dem Bundesparteitag 1998 in Stavenhagen beschlossen wurde. Zur Erreichung ihrer Ziele will die Partei „drei große Schlachten schlagen: die Schlacht um die Köpfe, die Schlacht um die Straße und die Schlacht um die Wähler.“¹² Die drei Säulen stehen konzeptionell gleichberechtigt nebeneinander. Der „Kampf um die Köpfe“ (Säule 1) verfolgt die Ziele, sowohl eigene Mitglieder und Kader programmatisch zu schulen wie auch die inhaltlichen Positionen der Partei in andere gesellschaftliche Bereiche wie Gewerkschaften oder konkurrierende politische Parteien zu tragen. Zugleich soll die Programmatik den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen fortlaufend angepasst werden. Säule 2, der „Kampf um die Straße“, setzt gezielt auf die Einbindung von aktionistisch orientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus neonazistischen „Freien Kameradschaften“, „wenn sie“, so Udo Voigt, „bereit sind, als politische Soldaten zu denken und zu handeln.“¹³ Da der Partei finanzstarke Förderer und Förderinnen fehlten, könne sie eine „Massenwirkung nur durch die Mobilisierung der Straße erreichen.“¹⁴

„Der Kampf um die Parlamente“ schließt strategisch an die erste Säule an: „Erst wenn wir den (...) ‚Kampf um die Straße‘ endgültig

für uns entschieden haben, kann der ‚Kampf um die Parlamente‘ mit der Aussicht geführt werden, (...) eine dauerhafte nationale Kraft (...) zu etablieren, die dem Anspruch gerecht wird, eine wirkliche Alternative zum liberalkapitalistischen System der BRD zu sein.“¹⁵ Mit dem „Kampf um die Parlamente“ will die NPD einerseits die Institutionen der politischen Willensbildung für sich nutzen und andererseits durch kontinuierliche Wahlteilnahme den potenziellen Wählerinnen und Wählern verdeutlichen, dass es sich bei der Partei um eine ernst zu nehmende politische Kraft handele.

Der kommunalen Ebene kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, denn in der Gesellschaftsvorstellung der extremen Rechten finden die Menschen hier zu einer „organischen Einheit“ zusammen. Diese homogenen Gemeinschaften bilden die Grundlage des zu errichtenden völkischen Staates.¹⁶ Zudem sieht die NPD auf der lokalen Ebene eine größere Chance, mit ihren Vertreter(innen) Gesicht zu zeigen und so die (mögliche) gesellschaftliche Ausgrenzung zu unterlaufen. Udo Voigt hat diese „Graswurzelstrategie“ wie folgt formuliert: „Wenn wir unsere Politik für Deutsche fest verankern wollen, müssen wir in den Gemeinden damit beginnen (...). Das nationale politische Fundament muss in den Kommunen aufgebaut werden (...), denn hier können wir dem Wähler zeigen, dass die NPD keine Briefkastenpartei ist, sondern von Menschen repräsentiert wird, die sich mit ihrer ganzen Persönlichkeit für die Interessen der deutschen Bürger einsetzen.“¹⁷

Die gewonnenen Mandate in kommunalen Gremien bilden nach Auffassung Udo Voigts die Ausgangsbasis, um sukzessive Erfolge auf Landes- und Bundesebene zu erlangen. Den „ständigen Hetztiraden der Massenmedien“ wolle die Partei vertrauensvolle und dauerhafte persönliche Beziehungen zwischen NPD-Kadern und den Bürgern und Bürgerinnen entgegensetzen: „In der Gemeinde muß man die Vertreter deutscher Bürgerinteressen persönlich kennen, nur dann werden wir uns

dauerhaft in den deutschen Parlamenten verankern können.“¹⁸ Folgerichtig fordert Voigt die Parteianhängerinnen und Parteianhänger zur Teilnahme an Kommunalwahlen auf, „um dort das Fundament der zukünftigen Arbeit zu legen.“¹⁹ Allerdings erweist sich die dünne Personaldecke für die NPD als großes Hemmnis für die flächendeckende Umsetzung dieser Strategie. Nur vereinzelt kann sie auf kompetente und im Gemeinwesen anerkannte Mitglieder und Sympathisierende zurückgreifen. Erfolgreich ist die Partei vor allem in jenen Regionen – so die Erfahrungen aus Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern –, in denen sie auf eine professionelle Infrastruktur innerhalb der Landtagsfraktionen zurückgreifen kann, die zudem geschulte Kader anziehen.

Der NPD geht es also mitnichten um eine erfolgreiche parlamentarische Arbeit im Sinne demokratischer Entscheidungsfindung und Konsensbildung. Ihr Wirken soll vielmehr eine Reihe rein instrumenteller Funktionen erfüllen: (1) Der Einzug in die Parlamente ist Ausdruck einer wachsenden kommunalen bzw. regionalen Verankerung und der Unterstützung extrem rechter Inhalte in Teilen der Bevölkerung. (2) Die Parlamente dienen als Bühne, um für die Menschen als Partei sichtbar zu sein sowie für die eigene Ideologie zu werben. (3) Die Gremien werden als Kampfort gesehen, um die politischen Gegner und Gegnerinnen und das „System“ bloßzustellen. (4) Die parlamentarische Arbeit der NPD leistet einer Normalisierung Vorschub. Neonazistische Positionen werden zunehmend als legitimer Teil des demokratischen Meinungsspektrums erachtet. Zudem bietet sich hier die Möglichkeit, öffentlich wirksam Bürgernähe zu demonstrieren. (5) Der „Kampf um die Parlamente“ eröffnet den Zugang zu vielfältigen Ressourcen, wie etwa öffentlichen Geldern oder einer funktionierenden Infrastruktur. (6) Schließlich soll die Arbeit in

den Kommunalparlamenten sowie eine stärkere kommunale Verankerung als Sprungbrett für den Erfolg auf Landesebene dienen.

Matthias Heyder, Landesvorsitzender der NPD in Sachsen-Anhalt, brachte 2009 die Motivation seiner Partei für das Engagement bei den Wahlen auf den Punkt. Die Kommunalwahlen seien „der Auftakt zur Landtagswahl“: „Wenn wir in den Landesmetropolen (...) mit Fraktionsstärke in die Kommunalparlamente einziehen, beweisen wir, daß die NPD auch in Großstädten Wahlen gewinnen kann. Das wird ein bundesweites Signal sein und für uns der erste große Schritt in die Landespolitik. (...) Ich rufe deswegen alle gutwilligen nationalen Kräfte im Land auf Geschlossenheit zu zeigen und mit einem machtvollen Wahlkampf das Ende von Filz, Korruption und Bonzenpolitik (...) einzuleiten. Das Ziel ist und bleibt die Systemüberwindung, der Weg dahin führt über gefestigte Strukturen in- und außerhalb der Parlamente.“²⁰

Pascal Begrich (M. A.) ist Historiker und als Geschäftsführer bei Miteinander e. V. in Magdeburg tätig. Inhaltliche Schwerpunkte seiner Arbeit sind u. a. aktuelle Entwicklungen des Rechtsextremismus sowie Aspekte zur regionalen NS-Geschichte und Erinnerungskultur.

Kontakt: pbegrich.gs@miteinander-ev.de

Thomas Weber (M. A.) ist Politikwissenschaftler und war viele Jahre bei Miteinander e. V. tätig. Seine Arbeitsschwerpunkte sind u. a. Fragen der Demokratieentwicklung sowie die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus auf kommunaler Ebene. Zusammen mit Roland Roth haben sie das Agieren der NPD in den kommunalen Gremien Sachsen-Anhalts untersucht und hierzu eine Studie veröffentlicht: „Die NPD in den Kreistagen Sachsen-Anhalts“, Magdeburg 2010.

-
- ¹ So der damalige NPD-Vorsitzende Adolf von Thadden – zitiert in: Hoffmann, Uwe (1999): *Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur*. Frankfurt am Main, S. 292.
- ² Voigt, Udo (1999): Mit der NPD auf dem Weg in das neue Jahrtausend. In: Apfel, Holger (Hg.): *Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN*. Stuttgart, S. 469 – 475, S. 471f.
- ³ Voigt, Udo (2004): o.T. In: *Junge Freiheit*, 24.09.2004, S. 3.
- ⁴ Stöss, Richard (2007): *Rechtsextremismus im Wandel*. 2., aktualisierte Auflage, Berlin, S. 132.
- ⁵ NPD-Parteivorstand (Hg.) (2010): *Arbeit. Familie. Vaterland. Das Parteiprogramm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)*. Berlin, S. 7.
- ⁶ Ebd., S. 8.
- ⁷ Vgl. Arbeitskreis „Volk und Staat“ beim NPD-Parteivorstand (o. J.): *Klarheit im Denken und Handeln beim Thema „Neue Ordnung“*. Berlin, S. 4ff.
- ⁸ NPD-Parteivorstand 2010, S. 6.
- ⁹ NPD-Parteivorstand (Hg.) (2002): *Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland*. Berlin, S. 43.
- ¹⁰ Vgl. ebd., S. 45f.
- ¹¹ Botsch, Gideon (2008): Welches Verständnis von Demokratie hat die NPD? In: Virchow, Fabian; Dornbusch, Christian (Hg.): *88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können*. Schwalbach/Ts., S. 42 – 44, S. 44.
- ¹² NPD-Parteivorstand: Das strategische Konzept der NPD (1999). In: Apfel, Holger (Hg.): *Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN*. Stuttgart, S. 356 – 360, S. 359.
- ¹³ Ebd., S. 360.
- ¹⁴ Ebd., S. 360.
- ¹⁵ Voigt, 1999, S. 470.
- ¹⁶ Vgl. NPD-Parteivorstand, 2002, S. 12f.
- ¹⁷ Voigt, 1999, S. 470.
- ¹⁸ Ebd., S. 470.
- ¹⁹ Ebd., S. 470.
- ²⁰ Matthias Heyder am 15. April 2009 in einer Pressemitteilung der NPD Sachsen-Anhalt.
-

WAS TUN GEGEN NAZIS IN PARLAMENTEN?

> **MIRO JENNERJAHN – HERAUSFORDERUNG NPD:
HINWEISE FÜR DIE POLITISCHE AUSEINANDERSETZUNG IN KOMMUNALPARLAMENTEN**

1. VORBEMERKUNGEN

Die Anwesenheit der NPD in Parlamenten stellt die Abgeordneten aus dem demokratischen Spektrum vor neue Herausforderungen und führt häufig zu Verunsicherung. Auch in Thüringen ist die NPD seit den Kommunalwahlen im Jahr 2009 in zahlreichen Parlamenten vertreten. In elf der 23 Landkreise und kreisfreien Städte schaffte sie mit ein bis zwei Abgeordneten und Wahlergebnissen zwischen 2,0% und 5,0% den Sprung in die Kommunalparlamente. Auf kommunaler Ebene ist die NPD damit in Thüringen zunächst einmal angekommen, auch wenn sie den Sprung in den Landtag verpasste. Ob die NPD in Thüringen mit dem Landtagswahlergebnis von 4,3% ihren Zenit überschritten hat, oder ob sie ihre seit dem Jahr 1999 kontinuierlich gestiegenen Wahlergebnisse bei der nächsten Wahl noch weiter ausbauen kann und die 5%-Hürde überspringt, ist offen. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Auseinandersetzung mit der NPD in den Kommunalparlamenten – neben der grundsätzlichen Notwendigkeit sich mit neonazistischem Gedankengut der NPD auseinanderzusetzen – zusätzliche Bedeutung. Der Landtageinzug der NPD wäre mit einem erheblichen Zuwachs an finanziellen und personellen Ressourcen verbunden, der zu einer

noch größeren Verfestigung und Absicherung der Parteistrukturen führen würde. So erhält beispielsweise die sächsische NPD-Landtagsfraktion mit ihren acht Abgeordneten im Jahr 2011 pro Monat einen Fraktionszuschuss in Höhe von 116.000 Euro, das sind knapp 1,4 Mio. Euro im Jahr.¹ Vor allem aus diesem Grund ist es so entscheidend, den möglichen Einzug zu verhindern.

Die große Bedeutung der Zuschüsse für die NPD wird unumwunden zugegeben. So erklärte Holger Apfel, Fraktionsvorsitzender der NPD im Sächsischen Landtag, auf einem Landesparteitag der sächsischen NPD im März 2009: „Aber wir werden das nicht nur dank des Fleißes unserer unermüdlichen Aktivisten schaffen, sondern auch, weil wir als kampfstärke Fraktion in einem Landtag inzwischen an Mittel und Möglichkeiten herankommen, die man ‚draußen‘ und ohne den Status als Fraktion eben nicht hat. Und man soll diese Möglichkeiten nicht gering veranschlagen, denn dank unseres Parlamentseinzuges und der entsprechenden Teilhabe an der Parteienfinanzierung sind wir z. B. bundesweit der einzige Landesverband der NPD, der Werbematerial dauerhaft kostenlos an seine Kreisverbände weitergeben kann.“

Dieser Artikel möchte Anregungen für den Umgang mit der NPD in kommunalen Parla-

menten liefern. Dafür ist es jedoch zunächst nötig, einige gängige Mythen über die NPD in Parlamenten zu widerlegen. Die außerordentliche Bedeutung von Wahlen für die NPD haben Pascal Begrich und Thomas Weber in ihrem Beitrag ausführlich dargestellt.

2. MYTHEN ÜBER DIE NPD

In der politischen Debatte finden oftmals Mythen Eingang in die Diskussion, die in der Konsequenz darauf hinauslaufen, dass eine intensive Beschäftigung mit der NPD und ihrem Wirken angeblich nicht nötig ist. Insbesondere die folgenden Aussagen erfreuen sich dabei großer Beliebtheit:

- Die NPD entzaubert sich selbst.
- Wir ignorieren die NPD, dann verschwindet sie auch wieder.
- Die NPD wird von Protestwählern gewählt.
- Die NPD ist eine demokratische Partei, sonst wäre sie nicht zugelassen bzw. verboten.

Die ersten drei Aussagen lassen sich schnell widerlegen, die vierte Aussage bedarf einer grundsätzlicheren Auseinandersetzung. Für die Widerlegung der ersten drei Aussagen wird auf die Erfahrungen aus Sachsen zurückgegriffen, da die NPD bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt Sachsen zu ihrem strategischen Zentrum erklärte und kontinuierlich am Ausbau ihrer Strukturen arbeitet.

2.1 DIE NPD IN KOMMUNALEN PARLAMENTEN: EINE EINTAGSFLIEGE?

Die Vermeidungsstrategie, d. h. der Versuch, das Neonazi-Problem allgemein oder die NPD im speziellen durch Ignoranz zu bekämpfen, muss als gescheitert betrachtet werden. In Sachsen war das Leugnen des Problems lange Zeit offizielle Regierungspolitik. Berühmt-berüchtigt in diesem Zusammenhang sind

die Äußerungen des früheren sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf in einem Interview mit der Sächsischen Zeitung im September 2000. Dort verstieg sich Biedenkopf zu der Aussage, die Sachsen seien immun gegen Rechtsextremismus und behauptete wahrheitswidrig, in Sachsen hätten noch keine Häuser gebrannt und es sei auch noch nie jemand umgekommen. Dieser Umgang auf kommunaler Ebene ist eine der Erfolgsbedingungen für die Verfestigung extrem rechter Strukturen. Die Liste sächsischer Städte und Gemeinden, welche über lange Zeit die Auseinandersetzung mit Neonazis vermieden und stattdessen diejenigen, die auf dieses Problem aufmerksam machten als Nestbeschmutzer diffamierten, ist lang. In einem solchen Klima kann die NPD Fuß fassen. Die systematische Analyse der Stadt- und Gemeinderatsergebnisse der NPD in Sachsen zeigt zudem, dass die NPD dort, wo sie zum wiederholten Male antrat, überdurchschnittlich erfolgreich abschnitt.² Die Überzeugung, die NPD entzaubere sich selbst, kann damit als widerlegt gelten. Ferner haben die zahlreichen Skandale auf Landesebene, die häufig zu beobachtende Inaktivität von NPD-Mandatsträger(innen) in Kommunalparlamenten oder deren oft vorhandenes Unvermögen, dem parlamentarischen Geschehen zu folgen, die Wahlchancen der NPD in Sachsen nicht wesentlich geschmälert.³

Auch wenn für andere Bundesländer längerfristige Vergleichswerte fehlen, muss doch deutlich unterstrichen werden, dass sich in Sachsen eine relativ gefestigte Wählerschaft der NPD herausgebildet hat. Die vergleichende Analyse der Kommunal- und Landtagswahlergebnisse legt nahe, dass das Wähler(innen)-Potenzial gegenwärtig zwischen vier und sechs Prozent liegt. Damit greift die Protestwahlthese, die suggeriert, die NPD würde nicht aus Übereinstimmung mit ihren Inhalten gewählt, sondern um den etablierten Parteien einen Denkmittel zu verpassen, deutlich zu kurz – auch wenn es sicherlich Wählerinnen und Wähler gibt, auf die ein solches Verhalten zutrifft. Es gibt keinen

plausiblen Grund, warum die Wahlmotivation außerhalb Sachsens sich davon unterscheiden sollte, zumal wissenschaftliche Studien immer wieder einen deutlichen Zusammenhang zwischen den Einstellungen der Wählerinnen und Wähler und der tatsächlichen Wahl einer extrem rechten Partei belegt haben.⁴

2.2 WEIL DIE NPD NICHT VERBOTEN IST, IST SIE EINE DEMOKRATISCHE PARTEI?

Oft ist die Aussage zu hören, die NPD sei eine demokratische Partei, da sie an Wahlen teilnehme und somit zugelassen sei bzw. dass sie verboten würde, wenn sie antidemokratisch wäre. Diese Annahmen sind falsch und beruhen auf Missverständnissen. Die NPD ist zwar vielerorts demokratisch gewählt, das macht sie jedoch nicht zu einer demokratischen Partei.

Zur Teilnahme an Wahlen ist einzig entscheidend, ob die Vorgaben des Parteiengesetzes eingehalten werden, d. h. dass beispielsweise Satzung und Programm den Vorgaben des Gesetzes entsprechen. Lediglich das wird von den Wahlleiter(innen) kontrolliert. Eine inhaltliche Prüfung auf Demokratiekonformität erfolgt nicht. Über die Verfassungswidrigkeit einer Partei darf ausschließlich das Bundesverfassungsgericht entscheiden. Parteien sind laut Grundgesetz nur dann verfassungswidrig, wenn sie die freiheitlich-demokratische Grundordnung beeinträchtigen oder beseitigen wollen.

Das Bundesverfassungsgericht führte im Rahmen der Parteienverbotsurteile gegen die Sozialistische Reichspartei (SRP) 1952 und die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 1956 aus, wann dieser Punkt erreicht ist. Im SRP-Urteil definierte es folgende acht Wesensmerkmale der freiheitlich-demokratischen Grundordnung: Menschenrechte; Volkssouveränität; Gewaltenteilung; Verantwortlichkeit der Regierung; Gesetzmäßigkeit der Verwaltung; Unabhängigkeit der Gerichte; Mehrpar-

teienprinzip; Chancengleichheit der Parteien einschließlich der Oppositionsfreiheit.

Im KPD-Urteil wurde überdies genauer ausgeführt, wann Bestrebungen die Grenze zur Verfassungswidrigkeit überschreiten: „Eine Partei ist auch nicht schon dann verfassungswidrig, wenn sie diese obersten Prinzipien einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht anerkennt, sie ablehnt, ihnen andere entgegengesetzt. Es muss vielmehr eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung hinzukommen, sie muss planvoll das Funktionieren dieser Ordnung beeinträchtigen, im weiteren Verlauf diese Ordnung selbst beseitigen wollen.“⁵

Das Bundesverfassungsgericht entscheidet also nicht über die Frage, ob eine Partei demokratisch oder antidemokratisch ist, sondern darüber, ob eine Partei verfassungswidrig ist oder nicht. Zwar ist die Schlussfolgerung möglich, dass eine vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig eingestufte Partei antidemokratisch ist, der Umkehrschluss, dass alle Parteien über die kein Urteil vorliegt, oder die nicht als verfassungswidrig eingestuft wurden, demokratisch sind, ist jedoch nicht möglich.

Die von der Demokratie gewährten Freiheitsrechte stehen damit also ausdrücklich auch ihren Gegnerinnen und Gegnern zur Verfügung. Leitgedanke dabei ist, dass sich die Demokratie im freien Spiel der politischen Meinungen aufgrund der von ihr gewährten Freiheitsrechte gegenüber denjenigen durchsetzen wird, die sie beseitigen wollen. Erst bei bestimmten Grenzüberschreitungen kann auf juristischem Wege im Nachgang mit dem Instrumentarium der „wehrhaften Demokratie“ die Ausübung von Freiheitsrechten beschnitten werden.

Auch das vor dem Bundesverfassungsgericht im März 2003 gescheiterte Verbotsverfahren gegen die NPD kann nicht als Nachweis herhalten, dass die NPD eine demokratische

Partei ist. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit der NPD hat das Bundesverfassungsgericht nämlich gar nicht entschieden. Aufgrund des Einsatzes von V-Leuten der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern in der NPD lagen aus Sicht einer ausreichend großen Minderheit von Verfassungsrichtern so erhebliche Verfahrenshindernisse vor, dass das Verbotsverfahren eingestellt wurde.

Die Demokratie-Verachtung der NPD ist vielfach dokumentiert. Exemplarisch belegen dies folgende zwei Zitate von der Homepage des NPD-Bundesverbandes, die bis Ende 2010 im „Politischen Lexikon“ der Homepage abrufbar waren⁶: „Erst die Beimengung eines aristokratischen Elementes macht die Demokratie lebensfähig. Fehlt dieses Element, so läuft sie stets Gefahr, an der Unkultur der Massen zugrunde zu gehen.“ „Im Ernstfall kommt es nicht so sehr darauf an, ob Demokratien hinreichend demokratisch sind, sondern ob sie auf fähige, kompetente und mitreißende Minoritäten zurückgreifen können.“⁷

3. ANREGUNGEN ZUM UMGANG MIT DER NPD IN KOMMUNALPARLAMENTEN

Die Ausführungen des vorangegangenen Abschnitts haben gezeigt, dass juristische Mittel lediglich in einem sehr eng begrenzten Rahmen in der Auseinandersetzung mit extrem rechten Phänomenen greifen. Bei der NPD ist dies ungleich schwerer, da ihr der besondere grundgesetzliche Parteien-Status zugutekommt.

Generell sind Neonazismus im Allgemeinen und die NPD im Besonderen politische Probleme, die das Recht nicht zu lösen vermag. Insofern muss die Debatte in allererster Linie politisch erfolgen.

Dies stellt die Abgeordneten der demokratischen Parteien allerdings vor große Herausforderungen. Im bisherigen parlamentarischen Umgang mit der NPD wurden viele

Instrumente getestet. Diese reichen von gänzlicher Ignoranz bis hin zu weitreichenden Änderungen der Geschäftsordnung.⁸ Dabei zeigt sich, dass oft aus Unsicherheit sehr massive Eingriffe in den parlamentarischen Ablauf vorgenommen werden, die letztlich kontraproduktiv sind. Das notwendige Agieren gegen die NPD rechtfertigt beispielsweise nicht, den demokratischen Freiheitsraum insgesamt einzuschränken. Nicht weniger Demokratie wird letztlich das Erfolgsrezept in der Auseinandersetzung mit Antidemokraten sein, sondern ein Mehr an Demokratie. Weiterhin ist es wichtig, die NPD formal korrekt zu behandeln, ihr jedoch inhaltlich deutlich entgegenzutreten. Das willkürliche Vorenthalten von parlamentarischen Rechten führt lediglich dazu, dass die NPD dagegen juristisch vorgeht und im Normalfall Recht erhält. Zugleich wird damit die Selbstinszenierung der NPD als vermeintlich unterdrückte „nationale Opposition“ befördert. Dieser gilt es vorzubeugen.

Es gibt keine Patentrezepte, die in den einzelnen Kommunen übernommen werden können. Zu unterschiedlich stellt sich die Herausforderung NPD in den Regionen dar: von völliger Inaktivität über vordergründig „sachpolitisches“ Agieren bis hin zu klar erkennbar ideologisch untersetztem Handeln. Insofern können hier nur allgemeine Anregungen erfolgen, die mit Hilfe von Expertinnen und Experten auf die konkrete Situation vor Ort angepasst werden müssen. Partnerin kann hier u. a. die Mobile Beratung in Thüringen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus sein.

Ziel in der Auseinandersetzung mit der NPD sollte sein, dass auch Außenstehende nachvollziehen können, warum die NPD keine normale Partei neben anderen ist. Entgegen ihrer eigenen Darstellung wird sie nicht willkürlich ausgegrenzt. Vielmehr grenzt sie sich selbst aus, indem sie eine der fundamentalen Grundlagen unserer Demokratie – die Gleichwertigkeit der Menschen – nicht anerkennt.

3.1 RAHMENBEDINGUNGEN

Am Anfang der Auseinandersetzung mit der NPD sollte immer die Analyse stehen, wie die Partei konkret agiert. Wichtig ist dabei, nicht nur auf die unmittelbaren parlamentarischen Aktivitäten der NPD zu blicken, sondern auch auf die gesellschaftlichen Aktivitäten ihrer Abgeordneten. Ist die NPD etwa im Parlament selbst inaktiv, entfällt zwar die Auseinandersetzung in Stadt- und Gemeinderatssitzungen, es können sich jedoch andere Problemstellungen ergeben.

Die Erfahrungen zeigen, dass die NPD überall dort über längere Zeit hohe Wahlerfolge erzielen kann, wo sie über Kandidaten und Kandidatinnen verfügt, die verschiedene Zielgruppen ansprechen und in der Bürgerschaft verankert sind. Der Klempnermeister Michael Jacobi aus Reinhardtsdorf-Schöna, Dr. Johannes Müller aus Sebnitz (beide Sachsen) oder der Fußballtrainer Lutz Battke aus Laucha (Sachsen-Anhalt) verdeutlichen dies. Der Erfolg der NPD hängt maßgeblich vom Agieren ihrer Abgeordneten im gesellschaftlichen Raum ab.

So kann die eigentliche politische Herausforderung darin bestehen, dass ein NPD-Kader zwar nicht parlamentarisch arbeitet, aber beispielsweise im Sportverein, als Elternsprecher oder als Aktiver in der Freiwilligen Feuerwehr eine Rolle einnimmt, in der er von vielen als Vorbild wahrgenommen wird. Hier gilt es insbesondere über Diskussionen mit den betreffenden Institutionen ein Problembewusstsein zu schaffen und den Einfluss der NPD so Stück für Stück zurückzudrängen.

Gleichzeitig sind NPD-Kader vielerorts Kristallisationspunkt der regionalen Neonazi-Strukturen, sie sind in die Organisation extrem rechter Aktivitäten wie Schulungsveranstaltungen, Demonstrationen, Konzerte etc. involviert und darüber hinaus nicht selten einschlägig vorbestraft.⁹

Für das parlamentarische Vorgehen ist eine genaue Analyse des Handelns der NPD-Abgeordneten unerlässlich. Zentral sind etwa Anzahl und Aktivität des/der Abgeordneten und die Art ihres gemeinsamen Auftretens (Geschlossenheit, erkennbare Konflikte usw.).

3.2 INDIVIDUELLES VERHALTEN DEMOKRATISCHER ABGEORDNETER

Der persönliche Umgang mit NPD-Abgeordneten steht vor der politischen Debatte. Dabei kann bereits das Abwägen über den „richtigen“ Umgang zu Unsicherheiten führen. Ist es unhöflich, einem NPD-Abgeordneten die Begrüßung und den Händedruck zu verweigern? Klare Antwort: Ja, ist es. Gleichwohl gibt es dafür gute Gründe.

Abgeordnete sind nicht als Privatpersonen im Parlament, sondern in ihrer öffentlichen Funktion. Ein gleichberechtigter Umgang sendet somit immer auch ein politisches Signal an Außenstehende. Die Erfahrung zeigt, dass NPD-Abgeordnete gerade über den persönlichen Umgang darzustellen versuchen, dass sie Mitglied einer normalen Partei sind. So wollen sie fest etabliert und wählbar wirken.

Zudem darf nicht vergessen werden, dass es in fast jeder Kommune mit NPD-Abgeordneten eine mehr oder weniger große Zahl an Menschen gibt, die regelmäßig Opfer rechter Gewalt oder von Einschüchterungsversuchen werden. Wenn Kommunalvertreter(innen) scherzend oder schulterklopfend mit Abgeordneten der NPD gesehen würden, könnte die Wirkung auf die Betroffenen verheerend sein. Nicht zuletzt bleibt die Frage, wobei demokratische Abgeordnete NPD-Vertreter(innen) „Viel Erfolg“ oder einen „Guten Tag“ wünschen sollten? – Schließlich streben sie permanent nach der Ausbreitung einer menschenverachtenden Ideologie, die sich im schlimmsten Fall mittelbar oder unmittelbar in Gewalt niederschlägt.

3.3 PARLAMENTARISCHE MÖGLICHKEITEN IM UMGANG MIT DER NPD

Auf kommunaler Ebene besteht der erste Reflex nach einem NPD-Parlamentseinzug oft in der Änderung der Geschäftsordnung. Meist zielt diese Reaktion darauf zu verhindern, dass die NPD Fraktionsstatus erreicht oder in den Ausschüssen vertreten ist. Eine dauerhafte Strategie stellt dies nicht dar. Zwar mag es unproblematisch erscheinen, die Mindestfraktionsstärke von zwei auf drei Abgeordnete anzuheben, die sächsischen Erfahrungen zeigen jedoch, dass es der NPD regelmäßig gelingt, diese Zahl zu knacken. In Sachsen hat mancherorts die fragwürdige Praxis Fuß gefasst, die Fraktionsstärke nach der Formel NPD-Abgeordnete + eins zu berechnen. Da die NPD allerdings in einigen Kreistagen mittlerweile mit fünf oder sechs Abgeordneten vertreten ist, hat das zur Konsequenz, dass in manchen Kreistagen eine Fraktion erst mit sechs oder sieben Abgeordneten gebildet werden kann, was bisweilen rund zehn Prozent der Gesamtzahl an Abgeordneten entspricht. Damit werden jedoch auch die Minderheitenrechte demokratischer Parteien beschnitten, wodurch das politische System insgesamt beschädigt wird.

Gleichwohl kann es sinnvoll sein, sich gründlich mit der bestehenden Geschäftsordnung auseinanderzusetzen. Häufig steht bereits ein gewisses Sanktionspotenzial – etwa das konsequente Einhalten der Redezeiten – zur Verfügung, welches bei Verletzungen der parlamentarischen Spielregeln durch die NPD angewendet werden kann. Insgesamt aber sollten Eingriffe in die Geschäftsordnung nur sehr behutsam vorgenommen werden. Wichtiger als die Arbeit an der Geschäftsordnung ist die Diskussion innerhalb der demokratischen Fraktionen über einen gemeinsamen Umgang mit der NPD. Nach Möglichkeit ist hier ein Konsens anzustreben. Jede vermeintliche oder tatsächliche Öffnung demokratischer Fraktionen gegenüber der NPD wird von ihr propagandistisch ausgeschlachtet. Die

Wahl des sächsischen Ministerpräsidenten Georg Milbradts im November 2004, bei welcher der NPD-Kandidat in zwei Wahlgängen jeweils zwei Stimmen mehr verzeichnen konnte als die NPD zum damaligen Zeitpunkt Abgeordnete besaß, ist das prominenteste Beispiel.

Kernpunkte eines interfraktionellen Konsens könnten, ähnlich wird dies auch in Astrid-Rothe Beinlichs Beitrag skizziert, folgende sein:

1. Konsequente Ablehnung aller Kandidaten und parlamentarischer Initiativen durch die NPD: Wie schon angedeutet, wird die NPD jede Stimme zusätzlich als Triumph für die „nationale Bewegung“ feiern. Dem gilt es vorzubeugen. Was bei ideologisch motivierten Anträgen, etwa der Forderung, das Amt des Integrations- oder Ausländerbeauftragten in „Ausländerrückführungsbeauftragten“ umzubenennen, leicht fällt, kann bei vermeintlichen Sachanträgen der NPD bereits schwerer werden. In der Vergangenheit konnte die NPD oftmals dann „Fremdstimmen“ ergattern, wenn sie z. B. für die Einführung des Amtes eines Seniorenbeauftragten eintrat, oder die Absenkung der Aufwandsentschädigungen der Abgeordneten forderte. Auch wenn die NPD bisweilen sachlich durchaus gerechtfertigte parlamentarische Initiativen startet, ist der demokratische Konsens gegen die NPD wichtig. Hier gilt es, sich immer wieder zu verdeutlichen, dass die NPD das Parlament strategisch nutzt, um letztlich die Demokratie beseitigen zu können. Der Weg über die vermeintliche Sachpolitik ist dabei ein Hebel, um sich als normale Partei zu inszenieren. Dies sollte allerdings konsequent immer wieder nach außen kommuniziert werden, um die notwendige Transparenz zu schaffen. Zudem besteht die Möglichkeit, sachlich richtige Anträge der NPD zu einem späteren Zeitpunkt durch demokratische Fraktionen in den parlamentarischen Geschäftsgang einzuspeisen. Auf diesem Wege können unnötige Triumphe der NPD vermieden werden.

2. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit der NPD suchen: Die konsequente Ablehnung jeglicher Initiativen der NPD birgt die Gefahr in sich, der NPD eine Steilvorlage für die Selbstinszenierung als vermeintlich unterdrückte „nationale Opposition“ zu liefern. Dieser Gefahr kann begegnet werden, indem gleichzeitig die inhaltliche Auseinandersetzung forciert wird. Auch hier ist jedoch darauf zu achten, die Anträge der NPD nicht formal aufzuwerten, indem sich die demokratischen Fraktionen im Versuch überbieten, wer am besten die NPD entlarven kann. Im Sächsischen Landtag hat sich die Praxis etabliert, dass auf parlamentarische Initiativen der NPD jeweils ein/e Vertreter/in der Regierungskoalition und ein/e Vertreter/in der demokratischen Oppositionsfraktionen reagiert. Damit ist sichergestellt, dass eine inhaltliche Auseinandersetzung stattfindet. Wichtig ist zudem, dass parlamentarische Initiativen der NPD nicht für gegenseitige Vorwürfe der demokratischen Fraktionen genutzt werden. Die NPD wird immer wieder versuchen mit ihren Anträgen einen Keil zwischen die demokratischen Fraktionen zu treiben.
3. Die NPD nicht als Mehrheitsbeschafferin missbrauchen: Was auf den ersten Blick selbstverständlich erscheinen mag, kann sich gerade auf kommunaler Ebene, wo die Bindung an die eigene Fraktion durch einzelne Abgeordnete häufig weniger stark ausgeprägt ist, in Einzelfragen als schwierig erweisen. Dennoch sollte unter allen Umständen vermieden werden, die NPD bewusst oder unbewusst in eine Position zu bringen, in der sie als „Zünglein an der Waage“ fungieren kann. Auch dies nämlich wird von der NPD konsequent propagandistisch ausgenutzt und sendet an Außenstehende das Signal, dass die NPD eine normale Partei ist.

Miro Jennerjahn, Diplom-Politologe; jahrelange wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit der extremen Rechten; von 2006 bis 2009 Projektkoordinator beim Netzwerk für Demokratische Kultur e. V. in Wurzen; seit 2009 Mitglied des Sächsischen Landtags für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; mehrere Publikationen über die extreme Rechte, insbesondere die NPD

Kontakt: regionalbuero@miro-jennerjahn.eu

¹ Der monatliche Fraktionszuschuss ergibt sich aus dem Sockelbetrag in Höhe von 70.140,81 Euro, dem Kopfbetrag pro Abgeordneten in Höhe von 2.476,14 Euro sowie dem Oppositionszuschlag in Höhe von 26.009,87 Euro.

² Vgl. Jennerjahn, Miro (2009): *Die NPD in Sachsen nach den Stadt- und Gemeinderatswahlen 2009*. S. 16ff. Online unter: http://www.nazis-nein-danke.de/attachments/085_Die%20NPD%20in%20Sachsen%20nach%20Stadt-%20und%20Gemeinderatswahlen%202009_lang.pdf.

³ Das konkrete Verhalten von NPD-Abgeordneten ist ein Faktor, der von Kommune zu Kommune sehr genau analysiert werden muss und unterscheidet sich stark. Neben sehr aktiven Abgeordneten wird vielerorts insbesondere eine weitgehende Inaktivität der Abgeordneten beschrieben. Darin spiegelt sich nach wie vor das Problem der NPD insbesondere geeignetes Personal für eine Kandidatur zu finden, das den parlamentarischen Abläufen gewachsen wäre. Vgl. dazu: Beier, Katharina; Bogitzky, Jenny; Buchstein, Hubertus; Feike, Katharina; Fischer, Benjamin; Freyber, Pierre; Strüwing, Mathias; Wiedemann, Tim (2006): *Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns*. Greifswald., sowie Hafenegger, Benno / Schönfelder, Sven (2007): *Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten. Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie*. Berlin.

⁴ Laut Richard Stöss verfügen rund 42 % der Befragten, die ihre Bereitschaft zur Wahl einer extrem rechten Partei signalisieren, auch über ein entsprechendes Einstellungspotenzial. Das bedeutet im Umkehrschluss jedoch nicht, dass die übrigen 58 % frei von jeglicher Affinität zu extrem rechten Einstellungen wären. (Vgl. Stöss, Richard (2005):

Rechtsextremismus im Wandel. Berlin, S. 98. Auch Arzheimer weist die These der reinen Protestwahl zurück, da die Wahl einer extrem rechten Partei in erheblichem Maße von ideologischen Faktoren gesteuert werde (Vgl. Arzheimer, Kai (2008): *Die Wähler der extremen Rechten 1980–2002*. Wiesbaden, S. 108f, S. 287, S. 385). Dennoch wählt der größte Teil von Menschen mit einem extrem rechten Weltbild demokratische Parteien (Vgl. Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2006): *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin, S. 51ff; sowie Vgl. Stöss, 2005, S. 96f.).

⁵ Vgl. Stöss, 2005, S. 16.

⁶ Mit der Fusion von NPD und DVU fand eine grundsätzliche Überarbeitung der Homepage statt und die Zitate verschwanden. Die wörtliche Eingabe der Zitate in eine Suchmaschine führt jedoch immer noch direkt zum entsprechenden Lexikon-Eintrag auf der alten NPD-Homepage, (eingesehen am 21.03.2011).

⁷ Für weitere Nachweise des antidemokratischen Gedankenguts der NPD: Vgl. Innenministerien der Länder Berlin, Bremen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein (2009): *Verfassungsfeind NPD. Dokumente eines Kampfes gegen die Demokratie*. Berlin.

⁸ Für eine vergleichende Analyse des Agierens extrem rechter Parteien in Kommunalparlamenten in vier verschiedenen Bundesländern: Vgl. Hafener/Schönfelder, 2007.

⁹ Für Sachsen wurde im Vorfeld der Kreistagswahlen 2008 eine Dokumentation einschlägig bekannter Kandidat(innen) und deren Hintergründe angefertigt. Dies kann auch in anderen Regionen ein sinnvoller Weg sein, um über die NPD aufzuklären. Vgl. NiP Sachsen & AKuBIZ e.V. Pirna (2008): *Kritische Dokumentation Kreistagswahlen 2008*. Dresden. Online unter: <http://nip.systemli.org/broschuere-druck.pdf>.

> ASTRID ROTHE-BEINLICH – GEGEN JEDE HARMONIEBESTREBUNG. KEIN HANDSCHLAG MIT NAZIS

Wie in den vorangegangenen Beiträgen deutlich wurde, sind Nazis auf allen Ebenen bestrebt, parlamentarische Verankerung zu gewinnen. Und: Sie sind damit unterschiedlich erfolgreich. Ihr Ziel ist zum einen, sich ein saubereres Image zu geben und mit entsprechenden Wahlerfolgen in den Genuss staatlicher Parteienfinanzierung zu kommen. Zum andern aber geht es darum, Pascal Begrich und Thomas Weber haben es dargestellt, die „Systemüberwindung“ auch auf parlamentarischem Wege voranzubringen und dafür die notwendigen Mehrheiten zu gewinnen.

Dies vor Augen hilft, der scheinbaren „Normalität“ von Nazis in unseren Parlamenten immerwährend wachsam zu begegnen. Das fängt oftmals schon im Parlamentsalltag an. Hier gilt es, zwei Ebenen – eine formale und eine zwischenmenschliche – genauer zu beleuchten und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Formal lässt sich mittels klarer Handreichungen für

Verwaltungen, Vereine, Verbände etc. erreichen, dass Nazis weder Zugang zu Räumlichkeiten erhalten, noch dass sie behandelt werden wie Vertreter oder Vertreterinnen demokratischer Parteien. Zu beachten ist: Es kann und darf nicht darum gehen, die Einschränkung demokratischer Möglichkeiten ALLER damit zu begründen, dass Nazis beispielsweise in den Genuss von Mandaten gelangen könnten. Eine entsprechende Diskussion um das Beschneiden von Minderheitenrechten kleinerer Parteien und Wähler(innen)-Initiativen wird seit Monaten im Thüringer Landtag geführt. Erst im September 2009 beendeten der Einzug von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Thüringer Landtag das jahrelange Dreiparteiensystem. Wie im Beitrag von PD Dr. Alexander Thumfart nachzulesen ist, schrammte die NPD mit 4,3% knapp am Landtageinzug vorbei. Im Vorfeld der Wahlen 2009 wurden in Thüringen glücklicherweise mehrere breit getragene Initiativen wie „Deine Stimme gegen Nazis“¹ realisiert, die dafür

warben, zur Wahl zu gehen und ganz bewusst die eigene Stimme keinen rechten Parteien zu geben. Die zweite Ebene ist für viele die schwierigere, denn bei dieser geht es um das Zwischenmenschliche im Parlament genauso wie im zivilgesellschaftlichen Engagement auf der Straße. Erinnert sei einfürend an die sinnbildliche Aktion des DGB Thüringen, bei der infolge der letzten Kommunalwahlen „Demokratiehandschuhe“ an Bürgermeister(innen) und Landrät(innen) versandt wurden. Steffen Lemme, damaliger DGB-Vorsitzender, erklärte dazu: „Wir möchten verhindern, dass sich die Bürgermeister und Landräte bei dem vorgeschriebenen Handschlag die Hände schmutzig machen. Der braune Dreck soll unter keinen Umständen abfärben! Die Thüringer Kommunalordnung erzwingt diesen Handschlag zur Verpflichtung. Sie verbietet aber nicht, sich als Bürgermeister oder Landrat vor der braunen Gefahr zu schützen. Diese Möglichkeit bietet unser Demokratie-Handschuh.“² Respekt gebührt jenen, die den Handschuh auch nutzten – wie Erfurts Oberbürgermeister Andreas Bausewein (SPD).

PRAKTISCHE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN ZUR STÄRKUNG DER DEMOKRATISCHEN ABWEHRKRÄFTE

Im September 2009 trafen sich zahlreiche Kommunal- und Landespolitiker(innen), Wissenschaftler(innen) und Vertreter(innen) von zivilgesellschaftlichen Initiativen, Gewerkschaften und Kirchen aus sieben Bundesländern in Berlin und verabredeten im Rahmen eines Werkstattgesprächs folgende acht zentrale Eckpunkte für den Umgang mit Nazis in kommunalen Gremien³:

1. Gemeinsames Vorgehen aller Demokratinnen und Demokraten
2. Bei der Auseinandersetzung mit Nazis dürfen deren antidemokratische und menschenverachtende Positionen nicht außer Acht gelassen werden
3. Niemals mit den Stimmen der Rechten kalkulieren

4. Niemals einem Antrag der Rechten zustimmen
5. Aktive inhaltliche Auseinandersetzung mit menschenverachtenden und rassistischen Inhalten statt Schweigen und Ignorieren
6. Keine Normalität im täglichen Umgang mit Nazis
7. Den Spielraum der Nazis mit demokratischen Mitteln so weit wie möglich einschränken
8. Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe

Etwas konkreter bedeutet dies beispielhaft für die Praxis:

1. KEINE ZUSAMMENARBEIT, OFFENSIVE KOMMUNIKATION UND KONSEQUENZ

Oberste und entscheidende Leitlinie ist, dass es grundsätzlich keine Zusammenarbeit mit NPD-Vertreter(innen) gibt – auch dann nicht, wenn sie scheinbar normale Sacharbeit ausüben oder sich als Mehrheitsbeschaffer anbieten. Nur so sind „Anerkennungs- und Normalisierungseffekte“ vermeidbar. Eingebachte Sachthemen der NPD’ler(innen) werden am besten mit eigenen Anträgen aufgegriffen. Bei allen politischen und inhaltlichen Unterschieden zwischen den demokratischen Abgeordneten sollte Geschlossenheit demonstriert und gelebt werden. Eine ablehnende Haltung gegenüber der NPD und deren Mandatsträgerinnen und -trägern muss von Beginn an Konsens sein, der dann öffentlich vertreten und durch Absprachen bekräftigt wird. Auf „Provokationen und Randalen“ wird konsequent und mit Augenmaß⁴ reagiert. Das verlangt Beständigkeit und Stärke – auch am Stammtisch, wo bekanntermaßen die angeblich wirklich wichtigen Dinge nach der Ratssitzung besprochen werden.

Dies gilt gleichermaßen für Bürger- und Volksbegehren oder Bürgerinitiativen. Erfolgreich

verhinderte beispielsweise der Trägerkreis des „Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik in Thüringen“ mit einer eindeutigen Absage im Februar 2006, dass sich die NPD als Unterstützerin desselben gerieren konnte, obgleich sie nahezu penetrant die Unterstützung des Zieles suggerierte.⁵ Ebenfalls erfolgreich verwehrten sich die BI gegen die 380KV-Trasse durch den Thüringer Wald und die Initiativen für die lebendige Werra gegen das Vereinnahmen durch die Thüringer NPD.

2. GEZIELTE AUSEINANDERSETZUNG MIT RECHTSEXTREMEN EINSTELLUNGEN UND VERHALTENSWEISEN

In jeder Kommune bedarf es der offensiven Auseinandersetzung mit Menschenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus. Hier gilt es, spezifische Programme und Beratungsangebote dauerhaft in der Kommune zu etablieren.

Beratungsarbeit setzt Vertrauen und Kontinuität, aber auch Professionalität voraus. Dazu gehört die Verknüpfung von überregionalen Vernetzungen und konkreten, lokalen Handlungsansätzen. Insofern sollte dieser Gegenstand zur „Pflichtaufgabe“ einer jeden Kommune gehören. Besonders zentral ist es deshalb, möglichst zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter von Verwaltung, (Sport)-Vereinen und Feuerwehren, Wirtschaft und Politik zu schulen und sensibilisieren.

KEIN RAUM UND KEIN FUSSBALLPLATZ FÜR NAZIS

Jede Kommune und jeder Sportverein kann für die eigenen Räumlichkeiten und Plätze in den Nutzungs- bzw. Mietverträgen die Passage aufnehmen, dass Treffen von extrem rechten Gruppen in und auf diesen nicht gestattet sind und die „Rote Karte“ zur Folge haben. Die Initiative Fußballvereine gegen Rechts

startete das Projekt „Wir vermieten nicht an Nazis“ und weist so auf allerlei Möglichkeiten hin, Nazis die Anmietung von Sportplätzen oder Vereinsheimen zu verunmöglichen und bietet darüber hinaus mit der Aktion „Vier Schrauben für Zivilcourage“ ein Erkennungsschild für Vereine an, die auch nach außen symbolisieren wollen, dass Nazis bei ihnen vom Platz gestellt werden.⁶

Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband hat gemeinsam mit dem Hamburger Beratungsteam gegen Rechtsextremismus eine Broschüre herausgegeben, die veranschaulicht, wie unerwünschte Anmietungsversuche unterbunden werden können.⁷ In Regensburg gibt es seit Ende 2010/Anfang 2011 die bemerkenswerte Initiative „Keine Bedienung für Nazis – Rassisten werden hier nicht bedient“. Bereits 200 Lokale haben sich mit einer Unterschriftenaktion dieser angeschlossen. Derzeit bemüht sich der Runde Tisch gegen Rechts in Regensburg, möglichst viele Kneipen zu gewinnen, die den entsprechenden Aufkleber als deutliches Zeichen auch auf dem Türschild nutzen.⁸

Literaturhinweis:

Empfohlen sei abschließend das „Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus“⁹.

Astrid Rothe-Beinlich begann ihr Engagement 1987 in der kirchlichen Umweltbewegung in der DDR und lebt und arbeitet in Erfurt und Berlin. Sie ist Mitglied im Bundesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und seit 2009 Vizepräsidentin im Thüringer Landtag. Von 2000 – 2009 war sie Landessprecherin der Thüringer Bündnisgrünen. Seit 1990 beschäftigt sie sich intensiv mit den Problematiken Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Kontakt: astrid.rothe-beinlich@gruene.de
www.rothe-beinlich.de

¹ <http://deine-stimme-gegen-nazis.de/>, (eingesehen am 18.03.2011).

² Vgl. http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=2194:handschuhe-gegen-rechts?-%E2%80%93-dgb-will-mit-%E2%80%9Edemokratie-handschuh%E2%80%9C-vor-der-%E2%80%9Ebraunen-gefahr%E2%80%9C-sch%C3%BCtzen&Itemid=840, (eingesehen am 18.03.2011).

³ Weiterführende Informationen unter: <http://www.mbr-berlin.de>.

⁴ <http://www.netz-gegen-nazis.de/frage/nazis-in-der-kommunalverwaltung>, (eingesehen am 18.03.2011).

⁵ Vgl. <http://www.bessere-familienpolitik.de>, (eingesehen am 18.03.2011).

⁶ Vgl. http://www.fussballvereine-gegen-rechts.de/fgr_startseite.htm, (eingesehen am 18.03.2011).

⁷ Die 20-seitige Broschüre *Rechtsextremisten nicht auf den Leim gehen – Ein Ratgeber für die Gastronomie* kann kostenlos angefordert werden beim Deutschen Hotel- und Gaststättenverband Hamburg DEHOGA, oder beim Mobilen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg.

⁸ Vgl. <http://www.endstation-rechts-bayern.de/2011/03/%E2%80%9Ekeine-bedienung-fur-nazis%E2%80%9C-in-regensburg-geht-weiter/>, (eingesehen am 18.03.2011).

⁹ Herausgeber sind Dietmar Molthagen und Lorenz Korgel. Online unter: <http://library.fes.de/pdf-files/do/06431.pdf>.

> IMPRESSUM

Herausgegeben von: der Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen / dem NiP (Nazis in Parlamenten) Redaktionskollektiv im April 2011

Redaktion: Petra Pawelskus, Dr. Marco Schrul, Susanne Haldrich

Lektorat: www.susanne-haldrich.de

Gestaltung: www.genausonuranders.de

Druck: Förster & Borries GmbH & Co. KG, Zwickau

Innenteil gedruckt auf 100 % Altpapier

Die hier veröffentlichten Artikel spiegeln die Meinung der jeweiligen Autorinnen und Autoren wider. Diese stimmt nicht notwendigerweise mit den Ansichten der Herausgeber(innen) und Kooperationspartner(innen) überein.



Die Broschüre wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/legalcode>. Eine elektronische Fassung kann heruntergeladen werden. Sie dürfen das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten die nachfolgenden Bedingungen. Namensnennung: Sie müssen den Namen des Autors / Rechteinhabers bzw. der Autorin / Rechteinhaberin in der von ihm / ihr festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt). Keine kommerzielle Nutzung: Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Keine Bearbeitung: Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden. Um einen Missbrauch zu vermeiden, muss bei Veröffentlichungen der Broschüre oder ganzer Artikel durch Dritte die Zustimmung bei der Böll-Stiftung eingeholt werden.

Bestelladresse: Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen | Trommsdorffstraße 5 | 99084 Erfurt |

Telefon: 0361 - 555 32 57 | Fax: 0361 - 555 32 53 | E-mail: info@boell-thueringen.de | www.boell-thueringen.de

S. 27

Im April 2011, nach Redaktionsschluss dieser Publikation, erklärte Klaus Städler gegenüber der Öffentlichkeit, dass er seit Februar 2011 als parteiunabhängiger Mandatsträger im Kreistag Gotha sitzt. Städler hatte bei den Kommunalwahlen 2009 für die NPD kandidiert und rückte im Mai 2010 für die Partei in den Kreistag Gotha nach. Nach eigenen Aussagen hat er sich „aufgrund gravierender Meinungsverschiedenheiten“ mittlerweile von der NPD distanziert.

